

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



## Generation Zukunft ab Seite 8

**Interview:**  
**Gewerkschaft macht Spaß**

ÖGJ-Vorsitzender Sascha Ernszt über Aus-  
bildungsgarantie und Mitgliederwerbung **8**

**Schwerpunkt:**  
**Gestohlene Kindheit**

Wenn Kinder und Jugendliche ihre  
Angehörigen pflegen **20**

**Schwerpunkt:**  
**Ins Netz gegangen**

Jugendliche sind die Eingeborenen in  
unserer digitalen Welt **38**



## Schwerpunkt:

### Eine Gegenwart, bitte! 12

Europas Jugend braucht jetzt Taten, kein Versprechen für eine schönere Zukunft.

### Null Bock auf die Arbeitswelt? 14

Kein Job, Ausbildung abgebrochen und ohne Weiterbildung: rund acht Mio. Jugendliche europaweit haben jede Menge Zeit.

### Vorbild Österreich 16

Von einer Ausbildungsgarantie wie hierzulande verspricht man sich, die Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa einzudämmen.

### Die Opfer der Arbeit 18

Statt in der Schule zu lernen, müssen noch immer unzählige Kinder und Jugendliche auf dem Feld oder in Fabriken schuften.

### Pflegenotstand stiehlt Kindheit 20

43.000 Kinder und Jugendliche müssen die Pflegearbeit übernehmen, mit der sie die Kürzungspolitik alleingelassen hat.

### Die jungen Wilden 22

Jährlich über 8.000 Arbeitsunfälle bei Jugendlichen zeigen, dass Schutzbestimmungen nur unzureichend beachtet werden.

### Talent allein reicht noch nicht 26

Der steinige Weg vom Jungtalent zum Profifußballer. Austria-Spieler Sebastian Wimmer geht für den Erfolg an seine Grenzen.

### Politisch desinteressierte Jugend? 28

Mit dem Thema soziale Gerechtigkeit und niederschweligen Partizipationsformen lassen sich Jugendliche ansprechen.

### „Wer die Jugend fördert ...“ 30

SOZAK-Europapraktikumsteilnehmer Stefan Bartl über Jugendarbeit in der finnischen Bauarbeitergewerkschaft Rakennusliitto.

### Konsum-Junkies? 32

Der Grundstein für Verschuldung wird oft in jungen Jahren gelegt, auch der für Kaufsucht. Zu selten wird über Geld geredet.

### „Arbeitswelt & Schule“ – eine Aktion von AK und ÖGB 34

Wurden Sie in Ihrer Schulzeit über die Sozialpartnerschaft informiert?

### Chillen, Tanzen, Tischfußball – ein sozialräumliches Angebot? 36

Offene Jugendarbeit ist auch 2013 weder veraltet noch überflüssig – ein Bericht aus der Praxis.

**Digital Natives**

38

Jugendliche sind Eingeborene in der digitalen Welt – Internet, Handy und Computer gehören für sie von jeher zum Alltag.

**Generation Praktikum**

40

Praktika können den Einstieg ins Berufsleben fördern. Für viele junge Menschen sind sie jedoch ein weiterer Schritt ins Prekariat.

**Kritisches politisches Bewusstsein der Jugend stärken**

42

Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten zu den Jahren „1914 – 1934 – 1994“.

**Interview:****Es geht um die Gemeinsamkeit**

8

ÖGJ-Vorsitzender Sascha Ernzt über die jungen Leute von heute, Mitgliederwerbung, Schulabbruch und Ausbildungsgarantie.

**Standards:**

Standpunkt: Die jungen Leute

4

Veranstaltung: ÖGJ-Bus auf Bädertour

5

Aus AK &amp; Gewerkschaften

6/7

Historie: Keine Rechte, nur Wettbewerb

11

Zahlen, Daten, Fakten

24

„Wir sind Europa“

31

Rück-Blog

44

Nicht zuletzt von Markus Marterbauer

45

Man kann nicht alles wissen

46

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: [www.beetagg.com/downloadreader](http://www.beetagg.com/downloadreader)

[blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)

[www.twitter.com/arbeit.wirtschaft](http://www.twitter.com/arbeit.wirtschaft)

[www.facebook.com/arbeit.wirtschaft](http://www.facebook.com/arbeit.wirtschaft)

[www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk](http://www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk)

**Die Jugend von heute**

Redaktion intern

„Wir müssen traditionelle Formen und neue Medien kombinieren, um die Leute zu erreichen. Ich glaube nicht, dass ‚die heutige Jugend‘ kein Interesse an Politik und Gewerkschaft hat“, versichert ÖGJ-Vorsitzender Sascha Ernzt im Gespräch mit der A&W 6/2013.

Ihm ist bewusst, dass es uns in Österreich gut geht, was die Jugendarbeitslosigkeit betrifft. In der EU sind fast sechs Mio. junge Menschen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren arbeitslos. EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol fordert im Gespräch mit Nani Kauer Taten statt Versprechen

(S. 12). Sonst bestünde die Gefahr, dass die sogenannten NEETs (Not in Employment, Education or Training) zu sozialem Sprengstoff werden (S. 14). Österreich hat mit seiner Ausbildungsgarantie EU-weit Vorbildwirkung (S. 16).

Auch hierzulande führen Einsparungen im Sozialsystem dazu, dass 43.000 Kinder und Jugendliche unbezahlte Pflegearbeit in der Familie leisten (S. 20).

Wir haben Klischees über die heutige Jugend unter die Lupe genommen: Politisch desinteressiert? (S. 28), Konsum-Junkies? (S. 32), computerverrückt? (S. 38).

Die Kolumne „Nicht zuletzt“ kommt diesmal wieder von Wirtschaftsexperten Markus Marterbauer. Im „Rück-Blog“ lesen Sie Interessantes aus unserem neuen ExpertInnenblog [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at).

Auch in Zukunft finden Sie uns auf unserer Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) sowie auf [www.facebook.com/arbeit.wirtschaft](http://www.facebook.com/arbeit.wirtschaft) und [twitter.com/AundW](http://twitter.com/AundW). Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee

Katharina Klee  
Chefredakteurin



## Standpunkt

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

# Die jungen Leute

**G**anz anders seien wir damals gewesen, sorgt sich der Freund um seine 17-jährige Tochter. Sie habe keine Interessen, keine Leidenschaften und wohl auch keine Freunde und sitze ständig nur zu Hause herum. Das sei halt so bei Liebeskummer, entgegne ich ihm ... und mit 17. Das mit dem Liebeskummer weiß ich, weil ich mit dem Mädchen auf Facebook befreundet bin – mit Social Media will ihr Vater nichts zu tun haben.

### Eingeborene einer digitalen Welt

Ich fühle mich ein bisschen geehrt, dass ich mit ihr befreundet bin, ebenso wie mit einigen Jugendlichen aus dem Freundeskreis. Sie haben sich mit mir verlinkt, die „Digital Natives“. Dieser Begriff steht für die Eingeborenen dieser neuen Welt – entstanden ist er 1996. Damals verkündete der ehemalige Songtexter der Rockband Grateful Dead, John Perry Barlow, am Rednerpult des Weltwirtschaftsforums in Davos die Unabhängigkeit des Cyberspace: „Ihr fürchtet euch vor euren eigenen Kindern, weil sie Eingeborene sind in einer Welt, in der ihr immer Immigranten sein werdet.“ In einer Welt digitaler Technologien: Wer nach 1980 geboren wurde, ist meist ganz selbstverständlich mit Computern, Internet, MP3-Playern und Mobiltelefonen aufgewachsen. Diese Techno-

logien haben nicht nur unsere Kommunikation, sondern auch unser Denken verändert. Jedes Kleinkind kann heute ein Smartphone bedienen.

Für den Freund ist es verwunderlich, wie viel Zeit seine Kinder vor dem Computer verbringen. „Warum geht sie denn nicht mit ein paar Freundinnen auf einen Kaffee?“, fragt er. Weil sie sich ständig in einem Café befindet, sich ständig über Handy und Computer austauschen kann. Sogar verliebt hat sie sich im Internet, in einen jungen Mann Kilometer weit weg.

Die jungen Leute von heute, die mir begegnen, sind nicht fader, fauler, schlechter als wir es waren. Sie sind einfach nur anders. Während unsere Generation Stunden vor der Glotze verbracht hat, machen sich diese jungen Menschen online ihr Programm selbst. Sie wählen aus Blogs, Foren, Videokanälen und greifen auch immer wieder auf die Netzseiten herkömmlicher Medien zu. Sie teilen, kommentieren, produzieren selbst Videos. Der Informationsfluss ist nicht immer leicht zu verkraften, aber sie schaffen das besser als wir Älteren. Sie denken vernetzter als wir.

Oh ja, all das ist mit Gefahren verbunden, aber auch wir haben in unserer Jugend aus Fehlern gelernt. Vor den Gefahren können wir sie nur begrenzt beschützen. Und uns auf eines verlassen: Sie

sind unsere Kinder, wir haben sie erzo-gen, wir leben ihnen das Leben vor, sie leben unsere Werte.

Als junger Mensch habe ich die Welt schwarz-weiß gesehen; ich glaubte, genau über Gut und die Böse Bescheid zu wissen. Die jungen Leute – wie der ÖGJ-Vorsitzende Sascha Ernst – sehen das anders, sie sind für verschiedene Standpunkte offen. Dass sie deswegen unpolitischer wären, kann man nicht sagen. Sie engagieren sich – und das nicht nur per Mausclick.

Die Tochter meines Freundes hat gerade maturiert und möchte jetzt eine Ausbildung zur Behindertenpflegerin machen, „Praktikum geht nur mit Ausbildung und Ausbildung nur mit Praktikum ^^“ postet sie auf Facebook.

### Aufeinander zugehen

Viele junge Menschen sind gut ausgebildet, flexibel, mobil. Und doch sind rund sechs Mio. Jugendliche in Europa arbeitslos. Die, die Arbeit haben, können oft von einem Einkommen zum Auskommen nur träumen. Ich beneide sie nicht, die jungen Leute von heute, ich halte es da mit Salvador Dalí: „Der größte Fehler, den die Jugend von heute hat, ist der, dass man nicht mehr zu ihr gehört.“ Gehen wir auf sie zu, lernen wir von ihnen.

# ÖGJ-Bus auf Bädertour

**Auch im Sommer wird die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) nicht müde Mitglieder zu werben. Mit ihrem Bus verteilen die jungen GewerkschafterInnen Infomaterial in heimischen Freibädern.**

Wenn der Sommer naht, freuen sich die meisten nicht nur auf warme Sonnenstrahlen, sondern auch über ein zusätzliches Monatsgehalt. Viele glauben allerdings, das Urlaubsgeld sei gesetzlich geregelt und alle hätten darauf Anspruch. Dass es ohne die Gewerkschaftsbewegung weder Urlaubsgeld noch ein 13. und 14. Gehalt gäbe, ist auch zahlreichen Erwachsenen nicht bewusst. Kein Wunder, dass auch nur wenige Lehrlinge darüber informiert sind. Diese Errungenschaften der Gewerkschaften werden – wie vieles

andere – im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen jedes Jahr mitverhandelt. Darüber informiert die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) auf ihrer Bädertour.

Dabei haben ihre Aktivisten noch weitere Gründe, Gewerkschaftsmitglied zu werden, im Gepäck: z. B. jährliche Lohnerhöhung (kein Gesetz), eine Berufshaftpflichtversicherung bis 75.000 Euro, eine Berufsrechtsschutzversicherung bis 15.000 Euro, Spitaltaggeld bei Freizeit- und Berufsunfällen, gewerk-

schaftliche Arbeitslosenunterstützung, kostenlose Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen sowie kostenloser Rechtsschutz in arbeitsrechtlichen Streitfällen und außerdem kostenlose Freizeitveranstaltungen, Bildungs- und Urlaubsangebote u. v. m.

Die Mitgliedschaft kostet nur ein Prozent des monatlichen Bruttogehalts/-lohns für Lehrlinge und junge Menschen in Ausbildung, 8,40 Euro im Jahr für SchülerInnen und Studierende.

Mehr Info: [tinyurl.com/ls2zyhh](http://tinyurl.com/ls2zyhh)



„So ist das also!“ So manch einem geht ein Licht auf, wenn ihn das engagierte Team der ÖGJ – hier im Burgenland – darüber informiert, welche Rechte er auch in der Lehrzeit hat.



Sommer, Sonne, Urlaubsgeld – für Erstere kann der ÖGB gar nichts, das Urlaubsgeld gäbe es aber ohne ihn nicht. Daran erinnern Kärntner JunggewerkschafterInnen bei der Bädertour.



Die ÖGJ ist die größte politische Jugendorganisation in Österreich und kümmert sich um dein Recht in Sachen Beruf und Ausbildung. Im Sommer trifft ihr sie z. B. in Oberösterreich auf Info-Tour.



Jede Menge wichtiger Informationen, alles zum Gewinnspiel und viele bunte Sonnenbrillen haben die Kolleginnen und Kollegen im ÖGJ-Bus dabei – sie wollen aufklären und Mitglieder werben.

## IMPRESSUM

**Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263  
Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw., Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

**E-Mail:** sonja.adler@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793  
Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee:**

Markus Marterbauer (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz), Katharina Klee (Chefredakteurin), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer, Georg Feigl, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax, Karin Hinteregger, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Barbara Lavaud, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Georg Sever, Barbara Stöger, Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

**Redaktionsmitglieder:**

Katharina Klee (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat), Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Stefan Bartl, Paul Dickinger, Astrid Fadler, Martin Feigl, Sonja Fercher, Sophia T. Fielhauer, Sonja Grusch, Nani Kauer, Harald Kolerus, Markus Marterbauer, Michael Mazohl, Richard Meisel, Klaus-Dieter Mulley, Walter Nöstlinger, Brigitte Pellar, Christian Resei, Irene Steindl, Paul Sturm, Josef Toman, Michael Trinko, Markus Zahradnik, Gabriele Zgubic, Sepp Zuckerstätter

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-; Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-. Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

[www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung](http://www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung)

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

**GPA-djp Jugend:**

# Geringfügigkeitsrechner

## Rechner verschafft Überblick über gerechte Bezahlung.

Die GPA-djp Jugend und die Österreichische HochschülerInnenschaft haben gemeinsam einen Geringfügigkeitsrechner entwickelt. Er soll SchülerInnen und StudentInnen bei der Einschätzung helfen, ob sie gerecht bezahlt werden. Die Verdienstgrenze für Geringfügigkeit liegt bei 386,80 Euro im Monat, doch manche müssen dafür mehr arbeiten als andere.

Das hängt damit zusammen, dass nicht alle Gehälter und Löhne in allen Branchen gleich sind und die Geringfügigkeit über die kollektivvertraglich festgesetzten Gehälter und Löhne berechnet wird. Oft kommt es aber auch vor, dass mehr gearbeitet wird als man eigentlich müsste, um ein Gehalt nahe der Geringfügigkeitsgrenze zu erhalten.

Vieles hängt auch von der Einstufung ab. Diese wiederum ergibt sich aus der

Qualifikation. Wer zum Beispiel als kaufmännische/r AssistentIn arbeitet, bei der/dem macht es einen Unterschied, ob sie/er noch in die Schule geht oder diese schon mit Matura abgeschlossen hat.

Die GPA-djp Jugend und die ÖH haben sich häufige Branchen für NebenjobberInnen herausgesucht und sind ständig bemüht, das Angebot auszuweiten. Bei der Recherche bitte beachten: In vielen Jobs gibt es Zuschläge (z. B. für Sonntagsarbeit oder Nacharbeit), die in diesem Rechner leider keinen Einfluss haben. Er soll einen ersten Überblick über die Situation geben, doch nur eine Beratung durch Expertinnen und Experten der GPA-djp kann alle eventuellen Unsicherheiten aufdecken.

Mehr Infos unter:

[tinyurl.com/lh4fj17](http://tinyurl.com/lh4fj17)

**vida:**

# Kampagne „Rote Karte“

## Für mehr Qualität und Fairness bei der Lehrlingsausbildung.

Lehrlinge als billige Arbeitskräfte zu sehen, das ist nicht im Sinne der Lehre. Der vida Jugend ist es ein Dorn im Auge, wenn wirtschaftliche Interessen in manchen Betrieben wichtiger eingestuft werden als die Qualität der Ausbildung. Deshalb startet die Jugendorganisation der Gewerkschaft vida die „Rote-Karte“-Kampagne. Mit gezielten Aktionen in den nächsten Monaten wird von Betrieben mehr Qualität und Fairness bei der Lehrlingsausbildung gefordert.

„Im Rahmen der Kampagne sammeln wir mit einer Postkartenaktion Unterschriften. Damit werden wir schwarzen Unternehmer-Schafen öffentlich klar machen, dass sie sich nicht aus ihrer Ausbildungsverantwortung stehlen können“, erklärt der vida-Jugendvorsitzende Markus Della-Pietra.

In der Gastronomiebranche gibt es dafür ein aktuelles Beispiel. Nachdem „Rindfleischkönig“ Mario Plachutta be-

reits in einem Zeitungsinterview im November 2012 ein bezeichnendes Bild über seinen Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offenbart hat, indem er Lehrlinge als unbrauchbare Analphabeten bezeichnet hat, schiebt er nun in einem weiteren Zeitungsinterview die Verantwortung als Ausbildender auf die Gesellschaft im Allgemeinen ab.

Der „Starkoch“ tritt von einem Fettöpfchen ins nächste. „Herr Plachutta hat anscheinend vergessen, dass er für eine praxistaugliche Ausbildung verantwortlich ist und nicht die Gesellschaft. Da stellt sich mir die Frage, ob solche Arbeitgeber überhaupt geeignet sind, Lehrlinge auszubilden“, sagt der vida-Jugendvorsitzende Markus Della-Pietra und ergänzt: „Wir werden ihn auf seine Verantwortung als Ausbildner hinweisen, sonst droht ihm der Platzverweis.“

Mehr Infos unter:

[tinyurl.com/ku9316f](http://tinyurl.com/ku9316f)

**AK und ÖGB:**

# Arbeitswelt: Zeichen stehen auf Sturm

## Mehr Stress, mehr Auslagerungen, schlechteres Betriebsklima.

**Mehr Zeitdruck, familienfeindliche** Arbeitszeiten, mehr Leiharbeit, Auslagerungen von Unternehmensteilen und damit eine Verschlechterung des Betriebsklimas: Diese Themen dominieren die heutige Arbeitswelt. Das zeigt auch das von AK-Präsident Rudi Kaske und Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, am 7. August 2013 präsentierte Strukturwandelbarometer, für das die Betriebsrätinnen und Betriebsräte von Österreichs Leitbetrieben regelmäßig befragt werden. „Die Resultate machen deutlich, dass bei den herrschenden Arbeitsbedingungen dringend Verbesserungsbedarf herrscht“, sagt Kaske, und Achitz fordert: „Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die ArbeitnehmerInnen gesund bleiben und durch den Strukturwandel nicht an die Wand gefahren werden.“

Der Strukturwandel lässt naturgemäß auch in Österreich kaum einen Stein auf dem anderen. Dass dieser in vielen Fällen notwendig ist, sehen auch die knapp 300 befragten Betriebsrätinnen und Betriebsräte. Denn mehr als die Hälfte hält den

strukturellen Wandel für absolut notwendig. Doch zu den Profiteuren zählen laut der Umfrage vorwiegend Eigentümer und Unternehmen, während Volkswirtschaft und Belegschaft zu den Verlierern zählen.

Allerdings zeigt die Befragung auch, dass in jenen Betrieben, in denen die Entscheidungskompetenz in Österreich und nicht in Konzernzentralen im Ausland liegt, der strukturelle Wandel positiver beurteilt wird. „In diesen Unternehmen wird auch der Betriebsrat eher in die Entscheidungen einbezogen, was sich wiederum positiv auf die Arbeitsbedingungen auswirkt“, sagt IFES-Projektleiter Georg Michenthaler, der die Befragung durchgeführt hat.

**Forderungskatalog von AK und ÖGB**

- » Arbeitszeit/Arbeitsdruck.
- » Verteuerung der Überstunden für Arbeitgeber.
- » Einschränkung der Zulässigkeit von All-in-Klauseln.

» Der Zugang zu einer sechsten Urlaubswoche muss erleichtert werden.

» Mitbestimmung.

» Die Betriebe sollen verpflichtet werden, regelmäßig unter Mitwirkung des Betriebsrats die Arbeitszeitsituation zu evaluieren (Arbeitszeitbilanz).

» Outsourcing-Maßnahmen sollen erst nach Zustimmung des Aufsichtsrats durchgeführt werden dürfen.

» Der Betriebsrat muss insbesondere über das Ende der Überlassung und über die Entgeltansprüche der LeiharbeiterInnen informiert werden.

» Qualität der Arbeit.

» Teilzeitbeschäftigte müssen leichter in Vollzeit wechseln bzw. ihre Stundenanzahl erhöhen können.

» Ältere ArbeitnehmerInnen müssen besser vor Kündigungen geschützt werden.

» Der Anteil der LeiharbeiterInnen in einem Betrieb soll zehn Prozent nicht überschreiten.

Download Strukturwandelbarometer: [tinyurl.com/kfakzvm](http://tinyurl.com/kfakzvm)

**PRO-GE:**

# Sei klüger, spring drüber!

## Tolle Angebote von der PRO-GE Jugend zum Thema „Anti-Rassismus“.

**Extremismus jeglicher Art** ist der größte Feind einer funktionierenden Gesellschaft. Daher präsentiert die PRO-GE Jugend in Kooperation mit dem Mauthausen Komitee unter dem Motto „Sei klüger, spring drüber!“ tolle Aktionen für Jugendliche und Jugendgruppen im Bereich der Produktionsgewerkschaft:

**Zivilcourage trainieren:** Die Trainings sollen die Sensibilität für zivilcouragiertes Handeln erhöhen, das eigene Verhaltensrepertoire auf unterschiedlichen Ebenen erweitern sowie Zivilcourage und soziale Verantwortung vermitteln.

**Anti-Rassismus Workshop:** In diesem Workshop wird das Erkennen der Auswirkungen von rechter Gewalt und rechtsextremen Positionen geschärft sowie die

Wahrnehmung der gesellschaftlichen Herausforderung gefördert.

**Mauthausen Guides:** Das Mauthausen Komitee Österreich bietet zertifizierte BegleiterInnen an, die den verantwortlichen Lehr- und Betreuungskräften bei der Vorbereitung des Besuchs zur Seite stehen, in weiterer Folge die Jugendlichen durch die Gedenkstätte begleiten und im Anschluss daran als professionelle Coaches in der Nachbereitung zur Verfügung stehen.

**Das Buch „Rechtsextrem“:** Dieses Buch soll Lehrenden und Auszubildenden, Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleitern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Betriebsrätinnen und Betriebsräten, Eltern und vielen mehr allgemeingültige Hintergründe zu neofaschis-

tischen Jugendkulturen, deren Codes und Symbolen bieten.

**Anti-Rassismus Planspiel „miramix“:** Das Planspiel „miramix“ wurde in enger Kooperation mit erfahrenen Pädagoginnen und Pädagogen, Planspiel- und RassismusexpertInnen entwickelt. Die Zielgruppe, die durch das Spiel für das Thema Rassismus sensibilisiert werden soll, sind Jugendliche, die am Beginn ihres Erwerbslebens stehen – Jugendliche der 9. Schulstufe und Lehrlinge im ersten Lehrjahr.

Für PRO-GE-Mitglieder sind die Angebote gratis. Informationen zu den einzelnen Angeboten findest du in der Broschüre, die du hier downloaden oder online durchblättern kannst.

[tinyurl.com/knofqtv](http://tinyurl.com/knofqtv)

# Es geht um die Gemeinsamkeit

*ÖGJ-Vorsitzender Sascha Ernszt über die jungen Leute von heute, Mitgliederwerbung, Schulabbruch und Ausbildungsgarantie.*

## ZUR PERSON

### Sascha Ernszt



Geboren: 7. April 1988 in Wien  
 Erlernter Beruf: Elektroenergie-techniker  
 Gewerkschaftliche Funktionen:  
 2007–2011 Jugendvertrauensrat bei Siemens AG,  
 seit 2011 Betriebsrat Siemens AG

seit 2009 Landesjugendvorsitzender der PRO-GE Wien  
 seit 2009 stv. Bundesjugendvorsitzender PRO-GE  
 seit 2013 Bundesvorsitzender der ÖGJ  
 seit 2013 Mitglied des ÖGB-Vorstands

**Arbeit&Wirtschaft:** *Sascha Ernszt, du wurdest im April dieses Jahres zum neuen Vorsitzenden der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) gewählt. Mit 25 Jahren gehörst du zu den sogenannten „Digital Natives“, den jungen „Eingeborenen“ in der digitalen Welt, groß geworden mit Mobiltelefon und Computer. Wann war heute Früh dein erster Griff zum Handy?*

**Sascha Ernszt:** Ich habe es heute vom Stecker runtergenommen und erst in der Arbeit das erste Mal angeschaut. Wenn wie heute meine Freundin bei mir schläft, ist es mir wichtiger, mit ihr zu reden, der Griff zum Handy kommt früh genug. Mir ist auch wichtig, dass das Handy nicht neben dem Bett liegt. Wenn ich schlafe, schlafe ich und das ist meine Zeit. Untertags schaue ich eh genug drauf. Ich kann aber auch abschalten – wenn ich am Berg bin, bin ich eben nicht erreichbar. Ich versuche mir da Zeiten der Abstinenz einzurichten.

### Wie war deine Politisierung?

Ich habe die HTL in der zweiten Klasse abgebrochen und bin dann zur Firma Siemens gekommen. Das war ein einschneidender Moment, an den ich gerne zurückdenke. Am ersten Arbeitstag wurden wir am Eingang abgeholt und in die Lehrwerkstätten gebracht. Ich dachte damals: „Das ist eigentlich genau das, was du nie in deinem Leben machen wolltest, eine Lehrausbildung.“ Dann war es rettender Anker und meine letzte Chance. Weil ich der Älteste in meiner Gruppe war, sind die anderen oft zu mir gekommen: „Sascha, frag du nach, mach du das ...“ Ich habe mich einfach getraut zu fragen, ob wir Pause machen können, früher Schluss oder solche Dinge.

Nach den ersten zwei Wochen haben sich Gewerkschaft und Betriebsrat bei uns Lehrlingen vorgestellt. Wir waren damals ca. 40 Lehrlinge und bekamen die Mitgliedsanmeldung. Da habe ich mir schon gedacht: „He, die wollen Geld von mir.“ Es wurde uns zwar viel erklärt, aber irgendwie war nichts greifbar.

Bei der Gewerkschaftsanmeldung haben mich alle gefragt: „Unterschreibst du das? Wenn du nicht unterschreibst, unterschreib ich auch nicht.“ Am Anfang haben wir uns irgendwie gewehrt. Aber dann habe ich mir gedacht, die machen sicher etwas Gutes für uns, aber schauen wir uns das einmal genauer an. Eine Woche später wurde ich zum Gruppensprecher gewählt und dann schließlich Jugendvertrauensrat. PRO-GE-Jugendsekretär Christian Illitz war übrigens mein Vor-

gänger dort. Ein Kollege wurde Vorsitzender, ich Stellvertreter. Der war auch in seiner Heimat im Burgenland parteipolitisch engagiert. Wir haben viel gelernt und er war in manchem ein Vorbild. Ich war immer Nummer zwei oder drei – also eine Position, in der man viel bewegen kann, aber sich auch noch von den anderen was abschauen.

Interessanterweise hat mein Vater, der verstorben ist, als ich eineinhalb Jahre alt war, denselben Weg eingeschlagen: Er war Betriebsrat bei Siemens. Ich habe mir während der Lehre gedacht, dass ich mich nicht blöd auf-führen sollte, weil mein Vater auch in dieser Firma gearbeitet hat. Irgendwann hat dann meine Mutter im Verlauf meines Weges gesagt: „Unglaublich, du bist wie dein Papa, obwohl du ihn kaum kennengelernt hast.“ Das fasziniert sie bis heute.

Ich weiß nicht, ob Hilfsbereitschaft angeboren ist. Ich habe mich nie geschert, zu einem Ausbilder hinzugehen und zu sagen: „Das passt so nicht.“ Ich habe vielleicht auch die richtige Art gehabt, bin freundlich geblieben. Die Ausbilder haben außerdem gut reagiert: „Passt, mir dir kann man wenigstens reden – wir regeln das gemeinsam.“

### Und dann hast du beschlossen, dieses Talent für die ÖGJ einzusetzen?

Zur ÖGJ bin ich eigentlich nicht wegen des Gewerkschaftsgedankens gekommen. Das hat sich bei mir erst später gefestigt. Als ich bei den ersten Gewerkschaftssitzungen war, bin ich vor allem wegen der coolen Leute hingegangen. Da sind





Das ist auch eines meiner Ziele: den Jugendlichen in den nächsten Jahren zu vermitteln, dass Gewerkschaftsarbeit Spaß macht und wir eine „Community“ sind. Es geht um die Gemeinsamkeit. Der politische Nebeneffekt geht Hand in Hand damit. Viele Junge wollen einfach irgendwie jemandem helfen.

Freundschaften entstanden, wir sind nach der Sitzung fortgegangen, haben uns privat getroffen. Ich war auf vielen Veranstaltungen, wo ich mitarbeiten konnte, bin im ÖGJ-Bus durch ganz Österreich gefahren – das wollte ich immer schon gerne machen, auch wenn es in meiner Privatzeit ist und ich kein Geld dafür bekomme. Du triffst dich einfach mit Menschen, mit denen du gerne unterwegs bist. Ich war dann immer dabei, habe viele neue Leute kennengelernt. Dann noch mitreden können, mitbestimmen können war der coole Nebeneffekt.

***Auf gemeinsames Erleben setzt auch die Jugendorganisation der finnischen BauarbeiterInnen-Gewerkschaft, wie wir in diesem Heft berichten.***

Das ist auch eines meiner Ziele: den Jugendlichen in den nächsten Jahren zu vermitteln, dass Gewerkschaftsarbeit Spaß macht und wir eine „Community“ sind. Es geht um die Gemeinsamkeit. Der politische Nebeneffekt geht Hand in Hand damit. Viele Junge wollen einfach irgendwie jemandem helfen. Und sie wollen mit anderen zusammen sein, zu einer Gruppe gehören. Bei unserer Arbeit in der ÖGJ erleben wir genau das: Wir haben Spaß, wir haben mit Leuten zu tun, wir helfen Leuten.

***Glaubst du, dass sich eure Generation stark von den Eltern und Großeltern unterscheidet?***

Der Informationsfluss ist sicher größer, die Ablenkung dadurch auch. Als meine Eltern jung waren, waren sie in der Leh-

re und sind abends fortgegangen. Da hat es nicht jeden Tag ein neues Computerspiel gegeben oder jede Woche ein neues Handy. Das Leben hat sich nicht verschlechtert, sondern verändert. Man muss andere Wege finden, wie man die Leute motiviert, Aktionen zu setzen. Die Frage ist, ob das klassische „Man trifft sich am Nachmittag und spricht über Politik“ noch zeitgemäß ist. Das muss man probieren. Aber es ist auch notwendig, bestehende Kanäle zu nutzen: über Facebook Leute informieren, Kontakt halten, auf YouTube lustige Videos produzieren.

Wir müssen traditionelle Formen und neue Medien kombinieren, um die Leute zu erreichen. Ich glaube nicht, dass „die heutige Jugend“ kein Interesse an Politik und Gewerkschaft hat. Wir können als Organisation über **Web 2.0** Menschen erreichen. Dann engagieren sie sich von selbst – und sei es nur, indem sie unsere Idee und Informationen weiterverbreiten oder uns Fragen stellen. Ich habe Facebook den ganzen Tag offen. Wenn wer was will, kann er immer mit uns in Kontakt treten. Meine Vorgänger sind in die Lehrwerkstätten gegangen und haben dort Infos bekommen, heutzutage nehmen Lehrlinge direkt mit mir Kontakt auf. Ich gehe auch in Lehrwerkstätten und weil dort eh alle am Handy Facebook offen haben, vernetzen wir uns. Das ist um nichts schlechter und man trifft sich trotzdem immer wieder persönlich und redet direkt, bleibt auch am Laufenden. Das hat sich verändert.

Ich bin aber immer noch der Freund des persönlichen Gesprächs – am Handy fehlt Emotion. Ich könnte

nicht den ganzen Tag nur E-Mails schreiben, nicht mit den Menschen reden. Da bin ich vielleicht altmodischer als andere ...

***Du hast 822 Facebook-Friends – kennst du die persönlich?***

Das habe ich mir schon oft überlegt. Ich kenne sicher mehr als die Hälfte persönlich, mit drei Viertel der Leute habe ich selbst gesprochen. Durch die neue Funktion finden mich mehr „Fremde“ über Facebook, aber das hält sich in Maßen. Meine Freundin hat mich auch schon gefragt, warum ich jede/n annehme. Da ist mir bewusst geworden, dass ich das auch tue, um Werbung für die ÖGJ zu machen. Das gehört dazu. Die Leute sollen wissen, was meine Arbeit ist. Nicht im Sinn von Rechenschaft ablegen, im Sinn von transparent machen. Sie sollen sehen, dass wir manchmal um Mitternacht für sie unterwegs sind, dass wir bei Verhandlungen sitzen, dass wir gehört werden.

Sie haben mich gewählt, sie wollen, dass ich für sie arbeite und das möchte ich ihnen auch so zeigen. So sehen sie auch ein wenig, wie die Sozialpartnerschaft funktioniert. Und auch die Bilder vom Urlaub mit der Freundin oder der Bergtour können sie ruhig sehen. Damit erkennen sie, dass ich ein normales Leben habe und so bin wie sie.

***Was sind deine Ziele als ÖGJ-Vorsitzender, was möchtest du bewegen und verändern?***

Ich möchte die Gewerkschaft wieder präsenter machen und ein bisschen entstau-

ben. Da sind wir, glaube ich, momentan auf einem guten Weg. Ich wünsche mir, dass wir wieder mehr Mitglieder haben, mehr Leute, die für die Organisation arbeiten und vor allem: Raus auf die Straße! Wir haben auch unsere aktuellen Aktivitäten wirtschaftlich evaluiert: Was kostet uns das, was bringt uns das?

### **Was sind die Schwierigkeiten beim Werben junger Menschen?**

Viele wissen überhaupt nicht, was Gewerkschaft ist – das wurde früher vom Elternhaus mitgegeben. Heute ist das anders. Oft sind die Eltern keine Gewerkschaftsmitglieder, haben es vergessen oder sind enttäuscht worden. Man muss jedem zehnmal etwas Gutes tun, damit er eine Enttäuschung verwindet. Wir haben außerdem damit zu kämpfen, dass bei den Erwachsenen Sachen passieren, die sich auf die Jugend auswirken. Ich habe auch schon Eltern erlebt, die gemeint haben, wir hätten ihr Kind gezwungen, Mitglied zu werden. Natürlich hören die meisten Jugendlichen auf ihre Eltern. Die sind ja schon in unserem Sozialsystem aufgewachsen. Wie das erkämpft wurde, weiß ich, weil ich mich damit beschäftige, den meisten ist das nicht bewusst.

Wir wollen wieder in den Berufsschulen präsenter sein. Es gibt auch Lichtblicke, wenn du Jugendlichen mit dem ÖGJ-Bus erklärst, was wir für sie erreicht haben. Die glauben uns, wir sind authentisch, weil es stimmt.

Politisch wichtig ist mir auch die Qualität in der Ausbildung. Ich weiß, dass selbst in großen Firmen oft nur die Hälfte des Lehrplans abgearbeitet wird. Da heißt es dann: „Passt schon, das brauchst eh nicht ...“ Aber wenn die Jugendlichen dann nicht behalten werden, auf der Straße stehen und nur eine firmenspezifische Ausbildung haben, fehlt ihnen was. Da geben die Firmen Verantwortung ab. Die Jugendlichen müssen dann woanders wieder angelernt werden, haben Gehaltseinbußen und sind oft frustriert.

### **Was könnte man dagegen tun?**

Wir verhandeln ja mit der Wirtschaftskammer die Lehrpläne und verlangen Zwischenprüfungen in der Hälfte der

Lehrzeit oder bei modularen Ausbildungen nach bestimmten Modulen. Dabei soll überprüft werden, beherrscht der Lehrling den Lehrplan nach aktuellem Stand? Das ist natürlich kompliziert. Kleinere Firmen, die nicht alles ausbilden können, könnten sich gegenseitig unterstützen. Da fehlt halt noch das Bekenntnis von der Wirtschaft. Die will Wunderwuzzis, die alles können, tut aber wenig bis nichts dafür.

### **Weitere Ziele?**

Eine höhere Durchlässigkeit der Lehre, Lehre mit Matura, die Möglichkeit zu studieren.

### **Auch die Möglichkeit, sich später zu entscheiden – aus eigener Erfahrung?**

Als ich mich mit 14 Jahren für die HTL entschieden habe, hatten sie uns am Tag der offenen Tür jede Menge Experimente gezeigt – in drei Jahren HTL haben wir dann ein Magnesiumstangerl angezündet. Super. Damals war mir Computer spielen wichtiger als alles andere, mich hat es einfach nicht mehr interessiert, in die Schule zu gehen. Das hilft mir jetzt: Ich habe Verständnis für junge Menschen, die die Schule abbrechen und etwas anderes machen wollen. Vor zwei Monaten habe ich die Matura nachgeholt mit „Lehre mit Matura“ – das war nicht einfach. Aber so habe ich die Möglichkeit, studieren zu gehen. Während der Lehre ist mir der Knopf wieder aufgegangen und so geht es vielen.

Besonders wichtig ist uns auch der Ausbildungsfonds. Die Wirtschaft fordert uns immer auf, Leistung zu erbringen und verkündet, dass diese Leistung auch belohnt werden muss. Sie selber aber will keine Leistung erbringen für die Ausbildung der Jugendlichen – damit die Jungen nicht auf der Straße stehen wie in vielen Ländern Europas. Wir wollen sogar die Betriebe belohnen, die mehr leisten, und sie sind plötzlich dagegen.

Es gibt zwar immer weniger arbeitslose Jugendliche, es bildet aber auch immer mehr der Staat in überbetrieblichen Lehrwerkstätten aus. Das zahlen die SteuerzahlerInnen. Sicher, die HTL auch, aber es ist erwiesen, dass jeder

Lehrling ab dem zweiten Lehrjahr der Firma finanziell etwas bringt. Da sehe ich nicht ein, warum die SteuerzahlerInnen für die Ausbildung aufkommen, wenn die Firmen einen Gewinn machen.

Natürlich gibt es bei all dem unsere Gegner in der Wirtschaftskammer, die von „extremen Forderungen“ sprechen. Aber manchmal treffen wir uns in der Mitte und das ist dann das Spannende an der Arbeit. Kraft und Gegenkraft. Ich habe auch GewerkschaftsgegnerInnen im Freundeskreis, die vieles hinterfragen. Darüber bin ich froh. Ich gebe die Kritik, wenn sie mir einleuchtet, auch weiter. Die wird allerdings nicht immer angenommen.

### **Wo siehst du dich in zehn Jahren?**

Das fragen mich viele. Habe ich Ziele? Mit 30 nicht mehr in der Jugend? Mein Leben leben. Ich habe eine super Freundin, die Beziehung ist mir wichtig. Sie leidet im Moment am meisten unter meinem Arbeitseinsatz, aber meine Freundin hat Verständnis und unterstützt mich. Ich gebe in der Jugend Gas, damit ich später zugunsten der Familie zurückstecken kann. Einen sicheren Arbeitsplatz, einen guten Job – das will ich auch.

### **Keine Politkarriere?**

Ich möchte gute Arbeit bei der ÖGJ leisten, ich strebe nichts an. Ich bin unabhängig – ich bin nur denen verantwortlich, die mich gewählt haben. Es braucht auch Hardliner, und die gibt es immer. Ich bin eher in der Mitte, nehme beide Seiten mit. Ich ärger mich nicht über Leute. Ich bin immer ein bissl die Schweiz.

### **Wir danken für das Gespräch.**

**Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft.**

Internet:

Mehr Infos zur Gewerkschaftsjugend:  
[www.oegj.at](http://www.oegj.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Keine Rechte, nur Wettbewerb

*Die Drohung mit Arbeitsplatz- und Lohnverlust beim Beharren der Gewerkschaften auf Sozialstandards stand schon 1930 im Raum.*

Im ersten Jahr der Weltwirtschaftskrise, die im Oktober 1929 begonnen hatte, drängte besonders die Gewerkschaftsbewegung bei Regierung und Unternehmerverbänden auf eine gemeinsame Kraftanstrengung zur Krisenbewältigung. Die Regierung spielte mit und berief 1930 zuerst eine „Wirtschaftskonferenz“ und anschließend eine kleinere „Wirtschaftskommission“ ein. Beteiligt waren neben Vertretern der Regierung auch solche der Unternehmerverbände (Handels- und Gewerbekammer, Industriellenvereinigung) und Vertreter von Gewerkschaften und Arbeiterkammern. Im Gegensatz zur erfolgreichen Sozialpartnerschaft der Zweiten Republik war aber dieser Versuch zum Scheitern verurteilt. Der Grund: Die Regierung und die Unternehmenseite waren nicht bereit, die Interessen der ArbeiterInnen und Angestellten in irgendeiner Form zu berücksichtigen, man forderte im Gegenteil Wohlverhalten an der Sozialfront ein. Ohne Sozialabbau, so die Drohung, würden Wirtschaft und Arbeitsmarkt ganz zusammenbrechen. Einer der Programmsätze der Wirtschaftskonferenz formulierte die Drohung ungeniert: *Gelingt es nicht, die Steuern und die sozialen Lasten, die die Produktion zu tragen hat, herabzudrücken, dann werden notwendigerweise die Löhne sinken oder die Arbeitslosigkeit wachsen müssen.*

Die Formulierung trug die Handschrift des Handelskammersekretärs und Wirtschaftsprofessors **Ludwig Mises**, des Hauptverhandlers der Unternehmenseite. Sie stellte einen direkten Angriff auf die Berechtigung gewerkschaftlicher Interessenvertretung dar. Dem-



**Werbung der Wiener Stadtwerke für den Ratenkauf von Elektrogeräten im Haushalt 1928. Auch die ArbeiterInnen und Angestellten sollten eine Chance auf Lebensqualität haben.**

entsprechend deutlich wies **Franz Domes**, Vorsitzender des freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverbands und AK-Präsident in Wien, als Sprecher der Gewerkschaftsbewegung in der Wirtschaftskommission die Drohung zurück: *Die Arbeiter und Angestellten werden sich niemals das Recht nehmen lassen, einen steigenden Anteil am Endwert des Produkts für ihre Leistungen in Anspruch zu nehmen. In unserer schwierigen wirtschaftlichen Situation halte ich es für zweckmäßig, mit allen Mitteln Preissenkung anzustreben und das Einkommensniveau durchgreifend für alle Bevölkerungsschichten periodisch zu stabilisieren.*

Ludwig Mises setzte dagegen auf die brutale Selbstheilung des Marktes und sprach damit indirekt der Gewerkschaftsbewegung jede Daseinsberechtigung ab: *Unsere Wirtschaft*

*steht im Zusammenhang der Weltwirtschaft. Unsere Industrie muss auf den Weltmarkt Rücksicht nehmen. Die österreichische Volkswirtschaft kann daher gegenüber der Welt auf keinerlei Rechte pochen. Da gibt es kein Recht, sondern nur Wettbewerb. Da aber die Industrie als solche keine Rechte hat, so kann auch der in ihr Beschäftigte auch nicht auf Rechte pochen; er darf sich nicht auf irgendwelche naturrechtliche Ansprüche berufen.*

Anmerkung 1: Die Wirtschaftskommission tagte am 30. Juni 1930, Franz Domes starb am 11. Juli dieses Jahres.

Anmerkung 2: Ludwig Mises war einer der führenden Wirtschaftswissenschaftler der „Wiener Schule“, aus deren Theorien die neoliberale Ideologie entstand.

Zusammengestellt und kommentiert von  
Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at

# Eine Gegenwart, bitte!

*Europas Jugend braucht jetzt Taten, keine Versprechen für eine schönere Zukunft, fordert auch EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol.*

**Nani Kauer**

*Leiterin der ÖGB-Kommunikation*

In Europa waren im Mai 2013 mehr als 5,6 Mio. junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos, das ist eine Arbeitslosenquote von knapp 23,5 Prozent. Die Lage spitzt sich in den sogenannten Problemstaaten weiterhin zu: In Griechenland sind in dieser Altersgruppe 59,2 Prozent arbeitslos, in Spanien 56,5 Prozent und in Portugal 42,1 Prozent. Der Arbeitslosigkeit folgen Armut, sozialer Abstieg, Abhängigkeit von den Eltern – eine Abwärtsspirale.

Für den EGB ist der stetige Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit eine direkte Folge der falschen Krisenbewältigungspolitik. „Diese Politik ist gescheitert, die Schulden sinken nicht, die Arbeitslosigkeit steigt und steigt monatlich“, sagt Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). „Die jungen Menschen sind die ersten Betroffenen, weil sie gerade erst in den Arbeitsmarkt eintreten. Das ist natürlich nicht die Erklärung der EU-Politik, aber das ist es für uns. Seit fünf Jahren machen sie diese Politik – wann werden sie sich bewusst, dass es ihre Politik ist, die gescheitert ist, dass ihr Weg kein guter war?“

## „Merken, dass wir was tun“

Die europäische Politik hat das Problem nun erkannt. Anfang Juli hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel zu einem Gipfel nach Berlin geladen. Viele Worte sollten Europas Jugend signalisieren: Wir nehmen eure Probleme ernst. EU-Kom-

missionschef **José Manuel Barroso**: „Unsere Jugendlichen brauchen Aktionen, Entscheidungen, Arbeit – also lasst es uns anpacken.“ Die deutsche Kanzlerin betonte, es dürfe keine verlorene Generation geben: „Schön wäre, die Jugendlichen in Europa merken mal, dass wir was tun.“ Fragt sich, ob es an den Jugendlichen ist, etwas zu bemerken, oder an der Politik, nun endlich wirklich etwas zu tun. Hinter Angela Merks Einladung nach Berlin – knapp zwei Monate vor der deutschen Bundestagswahl – vermuteten europäische Medien ebenso wie die deutsche Opposition einen Wahlkampfag.

## Sechs Mrd. Euro für die Jugend

Der Gipfel in Berlin brachte nicht viel mehr als weitere Beteuerungen und die – bereits angekündigten – sechs Mrd. Euro für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit von 2014 bis 2020. Sechs Mrd. für die gesamte EU – im Vergleich dazu nehmen sich die 600 Mio., die im kleinen, von Jugendarbeitslosigkeit nicht derart massiv getroffenen Österreich jährlich für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für 15- bis 24-Jährige aufgewendet werden, geradezu üppig aus (siehe dazu Beitrag von Michael Trinko, Seite 16). Das EU-Geld soll jenen Regionen zugutekommen, in denen mehr als 25 Prozent der Jugendlichen keine Jobs haben. Die genaue Verteilung ist allerdings noch unklar.

Dass mit der Europäischen Jugendgarantie das Thema endlich angegangen wird, deuten viele als erstes, gutes Signal – allerdings auch als halbherziges. Wie schnell war die EU mit Milliarden zur

Stelle und das mehrfach, als es um die Rettung der Banken ging? Wie lange hat es gebraucht, wie viele Monate, in denen die Arbeitslosigkeit unter den Jungen stetig angestiegen ist, bis man sich endlich auch dieses Themas annahm? Die in Aussicht gestellten sechs Mrd. Euro pro Jahr für bestimmte Regionen werden das strukturelle Problem auch nicht beseitigen. „Man kann nicht Jobs garantieren, wo es gar keine gibt“, sagt die spanische Europaabgeordnete Eider Gardiazábal Rubial in einer jüngst erschienenen Publikation der deutschen **Friedrich-Ebert-Stiftung**.<sup>1</sup> „Europa braucht für die Integration seiner jungen Menschen in erster Linie neues Wachstum.“ Wenn sich die ökonomische Situation in Europa nicht ändere, so Gardiazábal Rubial, werde es nicht möglich sein, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu lösen.

## Prekär, befristet, schlecht bezahlt

Ein weiteres strukturelles Manko, das allein mit den sechs Mrd. nicht beseitigt werden kann, sind die Arten von Arbeit, die mehr und mehr junge Menschen in Europa haben: prekäre, befristete, schlecht bezahlte Jobs. Dieses Problem kann nur durch einen Mix beseitigt werden: gute Ausbildungen, qualitativ hochwertige Jobs mit guter Bezahlung und mit sozialer Sicherheit.

Bernadette Ségol meint, dass einige Staatschefs sich des Ernstes der Lage durchaus bewusst seien: „Einige wissen, dass wir ein Niveau erreicht haben, das sozial nicht mehr erträglich ist. Andere

<sup>1</sup> <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10139.pdf>



**Bernadette Ségol: „Man kann nicht jungen Griechen oder Spaniern die Emigration als Lösung ihrer Probleme präsentieren. Das löst auch die Probleme des Landes nicht, es beraubt das Land seiner Zukunft. Wenn man einem Land die Dynamik der Jugend entzieht, dann wird es verarmen.“**

hoffen immer noch darauf, dass sich die Arbeitslosigkeit stabilisiert und dass die Wirtschaft wieder anspringt. Es gibt das Bewusstsein bei manchen, aber es sind noch zu wenige, um jetzt endlich einen Schritt nach vorne zu machen. Investieren ist dieser Schritt.“ Die Europäische Jugendgarantie wäre laut EGB so eine wichtige Investition.

## Soziale Investition Jugendgarantie

Der EGB hat sie als ersten wichtigen Schritt begrüßt, er hat aber bereits vor Monaten einen konkreteren und verbindlicheren Entwurf vorgelegt. Für den EGB ist die Jugendgarantie eine soziale Investition in die Zukunft der Europäischen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Kosten des EGB-Modells, die auf zehn Mrd. Euro geschätzt werden, sind im Vergleich zu den Kosten, die Europas Staaten für junge Menschen ohne Ausbildung, Lehre oder Arbeit aufwenden müssen – geschätzte 100 Mrd. Euro – noch relativ gering.

Der EGB will mehr auf die konkreten – ganz unterschiedlichen – Bedürfnisse junger arbeitsloser Menschen eingehen. So muss die Definition von „jung“ breiter gefasst werden, zum Beispiel bis 29 Jahre. Die neue Bologna-Studienordnung hat bewirkt, dass junge Menschen an ihre Bachelor-Studien Master-Studien anhängen und de facto später ins Arbeitsleben eintreten. Darauf muss auch Rücksicht genommen werden. Die Jugendgarantie muss weiters eine passende Mischung verschiedener Maßnahmen und Angebote beinhalten, mit hochwertiger Ausbildung und prak-

tischen Arbeitseinsätzen als zentrale Achsen. Ganz wesentlich für den EGB ist, dass alle im Rahmen der Jugendgarantie erworben Qualifikationen formal anerkannt werden.

Manche mitteleuropäische ArbeitgeberInnen wollen das Problem der Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas in den Griff bekommen, indem sie junge spanische oder griechische FacharbeiterInnen nach Österreich und Deutschland holen – ein unter anderen von WKO-Präsident Christoph Leitl geäußelter Vorschlag.

„Mobilität als Lösung für die Jugendarbeitslosigkeit zu präsentieren ist gefährlich“, sagt Bernadette Ségol. „Man kann nicht jungen Griechen oder Spaniern die Emigration als Lösung ihrer Probleme präsentieren. Das löst auch die Probleme des Landes nicht, es beraubt das Land seiner Zukunft. Wenn man einem Land die Dynamik der Jugend entzieht, dann wird es verarmen. Es nimmt auch den jungen Menschen in Österreich oder Deutschland ihre Jobchancen – diese Idee ist nur zum Vorteil der Unternehmen.“

## Wen wählt die Jugend?

Die europäische Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, ist auch hinsichtlich der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 für Bernadette Ségol besonders dringlich. Was wird Europas Jugend wählen, wenn keine klaren Zeichen und konkreten Schritte gesetzt werden? Ségol: „Auf diese gewichtige Frage muss man die Staatschefs rechtzeitig aufmerksam machen, und darauf, dass

viel auf dem Spiel steht. In einem Jahr sind Wahlen – was sagen wir den Jungen, die wählen können, damit sie proeuropäische Parteien wählen und nicht Rechte oder Populisten? Im Moment ist da eine Leere und ich fürchte den Anstieg von Populismus, das ist eine Realität in Europa.“ Die Folgen einer erstarkten europäischen Rechten sind klar: „Sie werden die Grenzen ihrer Staaten für ArbeitnehmerInnen aus anderen Ländern dicht machen. Das ist allerdings keine Lösung für mehr Arbeitsplätze.“ Was wäre der Ausweg? „Man muss deutlich sagen, dass es ein Problem mit der Arbeitslosigkeit gibt und dass man es lösen will. Zu glauben, dass sich etwas verbessert, wenn man Grenzen für Beschäftigte aus anderen Ländern dicht macht, ist purer Unsinn.“ Ségol sieht hier eine große Verantwortung bei den Staats- und Regierungschefs: „Man muss ihnen ganz klar sagen: Was ihr heute tut, das hat Folgen für die nächsten 10, 15, 20 Jahre – ihr müsst eure Verantwortung in der Politik ernst nehmen.“

Internet:

ÖGB-Europabüro:  
[www.oegb-eu.at](http://www.oegb-eu.at)

Europäischer Gewerkschaftsbund:  
[www.etuc.org](http://www.etuc.org)

Europäisches Gewerkschaftsinstitut:  
[www.etui.org](http://www.etui.org)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[nani.kauer@oegb.at](mailto:nani.kauer@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Null Bock auf die Arbeitswelt?

*Kein Job, Ausbildung abgebrochen und ohne Weiterbildung: europaweit rund acht Millionen Jugendliche haben jede Menge Zeit.*

Astrid Fadler  
Freie Journalistin

**E**in neues **Akronym** für ein neues Phänomen? NEET: Not in Employment, Education or Training – weder in Beschäftigung noch in Ausbildung oder in einer Trainingsmaßnahme – das kann theoretisch auf Menschen jeden Alters zutreffen. Die EU verwendet die Bezeichnung in der Regel aber für junge Menschen zwischen 15 und 24. In dieser Phase der Identitätsfindung, auf der Suche nach einem Platz in der Gesellschaft, spielen Erwerbstätigkeit und Bildung eine wichtige Rolle. Das NEET-Dasein kann psychische Schrammen hinterlassen, die sich im späteren (Arbeits-)Leben bemerkbar machen, sie reichen von lebenslangen Einkommenseinbußen bis hin zu Depressionen. Die Nicht-Teilnahme auf dem Arbeitsmarkt bedeutet nicht nur persönliche Probleme für die Betroffenen, sondern auch Vergeudung wertvoller Ressourcen – und Kosten: Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) errechnete für 2011 wirtschaftliche Einbußen von 153 Mrd. Euro in der gesamten EU.<sup>1</sup>

## Rund 7,7 Mio. NEETs

Erst seit wenigen Jahren erhebt **Eurostat** neben den üblichen Arbeitsmarktindikatoren auch den Anteil an erwerbslosen Personen, die aus verschiedensten Gründen keine Arbeit suchen und/oder nicht verfügbar sind. Im Jahr 2012 lag die NEET-Rate bei 13,2 Prozent der EU-BürgerInnen. Damit waren hochgerech-

net rund 7,7 Mio. Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren weder im Beschäftigungs- noch im Bildungssystem integriert. Dazu kommt etwa für 2011 ein NEET-Anteil von 20 Prozent bei den 25- bis 29-Jährigen (2008: 17 Prozent). In dieser Altersgruppe ist die Quote durch Kinderbetreuung u. Ä. durchwegs höher als unter Jugendlichen.

## Auf Platz vier

Österreich hatte im Jahr 2012 mit 6,5 Prozent hinter Norwegen, Luxemburg und Island die viertniedrigste NEET-Quote unter den 15- bis 24-jährigen EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern. Der bisher höchste Wert seit 2000 wurde 2005 mit 8,3 Prozent erreicht. Am anderen Ende der Skala finden sich Bulgarien (21,5 Prozent), Italien (21,1 Prozent) und Griechenland (20,3 Prozent).

Hauptgründe für das Fernbleiben vom Arbeitsmarkt bzw. Bildungssystem sind Krankheit, familiäre Betreuungspflichten, Resignation nach frühzeitigem Schulabbruch oder nach negativen Erlebnissen auf dem Arbeitsmarkt. Eine relativ kleine, weniger gefährdete Gruppe ist auf der Suche nach dem Traumjob oder der optimalen Ausbildung, es gibt zudem jene, die eine Zeit lang auf Reisen gehen, sich künstlerisch betätigen etc. Den größten und am stärksten schwankenden Anteil machen „herkömmliche“ Arbeitslose aus, wobei der Anstieg an Langzeitarbeitslosen bei jungen Menschen besonders problematisch ist. Österreich liegt derzeit bei 16,4 Prozent. Auch hier gibt es europaweit große Unterschiede, so sind etwa

## INFO & NEWS

### NEET-Risikofaktoren

Niedrige Bildung: Risiko dreimal größer als für Menschen mit tertiärem Bildungsabschluss und doppelt so hoch wie bei sekundärer Bildung. Ähnliches gilt für den Bildungsgrad der Eltern: Im Vergleich zu Eltern mit tertiärem Bildungsabschluss ist das NEET-Risiko für Kinder mit Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss doppelt so hoch bzw. 1,5-mal höher als bei sekundärem Bildungsabschluss.

NEET-Quote unter Akademikerinnen und Akademikern: zehn Prozent im EU-Durchschnitt; in Österreich sechs Prozent. Arbeitslosigkeit der Eltern: NEET-Risiko um 17 Prozent erhöht. Migrationshintergrund: plus 70 Prozent; in Österreich liegt der NEET-Anteil bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei 18,5 Prozent gegenüber 6,5 Prozent bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Behinderung: plus 40 Prozent.

Wohnort in abgelegenen Gebieten: 1,5-faches Risiko.

in der Slowakei 59 Prozent und in Finnland 5,4 Prozent der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen schon länger als zwölf Monate ohne Job.

Österreich gilt mit seinem dualen Ausbildungssystem und der Ausbildungsgarantie als Vorbild bei der Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit, hat aber Nachholbedarf bei Maßnahmen gegen frühzeitigen Schulabbruch. Mit 8,3 Prozent Schulabbrecherinnen und -abbrechern liegt Österreich im

**Die EU verwendet die Bezeichnung NEET in der Regel für junge Menschen zwischen 15 und 24. In dieser Phase der Identitätsfindung, auf der Suche nach einem Platz in der Gesellschaft, spielen Erwerbstätigkeit und Bildung eine wichtige Rolle. Das NEET-Dasein kann psychische Schrammen hinterlassen, die sich im späteren (Arbeits-)Leben bemerkbar machen, sie reichen von lebenslangen Einkommenseinbußen bis hin zu Depressionen.**



unteren Drittel, also schlechter als etwa bei den NEET-Jugendlichen insgesamt. Die Soziologin Bernadette Allinger plädiert dafür, die Konsequenzen fürs Schulschwänzen, das oft am Anfang einer Schulabbrecher-Karriere steht, nicht allein den Eltern anzulasten: „In den Niederlanden etwa werden Schulen, deren Drop-out-Rate gesunken ist, mit Prämien belohnt. In Luxemburg gibt es seit 2005 so genannte Mosaikklassen, in denen SchülerInnen, bei denen das Risiko eines Schulabbruchs besteht, individuell betreut, beraten und gefördert werden.“<sup>2</sup>

### Jugendcoaching

In vielen Staaten Europas gibt es Programme zur Berufsorientierung und für einen leichteren Einstieg in den Beruf. In Österreich bietet etwa das Netzwerk berufliche Assistenz (NEBA) unter anderem Jugendcoaching für 15- bis 25-Jährige an, bei denen ein Schulabbruch droht oder die Probleme beim Übergang ins Berufsleben haben. In enger Zusammenarbeit mit der Schule und den Eltern erhalten die Jugendlichen individuelle Unterstützung, z. B. durch Lehrstellenrecherche im Internet, Erstellen von Bewerbungsunterlagen, Testtrainings, Üben von Vorstellungsgesprächen etc. In Kooperation mit verschiedenen Organisationen werden von

NEBA außerdem Berufsausbildungs- und Arbeitsassistenten sowie Jobcoaching angeboten.

Junge Menschen leiden nach einiger Zeit als NEET mit großer Wahrscheinlichkeit nicht nur an Geldmangel. Die Gefahr sozialer Ausgrenzung ist relativ groß. Ähnlich wie bei Langzeitarbeitslosen kommt es häufiger als bei Erwerbstätigen zu Antriebslosigkeit, Depressionen, Alkohol- und Drogenmissbrauch etc. Das Vertrauen in den Staat, in Institutionen und in andere Menschen sinkt. Obwohl sie theoretisch ausreichend Zeit haben, engagieren sich NEET-Jugendliche seltener als ihre Altersgenossinnen und -genossen in politischen, sozialen und zivilen Organisationen. Das Vertrauen in die Zukunft und in die eigenen Fähigkeiten schrumpft. „Der typische NEET ist ein junger Mensch, der angesichts der großen Bedeutung von Individualität und Expertise in unserer Zeit alle Hoffnung auf eine Arbeit verliert und in einen Zustand der Starre fällt. Im Grunde ihres Herzens wollen fast alle NEET arbeiten. Was sie daher am meisten brauchen, ist nicht Wissen und Informationen über Arbeit, sondern reale Erfahrungen in Bezug auf die Freude und die Spannungen im Umgang mit anderen Menschen“, formulierte der japanische NEET-Experte Yuji Genda schon 2004, noch vor der Krise.

Übergang in die Arbeitswelt zu erleichtern. Außerdem: Eine gezielte Arbeitsmarktpolitik wirkt sich deutlich günstiger aus als Wirtschaftswachstum an sich. Hohe Mindestlöhne, so Eurofound, erschweren für Jugendliche vermutlich eher den Einstieg ins Arbeitsleben. Dennis Tamesberger von der AK OÖ und Koautor der Studie „Junge Menschen ohne (Berufs-)Ausbildung“: „Einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengleichheit und zum Abbau von Bildungsbarrieren können Ganztagschulen leisten. Außerdem wäre ein flächendeckendes Case Management für Risiko-SchülerInnen nötig.“<sup>3</sup>

### Jobgarantie für junge Menschen

Das alles kostet Geld. Anfang des Jahres haben die EU-Arbeitsminister beschlossen, sechs Mrd. Euro in eine Jobgarantie für junge Menschen zu investieren. Jeder/Jede EuropäerIn unter 25 Jahren soll innerhalb von vier Monaten, nachdem er/sie eine Stelle verloren oder eine Ausbildung beendet hat, ein Angebot für einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsplatz bekommen. Vorbild dafür war u. a. Österreich.

Internet:

Netzwerk berufliche Assistenz:  
[www.neba.at](http://www.neba.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

### Gegenmaßnahmen

Wie kann die NEET-Quote gesenkt werden? Es gilt, sowohl frühzeitigen Schulabbruch zu verhindern als auch den

<sup>1</sup> Eurofound (2012), NEETs – Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe

<sup>2</sup> FORBA-Trendreport 1/2013

<sup>3</sup> J. Bacher, D. Tamesberger, Junge Menschen ohne (Berufs-)Ausbildung, 2011

# Vorbild Österreich

*Von einer Ausbildungsgarantie wie hierzulande verspricht man sich, die Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa einzudämmen.*

Michael Trinko

Bundesjugendsekretär

**A**llen jungen Menschen unter 25 Jahren muss innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, eine hochwertige Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder ein hochwertiger Ausbildungs- beziehungsweise Praktikumsplatz angeboten werden“ – so lautet die Europäische Jugendgarantie nach Empfehlung durch den Rat der Europäischen Union im April 2013.

Die Europäische Jugendgarantie ist also nur eine Empfehlung an die Mitgliedsstaaten und daher nicht bindend. Viele Länder nehmen sich Österreich als Vorbild, da hier eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche schon im Juni 2008 bei der Verabschiedung des Jugendbeschäftigungspaketes beschlossen wurde.

In Österreich werden jährlich rund 600 Mio. Euro für arbeitspolitische Maßnahmen für Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren aufgewendet. Im Vergleich dazu wird die Europäische Union den Mitgliedsstaaten bis 2020 sechs Mrd. Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung stellen.

## Ausbildungsgarantie in Österreich

Wenn Jugendliche nach Beendigung der Schulpflicht nicht eine weiterführende Schule besuchen oder keine betriebliche Lehrstelle finden oder eine begonnene Lehre abbrechen, wird ihnen im Rahmen der Ausbildungsgarantie in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte ermöglicht,

eine vollwertige Lehrausbildung zu absolvieren. Wichtig dafür ist, dass der/die Jugendliche sich beim Arbeitsmarktservice als lehrstellensuchend gemeldet hat und trotz intensiver Vermittlungsversuche keine Lehrstelle gefunden hat.

Ist das der Fall, beginnt die Ausbildungsgarantie zu greifen. Jugendliche haben nun die Möglichkeit, eine Lehrausbildung in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte zu absolvieren. Grundsätzlich lassen sich hier zwei Arten der überbetrieblichen Ausbildung unterscheiden: Das LehrgangsmodeLL ÜBA 1 mit einem Ausbildungsvertrag über die ganze Lehrzeit sowie das PraxisbetriebsmodeLL ÜBA 2 mit einem Ausbildungsvertrag über einen kürzeren Zeitraum als die Lehrzeit.

Da die überbetriebliche Ausbildung in den Bundesländern leicht unterschiedlich aufgebaut ist und Wien die meisten TeilnehmerInnen der ÜBA aufweist (28 Prozent, gefolgt von Niederösterreich mit 26 Prozent) werden im Folgenden die beiden Modelle anhand der Umsetzung in Wien näher dargestellt.

## ÜBA 1: Ganze Lehrzeit

Bei der ÜBA 1 sind gewisse Vorschaltmaßnahmen integrierter Bestandteil, deren Dauer von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ist – zwischen einer Woche und zwei Monaten. So ist z. B. in Wien als Vorschaltmaßnahme die Berufsorientierungs- und Coachingmaßnahme (kurz BOCO-Maßnahme) in der Dauer von acht Wochen installiert, die in vier Phasen aufgebaut ist. Dabei werden die Jugendlichen über den Ablauf

## INFO & NEWS

### Ausbildungsgarantie in Zahlen

Laut Forschungsbericht des **IBW**, Lehrlingsausbildung im Überblick 2012, befanden sich im Ausbildungsjahr 2011/2012 9.832 Jugendliche entweder in einer ÜBA 1 oder ÜBA 2 sowie 2.018 Jugendliche in der integrativen Berufsausbildung im Auftrag des AMS. Betrachtet man die TeilnehmerInnen in überbetrieblichen Ausbildungen nach dem Geschlecht und der Staatsbürgerschaft stellt sich heraus, dass sowohl der Frauenanteil (42,5 Prozent) als auch der Anteil nicht österreichischer StaatsbürgerInnen (17,0 Prozent) höher als in der Lehrausbildung ist (34,2 Prozent Frauenanteil, 7,7 Prozent nicht österreichische StaatsbürgerInnen). Nähere Informationen zur integrativen Berufsausbildung, zum dualen Ausbildungssystem sowie ergänzende Informationen zur Ausbildungsgarantie finden Sie unter: [blog.arbeit-wirtschaft.at/ausbildungsgarantie](http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ausbildungsgarantie)

der Maßnahme informiert und es wird mit ihnen ein realistischer Berufswunsch anhand ihrer Fähigkeiten erarbeitet. Neben einem intensiven Bewerbungstraining erhalten die Jugendlichen auch Informationen über mögliche weitere Ausbildungswege. Begleitet wird die BOCO-Maßnahme im Besonderen von Mädchenspezifischen Unterstützungsmaßnahmen.

Nach den Vorschaltmaßnahmen besteht die Möglichkeit, die Lehre in einer überbetrieblichen Ausbildungs-





© fjb-Verlag/Markus Zahradnik

**Ein weiterer Bereich ist die Unterstützung der Jugendlichen durch den Bildungsträger im Hinblick auf die ganze Ausbildungszeit, die zur Begleitung und Stabilisierung dient.**

stätte zu beginnen und wenn nötig abzuschließen.

Das Hauptaugenmerk der Maßnahme liegt über die ganze Dauer hinweg darauf, Jugendlichen eine betriebliche Lehrstelle zu vermitteln. So müssen die Jugendlichen verpflichtend während der Maßnahme betriebliche Praktika absolvieren. Sie werden auf diese Weise in betriebliche Arbeitsabläufe gebracht und arbeiten unter regulären Arbeitsbedingungen. Ein Ziel ist es auch, die Jugendlichen in den Praxisbetrieb zu vermitteln.

Abhängig vom Beruf, der in der Maßnahme erlernt wird, ist die Dauer der vorgeschriebenen betrieblichen Praktika unterschiedlich. So ist zum Beispiel für die Berufsgruppen Metalltechnik und Maschinenbau ein fachspezifisches Praktikum von mindestens vier bis maximal zwölf Wochen im ersten Lehrjahr und zwölf bis maximal 16 Wochen sowohl im zweiten als auch im dritten Lehrjahr in einem oder mehreren Betrieben, in dem die Lehrlingsausbildung nicht von den sonstigen betrieblichen Abläufen getrennt ist, zu absolvieren.

Sollte es nicht gelingen, die/den Jugendliche/n während der Zeit der Maßnahme auf eine betriebliche Lehrstelle zu vermitteln, kann sie/er die Lehrabschlussprüfung in der überbetrieblichen Ausbildungsstätte ablegen.

## **ÜBA 2: Kürzer als Lehrzeit**

Grundsätzlich lässt sich die ÜBA 2 in drei Bereiche unterteilen und hat das Ziel, Jugendliche bis zu zwölf Monate lang in

einem Lehrberuf in Kooperation mit Praxisbetrieben auszubilden und anschließend unter Anrechnung der Ausbildungszeit auf die Lehrzeit in einen Betrieb weiterzuvermitteln.

Zentraler Baustein ist die Ausbildung im Praxisbetrieb, wofür Jugendliche ein spezielles Bewerbungstraining erhalten.

Da in der dualen Ausbildung ungefähr 20 Prozent der Zeit in der Berufsschule verbracht werden, wird als weiterer Baustein die Vorbereitung und die Koordination des Besuchs der Berufsschule mit dem Praxisbetrieb verstanden.

Ein weiterer Bereich ist die Unterstützung der Jugendlichen durch den Bildungsträger im Hinblick auf die ganze Ausbildungszeit, die zur Begleitung und Stabilisierung dient. Hier wird den Jugendlichen auch Nachhilfe für die Berufsschule oder fachspezifische Unterstützung angeboten.

## **Überbetriebliche Ausbildungsstätten**

Die AMS-Landesgeschäftsstellen legen aufgrund der Erfordernisse des regionalen Arbeits- und Bildungsmarktes die Zahl der überbetrieblichen Berufsausbildungsplätze fest. Nach der Festlegung des Kontingentes werden die Abwicklung und die Ausschreibung durch die Landesgeschäftsstellen durchgeführt.

Überbetriebliche Ausbildungsstätten müssen gewisse Eignungs- und Qualitätskriterien erfüllen. Dabei geht es um Eignung der Trägereinrichtung, des Aus- beziehungsweise Betreuungspersonals sowie die technische und räumliche Ausstattung. Sind diese Kriterien

erfüllt, werden anhand eines Bewertungsrasters und Kriterienkataloges Punkte und darauf basierend der Zuschlag vergeben. Das höchste Gewicht, sprich die meiste Punktezahl bei den Zuschlagskriterien liegt bei den Kosten der Maßnahme.

## **Übergangsmangement verbessern**

Die Jugendgarantie in Österreich war und ist ein wichtiger Schritt, um die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich gering zu halten. Doch darf man nicht außer Acht lassen, dass Österreich im arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkt für Jugendliche eine Vielzahl von (Aus-)Bildungsmöglichkeiten installiert hat und die Jugendgarantie hier nur einen Teil der Maßnahmen darstellt.

Laut Sozialministerium stehen im Fokus der Arbeitsmarktpolitik neben den Angeboten im Bereich Beratung und Vermittlung vor allem Qualifizierungsangebote zur Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen. Als zentral hat sich herausgestellt, das „Übergangsmangement“ von der Pflichtschule in weiterführende Angebote der Ausbildung zu vereinfachen und sicherzustellen, da das Arbeitslosenrisiko für junge Menschen ohne Berufsausbildung dreimal höher ist.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[michael.trinko@oegb.at](mailto:michael.trinko@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die Opfer der Arbeit

*Statt in der Schule zu lernen, müssen noch immer unzählige Kinder und Jugendliche auf dem Feld oder in Fabriken schuften – unter unmenschlichen Bedingungen.*

Harald Kolerus

Freier Journalist

**W**eltweit sind 150 Mio. Kinder zwischen fünf und 14 Jahren zur Arbeit gezwungen“, so die Schätzungen von UNICEF. Das entspricht fast einem von sechs Kindern in dieser Altersgruppe. Das Kinderhilfswerk *terre des hommes* geht sogar von 216 Mio. Kindern aus, die jeden Tag arbeiten müssen. Mehr als 115 Mio. davon rackern sich unter gefährlichen und ausbeuterischen Bedingungen für einen Hungerlohn ab. „Sie schleifen Diamanten, schleppen Kakaofrüchte durch die heiße Sonne und knüpfen Teppiche in stickigen Fabriken. Ihren Namen schreiben oder ein Buch lesen können sie nicht“, heißt es bei *terre des hommes*.

## Die Ursprünge

Kinderarbeit ist ein altbekanntes Phänomen, wie Elisabeth Fux in der Diplomarbeit „Kinderarbeit und Schulbesuch“ festhält. Hier ist zu lesen: „Kinderarbeit gibt es seit Menschen existieren, vor allem Haushalt und landwirtschaftliche Produktion waren stets untrennbar mit dem Familienleben verbunden.“ Allerdings sei der Umfang der zugemuteten Arbeit in vorindustrieller Zeit in der Regel so begrenzt gewesen, dass eine Überlastung weitgehend ausgeschlossen war. Schlimmer wurde es im 18. Jahrhundert: Während in der feudalen Gesellschaft Kinderarbeit nur im Rahmen des Familienverbandes auftrat, förderte die **merkantilistische** Wirtschaftspolitik den gezielten Einsatz von Kindern in der Pro-

duktion. Die fortschreitende Industrialisierung führte zu einer weiteren Ausbreitung der Kinderarbeit im 19. Jahrhundert. Fux schreibt: „Durch den Einsatz von Maschinen konnte die Arbeit in einzelne einfache Vorgänge zerlegt werden, für die keine Muskelkraft mehr notwendig war.“ Die Fabriksarbeit wurde dadurch zynischerweise „kinderleicht“. Das führte zu schauerlichen Auswüchsen – ein fünfzehnstündiger Arbeitstag für Minderjährige war keine Seltenheit. Karl Marx greift im „Kapital“ die Geschichte des siebenjährigen Wilhelm Wood auf, der in einer britischen Töpferei schuftete: „Ich arbeite bis neun Uhr abends jeden Tag in der Woche. Das habe ich auch in den letzten sieben bis acht Wochen getan“, wird der Junge zitiert; Arbeitsbeginn war täglich um sechs Uhr morgens.

Sozialreformer wie Marx und Engels sowie die aufkommende Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung trugen maßgeblich dazu bei, dass der Kinderarbeit sukzessive ein Riegel vorgeschoben wurde. Den brutalen Gesetzen des Kapitalismus folgend, führten aber auch die hohe Sterblichkeit unter den ausgebeuteten Kindern und die geringe Lebenserwartung der von früher Jugend an beschäftigten FabrikarbeiterInnen zu Schutzmaßnahmen seitens der Politik und des Unternehmertums selbst.

Zaghafte Ansätze zur Regelung der Kinderarbeit erfolgten in Österreich bereits unter Kaiser Joseph II. (1741–1790); die allgemeine Unterrichtspflicht, die sich damals auf bescheidene sechs Jahre beschränkte, wurde von **Maria Theresia** 1774 eingeführt. Heute ist Kinderarbeit in Österreich natürlich

verboten, was übrigens erst 2011 auch verfassungsrechtlich festgelegt worden ist. So dürfen Kinder bis zum 15. Lebensjahr grundsätzlich nicht zu Arbeiten herangezogen werden. Die Beschäftigung von eigenen Kindern mit „leichten Leistungen von geringer Dauer“ im Haushalt (z. B. Geschirrabwaschen) gilt jedoch nicht als Kinderarbeit. Eine Beschäftigung von Kindern ab dem 13. Lebensjahr außerhalb der Schule ist auch bei Arbeiten in Betrieben, in denen ausschließlich Familienmitglieder des Inhabers beschäftigt sind, erlaubt.

## Kinderarbeit auch in Europa

Prinzipiell hat sich also im Zuge der Aufklärung durchgesetzt, dass Kinder eben mehr als „kleine Erwachsene“ sind, vor Ausbeutung geschützt werden müssen und Freiraum für Ausbildung und individuelles Heranreifen benötigen. In der Kinderrechtskonvention der UNO von 1989 wird das Recht des Kindes auf Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung demnach so definiert: „Kinder, das heißt Menschen vor Vollendung des 18. Lebensjahres, dürfen nicht zu einer Arbeit herangezogen werden, die Gefahren mit sich bringen, die Erziehung des Kindes behindern oder die Gesundheit des Kindes oder seine körperliche, geistige, seelische, sittliche oder soziale Entwicklung schädigen könnte.“

Leider ist die Umsetzung dieser Konventionen auch heute noch keine Selbstverständlichkeit – nicht einmal in Europa: „Da Kinderarbeit in Europa illegal ist, gibt es dazu keine offiziellen Statistiken und es ist schwer, seriöse

„Es ist schon besonders zynisch, dass ein Produkt, das hierzulande vor allem an Kinder verkauft wird, nämlich Schokolade, unter prekären Bedingungen von Kindern in Entwicklungsländern hergestellt wird“, so Gerhard Riess von der PRO-GE.



Zahlen zu nennen. Wir wissen aber, dass es Kinderarbeit in Europa gibt!“, so Sylvia Trsek, die bei UNICEF Österreich für Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Als besonders stark betroffene Staaten werden sehr oft Griechenland, Spanien und Portugal genannt. Trsek weiß aus Erfahrung, dass eine Verschlechterung der Wirtschaftslage und die Zunahme von Kinderarbeit positiv korrelieren. „Staatliche Sparpolitik hat sehr häufig Einschnitte bei Familien zur Folge, es besteht also die Gefahr, dass soziale Kürzungen zu mehr Kinderarbeit führen könnten – auch in Europa“, so die UNICEF-Mitarbeiterin.

## Gegenmaßnahmen

Hauptsächlich bleibt Kinderarbeit allerdings ein Problem von Entwicklungsländern: So wird von childinfo.org geschätzt, dass in den afrikanischen Staaten Zambia, Niger und Benin mehr als 40 Prozent der Kinder zwischen fünf und 14 Jahren einer regelmäßigen Arbeit nachgehen müssen. In Lateinamerika liegt die Quote in Bolivien mit rund 25 Prozent besonders hoch. Wie kann nun das Ausmaß der Kinderarbeit reduziert werden? Einfach verbieten lässt sie sich leider nicht, weil noch immer viele bitterarme Familien von den Einkommen ihrer Kinder abhängig sind. UNICEF versucht durch Lobbying auf Regierungsebene der betroffenen Staaten für strukturelle Verbesserungen zu sorgen (zum Beispiel Ausbau der Schulbildung). Außerdem erfolgt in Zusammenarbeit mit örtlichen NGOs Aufklärungsarbeit in den Dörfern und Gemeinden, wobei

auch Kleinkredite zur Stärkung der regionalen Wirtschaft organisiert werden. „Denn die eigentliche Wurzel von Kinderarbeit lautet Armut“, weiß Trsek.

Ein weiterer Schritt ist die Mobilisierung der Konsumentinnen und Konsumenten in den Industriestaaten. Hier ist nicht zuletzt die österreichische PRO-GE (Produktionsgewerkschaft) sehr aktiv und unterstützt die Kampagne cocoanet.eu. Mit dieser wird auf ausbeuterische Bedingungen in der Kakao- bzw. Schokoladeproduktion aufmerksam gemacht. „Es ist schon besonders zynisch, dass ein Produkt, das hierzulande vor allem an Kinder verkauft wird, nämlich Schokolade, unter prekären Bedingungen von Kindern in Entwicklungsländern hergestellt wird“, so Gerhard Riess von der PRO-GE.

## Macht der VerbraucherInnen

Konsumentinnen und Konsumenten haben wiederum die Möglichkeit, auf spezielle Produkt-Gütesiegel zurückzugreifen, zu den bekanntesten zählen: **Rainforest Alliance**, EU-Gütesiegel, **UTZ Certified** und Fairtrade. Veronika Polster, Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit bei Fairtrade Österreich, erklärt: „Wir schließen ausbeuterische Kinderarbeit und Zwangsarbeit aus. Anstatt harte Bestrafungsmaßnahmen durchzuführen, die die Kinder und ihre Familien möglicherweise weiter in Armut drängen, besteht das Ziel des fairen Handels aber darin, Hilfe bei der Lösung von Problemen zu leisten.“

Aber nicht nur VerbraucherInnen, sondern auch Investorinnen und Investoren können positiven Einfluss aus-

üben; in praktisch allen Nachhaltigkeits- und Ethikfonds gilt ausbeuterische Kinderarbeit bereits als Ausschlusskriterium. Das bedeutet, dass Aktiengesellschaften, die in unmenschliche Kinderarbeit involviert sind, von FondsmanagerInnen nicht gekauft werden. „Dadurch entsteht Druck auf Unternehmen, ihre Produktionsbedingungen fairer zu gestalten. Außerdem wirken manche Konzerne auf Regierungen ein, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für Kinder zu verbessern“, erklärt Wolfgang Pinner, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Forums Nachhaltige Geldanlage und Ethik-Experte bei der Erste Sparinvest. „So können falsche Strukturen durch richtige ersetzt werden, auch wenn das nicht von heute auf morgen passiert“, sagt Pinner. Ein Hoffnungsschimmer für Millionen von „kleinen Menschen“, die nicht nur ihrer Kindheit, sondern sehr oft auch ihrer Zukunft beraubt werden.

Internet:

UNICEF:  
[www.unicef.at](http://www.unicef.at)

Netzwerkprojekt Cocoanet:  
[www.cocoanet.eu](http://www.cocoanet.eu)

Fair Trade in Österreich:  
[www.fairtrade.at](http://www.fairtrade.at)

Kinderrechte in Österreich:  
[www.kinderrechte.gv.at](http://www.kinderrechte.gv.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[h.kolerus@geld-magazin.at](mailto:h.kolerus@geld-magazin.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Pflegenotstand stiehlt Kindheit

*43.000 Kinder und Jugendliche müssen die Pflegearbeit übernehmen, mit der sie die Kürzungspolitik alleingelassen hat.*

Sonja Grusch  
Freie Journalistin

**E**nde Dezember 2012 wurde eine Studie des Instituts für Pflegewissenschaften der Universität Wien zur Pflegetätigkeit von Kindern und Jugendlichen veröffentlicht. Sie war vom Nationalrat in Auftrag gegeben worden.

Die Fakten sind erschreckend: Rund 43.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 18 Jahren, das sind 3,5 Prozent dieser Altersgruppe, pflegen regelmäßig Angehörige. Sie übernehmen vielfältige Tätigkeiten – von der Betreuung der Geschwister über die Haushaltsführung bis zur Pflege und emotionalen Unterstützung der kranken Angehörigen. Die Auswirkungen auf die pflegenden Kinder sind enorm, Hilfe für sie ist kaum existent.

## In der Erwachsenenrolle

Es geht nicht um die normale Mithilfe im Haushalt, um Tisch abräumen oder das eigene Zimmer aufräumen, und auch nicht darum, ein vorübergehend erkranktes Familienmitglied kurzfristig zu unterstützen. Sondern es geht um Kinder und Jugendliche, die monate- oder auch jahrelang, oft viele Stunden pro Woche, die Rolle der Erwachsenen in der Familie übernehmen (müssen). 70 Prozent der pflegenden Kinder sind Mädchen, das traditionelle Rollenbild wird fortgesetzt und einzementiert.

Das Phänomen der „Young Carers“, der jungen Pflegenden, ist nichts Neues und wird seit einigen Jahren intensiver

erforscht. In Österreich war bisher von ca. 20.000 Betroffenen ausgegangen worden, doch die Zahl ist mindestens doppelt so hoch.

## Ergebnis des Pflegenotstandes

Eigentlich kann das nicht verwundern. Alle paar Jahre gibt es Diskussionen über den Pflegenotstand. Mehr als 430.000 Menschen erhalten Pflegegeld, brauchen also Unterstützung. Dem stehen rund 80.000 stationäre und 40.000 außerhäusliche Pflegekräfte gegenüber. Laut Rechnungshof deckte das Pflegegeld bereits 2009 maximal 58 Prozent der Kosten außerhäuslicher Pflege ab. Eine Studie des Instituts für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien hat schon 2005 ermittelt, dass 42 Prozent der pflegenden Angehörigen aus finanziellen Gründen mobile Dienste nicht oder nicht ausreichend in Anspruch nehmen, gerade im ländlichen Bereich gibt es dafür oft gar kein Angebot.

Seit den 1990er-Jahren und dem Bericht einer ministeriellen Arbeitsgruppe ist bekannt, dass es österreichweit zu wenig mobile Unterstützungsdienste für Pflegebedürftige gibt. Plätze in Pflegeheimen sind rar, teuer und oft – aufgrund des unzureichenden Betreuungsschlüssels und der überarbeiteten Beschäftigten – für liebende Angehörige keine Option. Wenn sich die Bundesländer im Regress die Kosten der außerhäuslichen Pflege von Angehörigen holen, führt das in der Folge ebenfalls dazu, dass die Pflege von diesen übernommen werden muss. Die Arbeitssituation im professionellen Pflegebereich

selbst ist schlecht – problematischer Betreuungsschlüssel, miese Bezahlung und steigender Druck führen dazu, dass rund ein Drittel der Beschäftigten Burnout-gefährdet sind. Die Qualität der Betreuung ist infolge des von der Politik beschlossenen Geldmangels entsprechend schlecht.

Wenn Menschen älter werden und Krankheiten im Gegensatz zu früher überleben, sollte das eigentlich positiv sein. Aber es muss auch mitbedacht werden, dass der Pflegebedarf steigt. Wenn nicht professionell von geschulten und bezahlten Fachkräften gepflegt wird, dann bleibt nur die Familie. Längst ist bekannt, dass ein großer Teil der Pflege von Angehörigen geleistet wird, zu 80 Prozent von Frauen. Es ist logisch, dass, wenn es sich nicht um „alte“ Eltern, also Seniorinnen und Senioren handelt, auch die pflegenden „Kinder“ jünger sind. Die aktuelle Bestürzung über diese Tatsache zeugt also bestenfalls davon, dass man es eigentlich nicht so genau wissen wollte.

## Kinder als Opfer des Ehrenamts

Spätestens seit den 1980er-Jahren gibt es das Dogma der Rentabilität oder Kostendeckung auch im Sozialbereich. Die Folge sind Kürzungen in genau jenem Bereich, wo der Bedarf immer größer wird. Flankiert wird die ökonomisch neoliberale Offensive auch ideologisch: Es begann mit „Mehr privat, weniger Staat“ und führt zu „Ehrenamt ist Ehrensache“. Seit einigen Jahren werden den freiwilligen, unbezahlten Helferinnen und Helfern vonseiten der Politik Rosen gestreut.



Es geht nicht um die normale Mithilfe im Haushalt, um Tisch abräumen oder das eigene Zimmer aufräumen, und auch nicht darum, ein vorübergehend erkranktes Familienmitglied kurzfristig zu unterstützen. Sondern es geht um Kinder und Jugendliche, die monate- oder auch jahrelang, oft viele Stunden pro Woche, die Rolle der Erwachsenen in der Familie übernehmen (müssen).

Logisch, denn sie stopfen ein Loch, das die Kürzungen der Politik gerissen haben. Um es klarzustellen: nichts gegen Nachbarschaftshilfe, nichts gegen praktische Solidarität. Aber hier geht es darum, die Arbeit, die von öffentlicher Seite geleistet werden müsste, aber dem Sparstift zum Opfer gefallen ist, durch kostenlose Arbeit zu ersetzen. Das geht einher mit einem konservativen Backlash beim Frauen- und Familienbild, da ja vor allem Frauen diese Arbeit in der Familie leisten müssen.

Kinder sind die jüngsten und schwächsten Opfer dieser Politik. Viele wachsen mit der Pflege-Aufgabe auf. Sie werden in die Rolle der verantwortlichen Person in der Familie gedrängt und kennen gar keine Alternative. Natürlich sollen Kinder nicht unter einen Glassturz gestellt werden. Es geht auch nicht darum, ihnen jeden Handgriff abzunehmen. Aber wenn Kinder mehrere Stunden pro Tag Haushalt und Pflegearbeit verrichten müssen, wenn sie ihre Eltern emotional stützen müssen, dann wird ihnen ihre Kindheit geraubt. Wenn pflegende Kinder nach ihren Wünschen gefragt werden, sind diese zu 81 Prozent für andere – das spiegelt den enormen Leidensdruck dieser in die Rolle von Erwachsenen gedrängten Kinder wider. Oder wie ein Kind es formulierte: „Ich wünsche mir, dass ich mir nicht sooooo viele Sorgen mache.“

### Der zynische Umgang der Politik

Die offizielle Politik zieht sich aus der Verantwortung. Die Tatsache, dass Kinder eigentlich laut Kinder- und Jugend-

lichen-Beschäftigungsgesetz (KJBG) gar nicht arbeiten dürften, kommt in der Debatte nicht vor. Dass sie unbezahlt arbeiten, wird auch ignoriert. Im Sinne eines tradierten Familienbildes wird die unbezahlte und meist noch nicht einmal wahrgenommene Arbeit von (meist weiblichen) Kindern und Frauen als normal interpretiert.

Der Fokus der offiziellen Politik liegt darauf, Kinder in ihrer pflegenden Tätigkeit zu unterstützen – und nicht, sie von dieser Arbeit zu befreien! Sie sollen nun mehr Informationen erhalten. Doch im Wesentlichen bleibt es bei einer Holschuld der Betroffenen. Die Scham über die eigene Sondersituation hält sie oft davon ab, sich Hilfe zu holen, dabei wollen diese Kinder doch vor allem eines: Normalität. Die Angst davor, dass die Familie auseinandergerissen wird, verdammt die Kinder zum Schweigen. Kinder und Jugendliche müssen dort abgeholt werden, wo sie sind – doch SozialarbeiterInnen an den Schulen fehlen.

### Angebot einer Auszeit

Mit Sozialminister Hundstorfer gibt es auch für Kinder das Angebot, sich eine „Auszeit“ von der Pflege von bis zu vier Wochen pro Jahr nehmen zu können. Doch das reicht nicht aus, denn es bedeutet, dass sie 48 Wochen im Jahr die Arbeit von Pflegepersonal verrichten!

Auch der Studienautor Martin Nagl-Cupal erklärt: „Es braucht Einrichtungen, wo sie sich mit Gleichgesinnten treffen können, wo sie aber auch Er-

wachsene treffen, die sie beraten, mit denen sie reden können.“ Die Volkshilfe überreicht den österreichischen Pflege- und Betreuungspreis auch an Jugendliche. Und die Diakonie hat mit „superhands“ eine Internetplattform speziell für junge Pflegende geschaffen, auf der auch „Pflegefit-Workshops“ angeboten werden. Alles Ansätze zu einer Professionalisierung des Problems, keine Lösung.

### Kinder haben Rechte

Dass Kinder nicht bloß kleine Erwachsene sind, ist allgemein gesehen noch eine relativ junge Erkenntnis. Dass Kinder Rechte haben, die auch geschützt werden müssen, ist eine noch jüngere Idee, die gerade durch die aufkommende ArbeiterInnenbewegung getragen wurde. Als Grönemeyer 1985 sang „Gebt den Kindern das Kommando“, hat er wohl nicht gemeint, dass sie die Arbeit übernehmen sollen, die durch Sozialabbau privatisiert wurde ...

Internet:

Studie im Auftrag des BMASK:  
Kinder und Jugendliche als pflegende  
Angehörige:  
[tinyurl.com/po7dwdm](http://tinyurl.com/po7dwdm)

Plattform der Diakonie:  
[www.superhands.at](http://www.superhands.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[sonja@slp.at](mailto:sonja@slp.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die jungen Wilden

*Jährlich über 8.000 Arbeitsunfälle bei Jugendlichen sind ein trauriges Signal dafür, dass Schutzbestimmungen nur unzureichend beachtet werden.*

Walter Nöstlinger

Leitender Sekretär – AK-OÖ (iR)

Jugendliche leben gefährlich in der heutigen Arbeitswelt. Das zeigen die Zahlen über Arbeitsunfälle, denen zufolge für BerufseinsteigerInnen ein deutlich höheres Arbeitsunfallrisiko als für erwachsene Beschäftigte besteht. Um Gefahren für die Sicherheit und Gesundheit der Jugendlichen hintanzuhalten, gibt es Schutzbestimmungen. Leider sind viele davon nicht ausreichend bekannt oder werden nicht eingehalten.

## 125.000 Lehrlinge in 200 Berufen

Derzeit werden in Österreich ca. 125.000 Lehrlinge in mehr als 200 Lehrberufen nach den Bestimmungen des **Berufsausbildungsgesetzes** ausgebildet. Die meisten davon sind zumindest zum Zeitpunkt des Berufseinstieges jugendliche ArbeitnehmerInnen. Darunter versteht man Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben und die der allgemeinen Schulpflicht nicht mehr unterliegen, bis sie das 18. Lebensjahr vollendet haben. Dazu kommen noch jene Jugendlichen, die in einem Arbeitsverhältnis oder im Rahmen eines Feriapraktikums etc. beschäftigt werden.

Natürlich kann man in den ersten Berufsjahren noch nicht über die gleiche Erfahrung wie erwachsene ArbeitnehmerInnen verfügen. Bei beruflichen Fertigkeiten und Kenntnissen wird meist akzeptiert, dass noch kein Meister vom Himmel gefallen ist. Wenn es allerdings um die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz geht, kann schon ein ein-

ziger Fehlgriff zu schwersten Verletzungen führen.

Im Betrieb bestimmen die ArbeitgeberInnen, wer welche Arbeiten zu erledigen hat. Sie haben daher auch die Dienstleistungen im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht so zu regeln, dass Leben und Gesundheit des ArbeitnehmerInnen geschützt werden. Damit diese allgemeine Formulierung auch zu greifbaren Ergebnissen führt, müssen die ArbeitgeberInnen oder deren VertreterInnen alle Arbeitsplätze und alle Gefahren für die ArbeitnehmerInnen vor Ort durch Expertinnen und Experten (z. B. Sicherheitsfachkräfte, ArbeitsmedizinerInnen) evaluieren – also überprüfen – lassen. Dann müssen die festgestellten Gefahren durch jeweils geeignete Maßnahmen beseitigt werden.

## Gefahr für junge ArbeitnehmerInnen

Die Gefahren am Arbeitsplatz hängen natürlich auch bei Jugendlichen von der jeweiligen Tätigkeit ab. Das Spektrum ist daher breit gestreut. Es geht um

- » Arbeiten mit gefährlichen Arbeitsstoffen,
- » Arbeiten unter physikalischen Einwirkungen,
- » Arbeiten unter physischen und psychischen Belastungen,
- » Arbeiten mit gefährlichen Arbeitsmitteln (Kreissägen, Fräsen etc.) und
- » sonstige gefährliche Arbeiten, z. B. auf Gerüsten, Dächern etc.

Dass es mit dem Arbeitnehmerschutz für Jugendliche nicht immer zum Besten stehen kann, zeigt ein Blick auf

## BUCHTIPP

Walter Nöstlinger  
**Arbeitnehmerschutz für Jugendliche**  
ÖGB-Verlag, 2013,  
ca. 480 Seiten, ca. € 38,-  
ISBN: 978-3-7035-1588-0



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

die Arbeitsunfälle. Sie erleiden im Verhältnis deutlich mehr Arbeitsunfälle als ArbeitnehmerInnen über 18 Jahre.

Im Vergleich dazu lag die Unfallrate bezogen auf tausend unselbstständig Erwerbstätige im Jahr 2012 bei 27,25 (2011 bei 28,23) von der AUVA anerkannten Arbeitsunfällen. Besonders gefährlich ist es bei unselbstständig Erwerbstätigen am Bau. Deren Unfallrate lag 2012 bei 68 Arbeitsunfällen auf tausend Versicherte (2011: 69,3).

## Schutzbestimmungen

Es gibt für diese Arbeitnehmergruppe zwei zentrale Schutzbestimmungen, nämlich das Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz (KJBG) und die Verordnung über Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Jugendliche (KJBG-VO).

## KJBG

Das KJBG enthält neben Regelungen über die Arbeitszeit auch Bestimmungen für die

**Bei beruflichen Fertigkeiten und Kenntnissen wird meist akzeptiert, dass noch kein Meister vom Himmel gefallen ist. Wenn es allerdings um die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz geht, kann schon ein einziger Fehlgriff zu schwersten Verletzungen führen.**



Sicherheit und den Gesundheitsschutz. Dadurch sollen Arbeitsunfälle, aber auch arbeitsbedingte Erkrankungen, die in den letzten Jahren aufgrund des ständig steigenden Arbeitsdruckes allgemein stark zugenommen haben, verhindert werden. Ähnlich wie bei den Erwachsenen müssen auch die Arbeitsplätze der Jugendlichen evaluiert werden, allerdings ist gem. § 23 KJBG zusätzlich auf einige Besonderheiten, z. B. auf Körperkraft, Alter und Stand der Ausbildung und der Unterweisung speziell Rücksicht zu nehmen.

Besonders wichtig ist für Jugendliche die sogenannte Gefahrenunterweisung nach § 24 KJBG. Durch sie soll gewährleistet werden, dass sie ähnlich wie bei einer Berufsausbildung durch Information und Unterweisung in die Lage versetzt werden, die für die jeweilige Tätigkeit notwendigen Schutzmaßnahmen nach geltender Rechtslage zu ergreifen. Dazu sind sie aber nur dann in der Lage, wenn sie zeitlich ausreichend, verständlich und inhaltlich richtig unterwiesen wurden. Leider dauern solche Unterweisungen in der Praxis oft viel zu kurz und sind inhaltlich verbesserungsbedürftig. Da – wo gewählt – ein Mitglied des Betriebsrates und des Jugendvertrauensrates gem. § 24 Abs 3 KJBG derartigen Unterweisungen beizuziehen ist, sollte auch diese Gelegenheit künftig mehr genutzt werden, auf notwendige Verbesserungen einzuwirken.

### **KJBG-VO**

Die sogenannte KJBG-VO bezieht sich auf Arbeiten, die für Jugendliche gefährlich sein können. Das sind z. B. solche

mit gefährlichen Arbeitsmitteln wie Kreissäge, Winkelschleifer u. v. a. m. Die Bedienung gefährlicher Arbeitsmittel ist in § 6 KJBG-VO geregelt und für Jugendliche – von wenigen Ausnahmen abgesehen – verboten.

### **Ausnahmen für Lehrlinge**

Für Lehrlinge gibt es im Zusammenhang mit der notwendigen Berufsausbildung Ausnahmen. Sie dürfen

- » nach einer Ausbildungszeit von 18 Monaten, mit Gefahrenunterweisung in der Berufsschule nach Richtlinien der AUVA ab 12 Monaten Ausbildungszeit und
- » unter Aufsicht mit solchen Arbeitsmitteln arbeiten, soweit dies für die Vermittlung der wesentlichen Fertigkeiten und Kenntnisse nach den Ausbildungsvorschriften unbedingt erforderlich ist. Größte Vorsicht ist trotzdem in jedem Fall angebracht, weil es immer wieder zu schweren Verletzungen kommt.

Die Unfallzahlen jugendlicher AN und die arbeitsbedingten Erkrankungen müssen deutlich gesenkt werden. Jugendliche sind im Bereich der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes unerfahren und noch von keinen fixen Verhaltensmustern geprägt. Sie sind daher wesentlich gefährdeter, können aber auch noch leichter zu einem sicheren Arbeiten angeleitet werden.

Bei den arbeitsbedingten Erkrankungen dauert es zumeist einige Zeit, bis es zu Auswirkungen (z. B. Bewegungs- und Stützapparat, psychische Beeinträchtigungen durch Stress etc.) kommt. Folgen von Fehlbelastungen

werden daher oft erst im Erwachsenenalter ersichtlich.

Die Gesundheit ist eines unserer wertvollsten „Güter“. Viele, die gesund sind, halten dies für selbstverständlich. Wie Unfälle zeigen, kann sich das binnen Sekunden ändern.

Die jeweiligen ArbeitgeberInnen hätten aufgrund ihrer Fürsorgepflicht und der genannten gesetzlichen Bestimmungen dafür zu sorgen, dass die Regelungen zugunsten der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes eingehalten werden. Aussagen von Betroffenen und Betriebsräten, Jahresberichte der Arbeitsinspektion, insbesondere aber die Zahlen über Arbeitsunfälle zeigen, dass dies bei Weitem nicht immer funktioniert. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf im Sinne einer Verbesserung der präventiven Maßnahmen. Davon abgesehen ist es aber auch wichtig, dass jede/r einzelne Jugendliche selbst darauf achtet, ihre/seine Gesundheit zu erhalten. Die in den Betrieben beschäftigten erwachsenen ArbeitnehmerInnen können (sollen) sie dabei durch entsprechende Vorbildwirkung unterstützen.

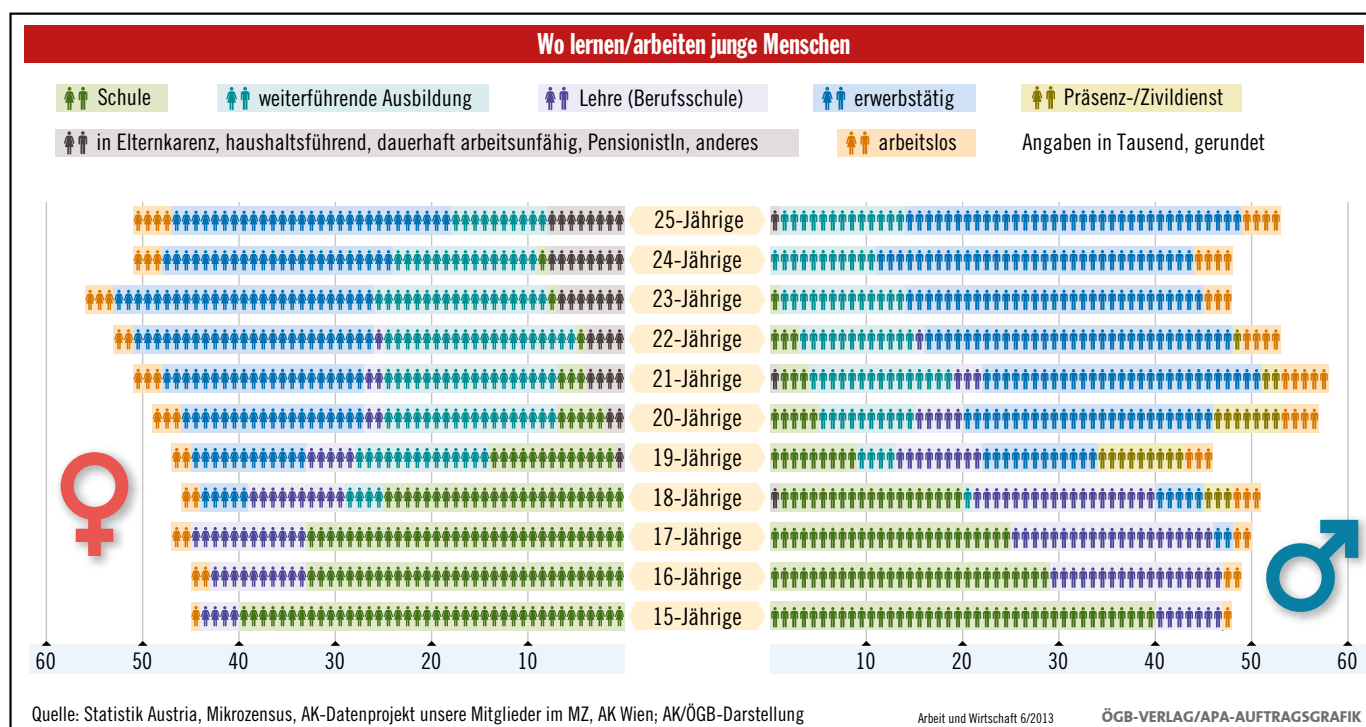
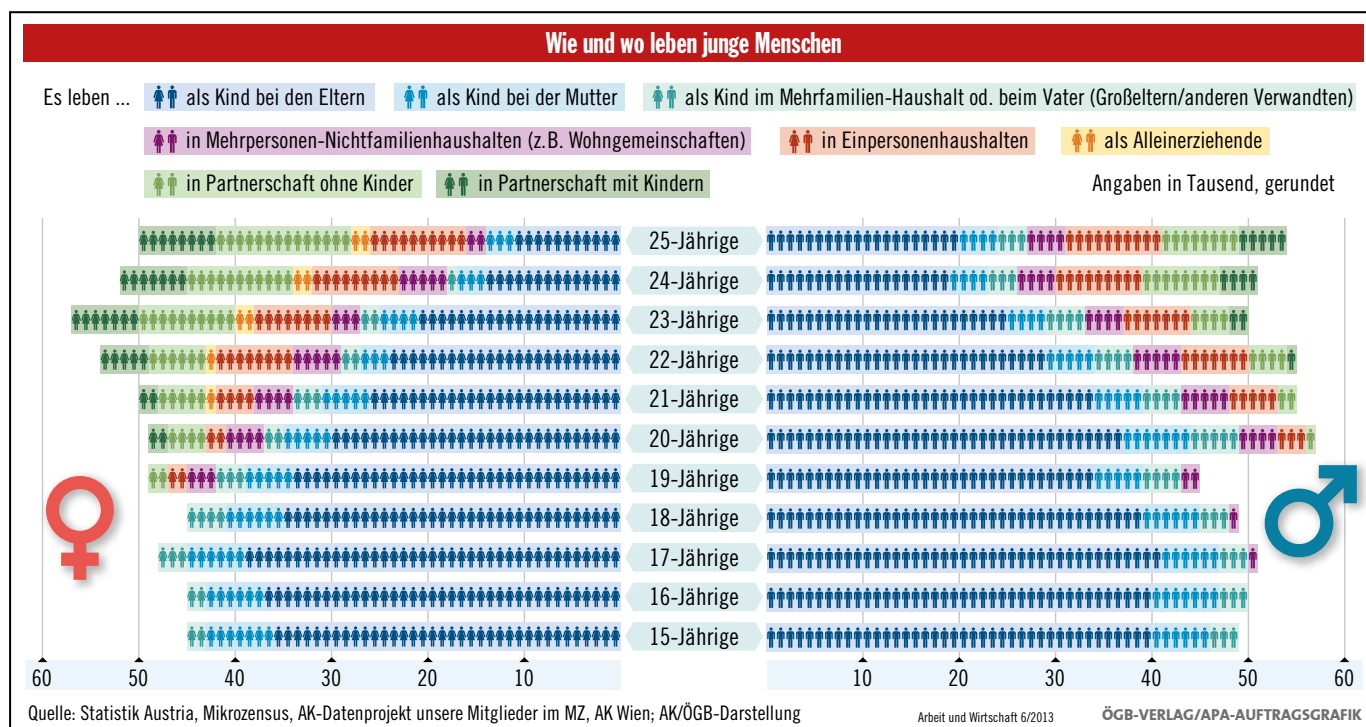
Internet:

AUVA-Material für Jugendliche:  
[tinyurl.com/pe2xwr4](http://tinyurl.com/pe2xwr4)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor:  
[noestlinger@24speed.at](mailto:noestlinger@24speed.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

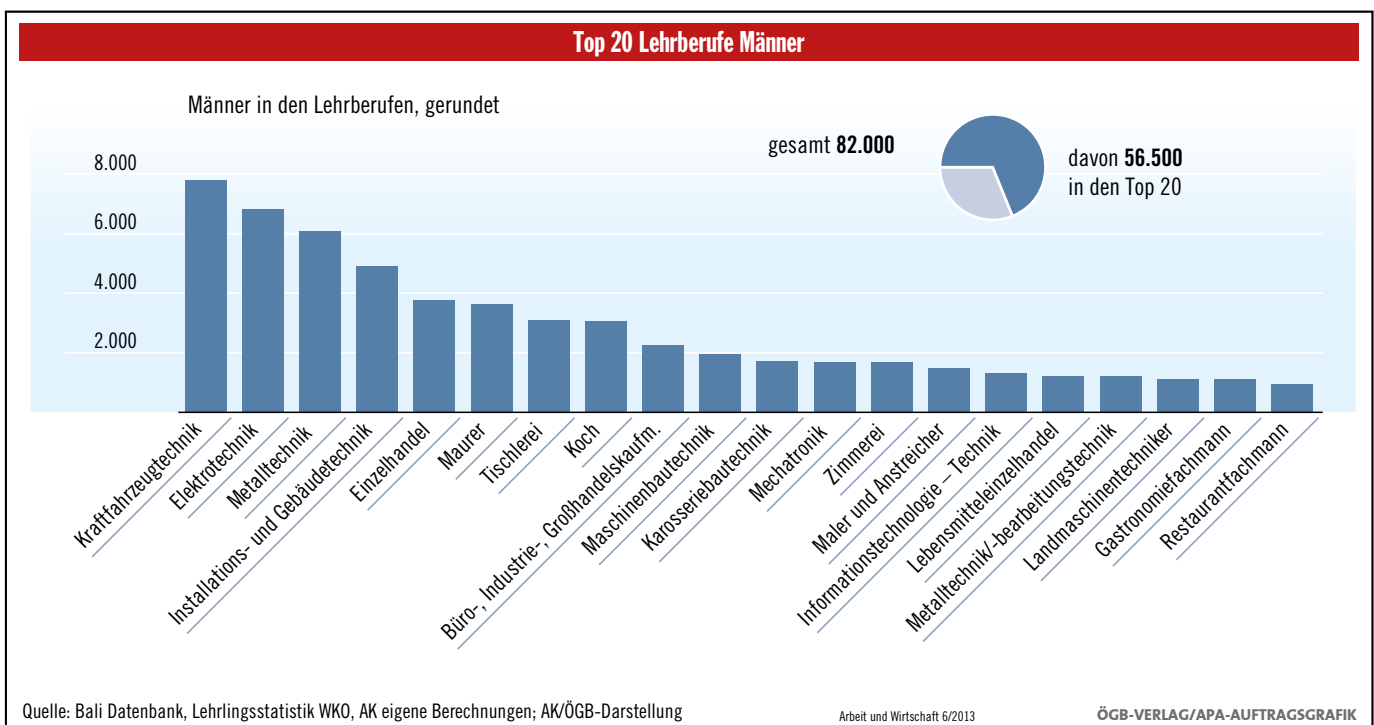
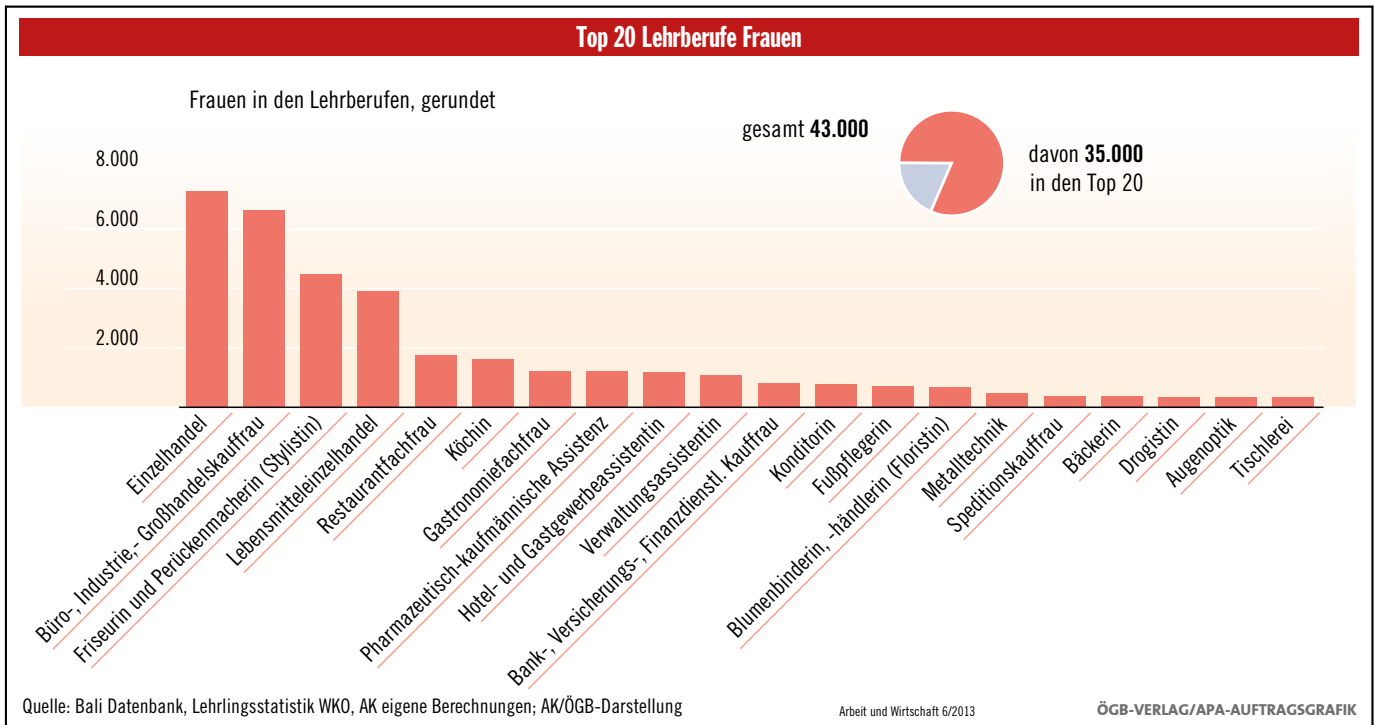
# Zahlen, Daten, Fakten

*Hotel Mama wird immer beliebter – mehr als jede zehnte 25-jährige Frau und jeder fünfte junge Mann dieser Altersgruppe leben noch bei den Eltern. Kein Wunder, denn in dieser*





*Altersgruppe sind zehn Prozent der Mädchen und zwölf Prozent der Burschen in einer weiterführenden Ausbildung. Die Lehre haben die meisten spätestens mit 22 Jahren abgeschlossen. Bei der Berufswahl führen seit vielen Jahren ähnliche Lehrberufe die Hitparaden an: Handel, Büro oder Friseurin sind bei den Mädchen erste Wahl, Kfz-Technik, Elektro- und Metalltechnik bei den Burschen.*



# Talent allein reicht noch nicht

*Der steinige Weg vom Jungtalent zum Profifußballer. Austria-Spieler Sebastian Wimmer geht für den Erfolg an seine Grenzen.*

Christian Resei &  
Sophia T. Fielhauer-Resei  
Freie JournalistInnen

**J**ung, talentiert, ehrgeizig. Schon seit seinem 16. Lebensjahr hat der Oberösterreicher Sebastian Wimmer einen Manager. Dahinter verbirgt sich sein Traum, Berufsfußballer zu werden. Die Ziele sind genau definiert, eines davon konnte im letzten Jahr verwirklicht werden: Der 19-Jährige wurde von der Austria Wien verpflichtet. Sebastians Klub – der Linzer ASK (LASK) – bekam keine Lizenz für die zweite Liga und fast alle Vereine der österreichischen Bundesliga interessierten sich für das junge Talent aus Linz.

## Der jüngste „Austria-Profi“

„Die Austria wollte mich unbedingt haben“, erzählt Sebastian. Das wollten zwar Ried, Sturm Graz und Rapid auch, doch der Austria-Trainer versprach, dass Sebastian mit der Profimannschaft trainieren dürfe. „Bei Rapid wurde mir angeboten, vorerst mit der zweiten Mannschaft zu trainieren und dort zu spielen.“ Nach einem Jahre hätte er dann die Chance gehabt, auch bei Rapid in die Profimannschaft zu kommen. Jetzt ist Sebastian der jüngste Spieler unter den Austria-Profis.

Freilich wurde Sebastian im ersten Jahr noch in keinem Pflichtspiel bei den Profis eingesetzt. Bei einem Cupspiel in Dornbirn und in der Meisterschaft gegen Salzburg durfte er auf der Ersatzbank sitzen. Spielen konnte er nur in der zweiten Mannschaft, in der dritten Liga. Für sein erstes Jahr hat er sich allerdings

mehr ausgerechnet. „Ich bin schon etwas enttäuscht darüber, aber ich werde weiterkämpfen.“ Zerknirscht wirkt er nicht, er will weiter vollen Einsatz zeigen.

Sebastians Position ist „6er“, im zentralen defensiven Mittelfeld. Bei der Austria spielt der australische Teamspieler James Holland regelmäßig auf dieser Position, fällt Holland aus ist Florian Klein, ein österreichischer Nationalspieler, dort gesetzt. Junge Spieler können dann einzig auf Verletzungen oder Formkrisen hoffen, um endlich einmal in der Profimannschaft spielen zu dürfen. So gesehen freut sich nicht jeder im Team über eine Siegesserie seiner Mannschaft. Sebastian gehört nicht zu denen, immerhin wurde die Austria das erste Mal seit sieben Jahren wieder österreichischer Meister.

## Einer von wenigen Glücklichen

Doch Sebastian ist sich auch durchaus bewusst, dass er zu den wenigen Glücklichen gehört, die den Sport als Profi ausüben können. Der Österreichische Fußballverband (ÖFB) ist der größte Sportverband in Österreich. Er vertritt über 500.000 SpielerInnen in über 2.000 Vereinen. Viele von ihnen haben irgendwann davon geträumt, als Profi-FußballerInnen aufzulaufen. Doch der Markt ist eng und die Zahl der Profis begrenzt. Etwa 500 von ihnen spielen insgesamt in der ersten und zweiten Liga, rund 100 davon kommen aus dem Ausland. Daneben haben etwa 100 Österreicher einen Vertrag mit einem ausländischen Club. Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise bekommen auch die FußballerInnen zu spüren.

### DVD-TIPP

Aljoscha Pause  
**Tom meets Zizou –  
Kein Sommermärchen.**  
Dokumentarfilm,  
Deutschland 2011,  
135 Min., € 19,99



**Bestellung:**  
ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Laut der Spielergewerkschaft **VdF** sind derzeit mehr als 100 Profis arbeitslos. Die Absicherung ist trotz des Kollektivvertrags, den die Fußballergewerkschaft 2008 ins Leben rief, unsicher.

Allgemein ist das Leben der Fußballer von Unsicherheiten geprägt. Spieler müssen viele Frustrationen aushalten. Häufiger als jeder Durchschnittsbürger müssen sie verbriefte, nachweisbare Niederlagen erleben und damit fertigwerden. Josef Jansky ist Nachwuchsbetreuer bei Rapid Wien. „Eine der Grundeigenschaften, die ein Spieler haben muss, ist eine hohe Frustrationstoleranz“, erklärt der 41-Jährige. Für Rapid sucht der Betreuer junge Spieler, die spezielle Talente haben. Etwa einen Verteidiger, der viele Zweikämpfe gewinnt oder jemanden, der super flanken kann oder die Bälle gut verteilt. Wichtig sind aber auch persönliche Eigenschaften wie Robustheit oder die Fähigkeit, andere mitreißen zu können.

Entscheidend ist ebenso, dass die Jungen von ihren Eltern unterstützt werden. „Sie sollten schon Interesse haben und ihren Sohn loben“, weiß Jansky. In-

Entscheidend ist auch, dass die Jungen von ihren Eltern unterstützt werden. „Sie sollten schon Interesse haben und ihren Sohn loben“, weiß Jansky. Interventionen beim Trainer, dass „der Bua“ viel besser sei als der aufgestellte Spieler, sind allerdings höchst kontraproduktiv.



Interventionen beim Trainer, dass „der Bua“ viel besser sei als der aufgestellte Spieler, sind allerdings höchst kontraproduktiv. Nichts stört eine Karriere mehr als ein verärgertes Trainer oder Funktionär. Josef Jansky: „Ich habe sogar zum Jugendleiter gesagt: ‚Lass mir den Spieler in der Mannschaft! Der Bub kann nichts für seine Eltern.‘“

## Eine neue Fußballer-Generation

Seit Österreich als Ausrichter der Europameisterschaft 2008 feststand, sind die Bemühungen, junge Nachwuchsspieler auszubilden, enorm gestiegen. Viele Junge werden in den **Fußballakademien** trainiert, werden in der Schule und im Fußball gefordert. Eine Fußballer-Generation, die ziemlich konform ausgerichtet ist und sich extrem auf das sportliche Ziel fixiert, wächst gerade auch in Österreich heran. Querdenker oder Spieler, die nicht in die Schablone passen, werden dadurch immer seltener. Sie kommen nur noch in Mannschaften, wenn sie absolute Ausnahmekönner sind. Das deutsche Filmportrait „Tom meets Zizou – kein Sommermärchen“ von Aljoscha Pause dokumentiert das Scheitern des deutschen Fußballprofis Thomas Broich. Broich, einst eines der größten Fußballtalente Deutschlands, gefiel sich darin, anders aufzutreten als durchschnittliche Fußballer. Er kokettierte mit seinen intellektuellen Ansprüchen. Doch dieses Anderssein wurde zu einer Bürde, als der Erfolg ausblieb.

Talent allein reicht nicht. Disziplin, Fleiß und Durchsetzungsvermögen sind genauso wichtig. Auch Sebastian

Wimmer hat viel Zeit in seinen Traum investiert. Neben dem Fußball hat er heuer im Juni die Handelsschule abgeschlossen. Meistens stand zweimal am Tag Training – Technik, Taktik, Spielformen, Passformen, Sprints, Langstreckenlauf – auf dem Programm, dazwischen Schule und am Abend musste er noch einmal lernen. „Das hat schon sehr an mir gezehrt, weil ich ja nicht nur den Verein, sondern auch die Schule gewechselt habe.“

Sebastian muss in Wien nicht einsam kämpfen. Sein Management ruft öfter an und fragt nach, wie es ihm geht, und seine Freundin lebt auch in der Stadt. So lässt sich die Umstellung gut verkraften. Seine Eltern haben ohnedies Verständnis für Sebastians Pläne. Der Vater, Hubert Wimmer, war selber Fußballer und gehörte zu der LASK-Elf, die im Europacup im Heimspiel 1985 Inter Mailand besiegte – er war der Torhüter. Nur Sebastians Opa ist als Erz-Rapidler nicht ganz glücklich, dass der Enkel zum Rivalen Austria gewechselt ist.

## Riten und Hierarchien

Als 16-jähriger Jugendnationalspieler stand zur Debatte, ob Sebastian ins Ausland gehen sollte. „Ich hatte Angebote von Stuttgart und auch von Westham United aus London. Aber diesen Schritt muss man sich sehr gut überlegen“, berichtet der junge Austria-Spieler. Man hört immer nur von den Alabas, aber nicht von jenen, die gescheitert sind. Viele von ihnen hören komplett mit dem Fußball auf, weil sie die Schnauze voll

haben. Mit den Ansprüchen fremder Kulturen sind Jugendliche, die oft nicht viel mehr als Fußballplätze gesehen haben, häufig überfordert. Und die Initiationsriten und Hierarchien – vor allem im englischen Fußball – sind sehr gefürchtet: Junge Spieler müssen die Schuhe der älteren putzen oder auf einen Sessel steigen und vor der versammelten Mannschaft Lieder zum Besten geben.

In der Saison 2013/2014 will Sebastian endlich in der Profimannschaft spielen und er hofft, dass er in die U21-Nationalmannschaft einberufen wird. Finanziell geht es ihm gut, denn immerhin fährt er als 19-Jähriger einen Audi A3. Aber auch hier gibt es eine Hierarchie. So kurvt der Austria Torwart mit einem Audi RS5 über die Straßen, die billigste Version des Autos kostet 80.000 Euro. „Ich habe mir noch keine Gedanken gemacht, was passiert, wenn es nicht klappt“, zeigt sich Sebastian optimistisch. Er will sich lieber auf den Erfolg vorbereiten, arbeitet mit einem Mentaltrainer und will bald Italienisch lernen. Vielleicht braucht er ja die Sprache in absehbarer Zeit für seinen Beruf.

Internet:

Fußballergewerkschaft:  
[www.vdf.at](http://www.vdf.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die AutorInnen  
[resei@gmx.at](mailto:resei@gmx.at)  
[sophia.fielhauer@chello.at](mailto:sophia.fielhauer@chello.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Politisch desinteressierte Jugend?

*Mit dem Thema soziale Gerechtigkeit und niederschweligen Partizipationsformen lassen sich Jugendliche ansprechen.*

Sonja Fercher

Freie Journalistin

**D**ie politisch desinteressierte Jugend ist ein ebenso großes Vorurteil wie jenes, dass sich Jugendliche jedes Wochenende ins Delirium trinken: Mit dieser Einschätzung steht Sascha Ernzt von der Österreichischen Gewerkschaftsjugend nicht allein da. Auch in der Bundesjugendvertretung hält man dagegen: „Jeder zweite Jugendliche engagiert sich ehrenamtlich, und die Wahlbeteiligung der Jugendlichen ist ähnlich hoch wie die allgemeine“, meint deren Vorsitzender Jim Lefebre.

## Eine Chimäre

Philipp Ikrath vom **Institut für Jugendkulturforschung** nennt das Bild gar eine **Chimäre**. Der Sozialforscher ist einer der Autoren der jüngsten Jugendwertestudie, die im Auftrag der Arbeiterkammer durchgeführt wurde. Zwar kommt diese zu dem Schluss, dass Politik „nicht zu den wichtigsten Lebensbereichen der österreichischen Jugend“ zählt. Sehr wohl aber interessieren sich Jugendliche für bestimmte politische Themen, eines davon ist wenig überraschend die Bildungspolitik. „Ausbildung steht im Vordergrund und dabei vor allem die finanzielle Absicherung“, erzählt Jugendvertreter Lefebre. „Da geht es um Fragen wie: Wie kann ich mir meine Ausbildung oder mein Studium finanzieren? Wie kann ich mein Leben neben der Ausbildung finanzieren? Da geht es um Beihilfen oder Studentenjobs.“ Viel diskutiert werde auch die Zentralmatura. „Besonders

wichtig ist den Jugendlichen auch die Qualität des Lehrkörpers und des Unterrichts sowie dass Bücher und Ausstattung auf dem aktuellen Stand sind“, geht Lefebre ins Detail.

Darüber hinaus interessiert Jugendliche alles, was mit ihrer Alltagswirklichkeit zu tun hat: Freundschaften, Beziehungen, Familie und Jugendszenen. „Alles, was in unmittelbarer Umgebung ist“, fasst Jugendkulturforscher Ikrath zusammen. „Total falsch“ sei auch die Aussage, wonach Jugendliche heute konservativer würden: „Dass Jugendlichen die Familie wichtig ist, wird vielfach als neues Biedermeier missinterpretiert“, stellt der Sozialforscher fest. Jugendliche würden dabei weniger an die eigenen Familienpläne denken. So ergab die Jugendwertestudie, dass die Jugendlichen sich erst beruflich selbst verwirklichen wollen, bevor sie eine Familie gründen.

## Ort echter Solidarität

Die Statistik bestätige, dass dies auch schon Realität ist, so Ikrath: „Das Ersterheiratsalter liegt heute bei 30 Jahren.“ Vielmehr gehe es um die „Herkunftsfamilie“. Diese werde von den Jugendlichen als der Ort definiert, „in dem sie noch echte Solidarität finden“ – und somit ein Gegenstück zur unübersichtlichen Welt, in der sie leben. Vor diesem Hintergrund mag es weniger erstaunlich klingen, dass sich die Jugend auch stark mit dem Thema Pensionen beschäftigt, wie die Jugendwertestudie ergab. Es ist wohl Ausdruck der in die Krise geratenen materiellen Welt, dass sie sich gera-

## BUCHTIPP

Bernhard Winkler

**So nicht!**

Anklage einer verlorenen Generation

Kremayr & Scheriau, 2013,

160 Seiten, € 17,90

ISBN: 978-3-218-00868-6



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132

[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

de mit finanzieller Absicherung in allen Lebenslagen befasst. „Lebensabsicherung“ nennt es Jugendvertreter Lefebre.

## Individualität als wichtiger Wert

So komplex wie die Welt geworden ist, so komplex ist auch das Phänomen des politischen Engagements von jungen Menschen. Gerade Institutionen würden Jugendliche kein Vertrauen entgegenbringen: „Sie befürchten, sich einem großen Apparat auszuliefern, der sie ihrer Individualität beraubt.“ Darin unterscheiden sich die Jugendlichen von heute nicht mehr stark von VertreterInnen ihrer Elterngeneration: „Klar hören sie das auch von zu Hause“, bestätigt Ikrath. Auch ÖGJler Ernzt meint, dass nicht die Bereitschaft sich zu engagieren geringer werde: „Die Art hat sich verändert, vieles läuft über Social Media wie Facebook und Twitter“, erzählt er von seiner Arbeit. „Politische Treffen sind eher unattraktiv, da heutzutage jeder so beschäftigt ist, dass wenige sich für so etwas Zeit nehmen.“

„Dass Jugendlichen die Familie wichtig ist, wird vielfach als neues Biedermeier missinterpretiert“, stellt der Sozialforscher fest. Jugendliche würden dabei weniger an die eigenen Familienpläne denken. So ergab die Jugendwertestudie, dass die Jugendlichen sich erst beruflich selbst verwirklichen wollen, bevor sie eine Familie gründen.



Inzwischen versuchen die politischen Parteien auf die veränderten Bedürfnisse der Jugendlichen zu reagieren. Für Jugendkulturforscher Ikrath aber sind diese Bemühungen noch wenig ausgereift: „Verzweifelte Social-Media-Aktivitäten und Hunderttausende Partizipationsangebote, die aber selten an den Bedürfnissen der Jugendlichen ansetzen“, lautet sein Urteil.

Dabei gibt es durchaus ein großes Potenzial, denn eine andere Studie des Instituts für Jugendkulturforschung kommt zu dem Schluss: „Trotz der eher abwartend distanzierten oder resignativen Haltung gegenüber der Politik verbleiben die Zustimmungswerte zur Demokratie auf konstant hohem Niveau, auch wenn der Ruf nach einem starken Mann heute etwas lauter erschallt als früher.“ Allerdings reicht es laut Ikrath nicht, wenn man versucht, Jugendlichen Politik näherzubringen, indem man Jugendparlamente veranstaltet. Damit werde nur „der Anschein von Partizipation erweckt, denn sie haben nicht das Gefühl, etwas bewirken zu können“. Hinter diesen Aktivitäten sieht der Jugendkulturforscher das Bemühen, möglichst systemadäquate Jugendliche herzubringen. Jugendliche, die Dinge infrage stellen, könne man so nicht erreichen. „Dem juvenilen Mainstream geht das am Arsch vorbei“, sagt Ikrath zugespitzt.

### Informell und spontan

Wenn sich die Jugendlichen politisch engagieren, so verbindet sie laut Jugendwertestudie eines: Es ist niederschwellig. „Die

Hälfte von ihnen ist gegenwärtig in der einen oder anderen Form für andere aktiv, allerdings sucht man eher nach nicht-traditionellen, informellen oder spontanen Formen des Engagements: in der eigenen Nachbarschaft, in selbstorganisierten Projekten oder indem man mit offenen Augen durch den Alltag geht und dort hilft, wo Hilfe gerade benötigt wird.“ Die Herausforderung für die Politik besteht darin, dass es sich um „ein kaum fassbares, individuelles Engagement, das von allen unterschiedlich definiert wird“, handelt, wie es Jugendkulturforscher Ikrath formuliert.

### Keine alten Anzugträger

Auf die Frage, welche Parteien Jugendliche besonders ansprechen, antwortet Ikrath mit Blick auf die bevorstehende Nationalratswahl: „Parteien, die es schaffen, einen bestimmten Lebensstil zu verkörpern, wie die Grünen oder die FPÖ. Grundsätzlich trifft das auch auf die Piraten zu, auch wenn ich nicht sicher bin, ob sich das auch in Stimmen ausdrücken wird.“ Bei der Liste Stronach komme zwar der „rebellische Gestus gut an, auch die Vorurteile, die er gegenüber dem System äußert“. Aber Ikrath hat große Zweifel daran, dass sie Stronach deshalb wählen würden. Auch Ernszt bestätigt: „Die Jugendlichen wollen keinen alten Anzugträger, sondern jemanden, der oder die sich in seinem Denken abhebt oder in der Form, wie er oder sie sich gibt – egal was die Person von sich gibt.“ Dies gelte bei Erwachsenen aber genauso, merkt der Junggewerkschafter an. Auf der inhaltlichen Ebene gibt Jugendkulturforscher

Ikrath den Parteien folgenden Tipp mit auf den Weg, wenn sie Jugendliche bei der Nationalratswahl für sich gewinnen wollen: Soziale Gerechtigkeit auf die Agenda setzen. „Die große Mehrheit meint, dass die Gesellschaft immer ungerechter wird, und sie empfinden sich als Leidtragende: Die Schere zwischen Alt und Jung wird immer größer“, so der Jugendkulturforscher.

Besondere Sorgen würden sie sich nicht nur um die Zukunft der Pensionen machen, auch von der Arbeitsmarktsituation sehen sie sich als besonders betroffen: „Das trifft im Übrigen ebenso auf niedrig wie auf hoch Qualifizierte zu“, betont der Jugendkulturforscher. Die niedrig Qualifizierten seien nicht zuletzt durch die Abwertung der Bildungsabschlüsse unter Druck. Die höher Qualifizierten wiederum würden sich Sorgen machen, weil am Arbeitsmarkt immer mehr Erfahrungen verlangt werden, Stichwort Generation Praktikum. „Die Jungen wollen sichere Arbeitsplätze, Spaß am Leben, gescheite Löhne, um sich ihren Lifestyle leisten zu können“, fasst es Junggewerkschafter Ernszt zusammen.

Internet:

Jugendwertestudie der AK Wien:  
[tinyurl.com/o48elhg](http://tinyurl.com/o48elhg)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[sonja.fercher@chello.at](mailto:sonja.fercher@chello.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# „Wer die Jugend fördert ...“

*SOZAK-Europapraktikumsteilnehmer Stefan Bartl über die Jugendarbeit in der finnischen Bauarbeitergewerkschaft Rakennusliitto.*

**Stefan Bartl**

*GBH-Bundesjugendsekretär*

**D**iese Form der Jugendarbeit erleben zu dürfen, war sicherlich eine der spannendsten Sachen, die im SOZAK-Europapraktikum Platz gefunden haben. Da eine Behandlung der verschiedenen Ausformungen der Jugendarbeit in der finnischen Arbeitswelt den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde, lege ich hier den Fokus auf die Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen.

## Zwei Unterschiede

Zwei Hauptpunkte unterscheiden die Jugendarbeit der Kolleginnen und Kollegen in Finnland von unserer: Erstens findet sie hauptsächlich im Bereich von Freizeit- und Eventveranstaltungen statt – klassische Gremienarbeit gibt es, mit Ausnahme des einzigen Jugendgremiums „National Youth Participation Committee“, seit einigen Jahren nicht mehr. Stattdessen versucht man, die Jugendlichen über die Einbeziehung in das Organisationsteam dieser Veranstaltungen und – für die Schreibenden und Fotografinnen bzw. Fotografen – über Beteiligung an Artikeln in der eigenen Jugendzeitung an die Gewerkschaft zu binden. So gibt man ihnen Möglichkeiten, sich selbst als einen Teil der ArbeiterInnenbewegung zu verstehen.

Zweitens wurden über einen bewussten Schritt die politischen Fraktionen in der Baugewerkschaft abgeschafft. Das hat bewirkt, dass sich die Jugendlichen nicht zu einer der beiden starken Strömungen in der finnischen

Baugewerkschaft – Sozialdemokraten und klar dominierende Linkspartei – bekennen müssen. Politischen Auseinandersetzungen wird somit aus dem Weg gegangen. Das hat mich erst einmal überrascht, jedoch wurde mir bei einigen Gesprächen erklärt, dass man auf diese Weise hauptsächlich jenen Jugendlichen eine Chance eröffnen möchte, die sich außerhalb jeglicher Parteiarbeit für die gerechte Sache der ArbeiterInnenbewegung engagieren möchten. Um es mit den Worten des jungen Aktivisten Tapi auszudrücken: „Wenn sie in der Gewerkschaft arbeiten, merken sie selbst, welche Parteien die richtigen Antworten haben und die richtigen Fragen stellen – weder die Konservativen noch die Rechten.“

Heraus kommt eine lockere, freundschaftliche Umgangsweise, die stark an den Bedürfnissen der Aktivistinnen und Aktivisten orientiert ist. Im bereits angesprochenen einzigen Gremium, dem „National Youth Committee“, gibt es 20 Sitze, die regional verteilt sind. Der Vorsitz wechselt von Sitzung zu Sitzung – damit auch hier sichergestellt ist, dass jede/r die Chance hat, so etwas einmal zu machen. Dort werden Veranstaltungen geplant und organisiert. Ob Bungee-Jumping, Poolparty, Rodeln oder Sommersauna – kommt der Vorschlag von den Jugendlichen selbst, ist auch eine breite Beteiligung garantiert.

Alles in allem habe ich besonders durch unzählige Gespräche mit Aktivistinnen und Aktivisten sowie Mitgliedern den Eindruck erlangt, dass die Baugewerkschaft im Bereich der Jugendarbeit sehr gut bei den Jugendlichen ankommt.

## BUCHTIPP

SOZAK (Hg.)

**Hinterm Horizont geht's weiter**

ÖGB-Verlag, 2012,

304 Seiten, € 24,90

ISBN: 978-3-7035-1542-2



**Bestellung:**

[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

Das ist jedoch nicht auf die Entpolitisierung zurückzuführen, sondern eher darauf, dass jährlich um die 80 Freizeitveranstaltungen – zum Teil auch mehrtägig – in ganz Finnland durchgeführt werden. Dafür werden schlicht und ergreifend die benötigten Ressourcen zur Finanzierung und Organisation bereitgestellt. Der Rakennusliitto-Vorsitzende Matti Harjuniemi, der diese offensive Jugendarbeit nicht nur gefördert, sondern auch gefordert hat und sich deswegen hoher Beliebtheit unter den jungen Gewerkschaftsaktivistinnen und -aktivisten erfreut, hat mir schöne und ermunternde Worte mit auf den Weg gegeben: „Wer die Jugend fördert, macht sich selbst stärker!“

In diesem Sinne wünsche ich meinen finnischen Kollegen alles Gute und viel Erfolg für die kommenden Herausforderungen.

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[stefan.bartl@gbh.at](mailto:stefan.bartl@gbh.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

## ZUR PERSON



**Suvi Partinen Hastis, 24 Jahre, Heimatort: Hämeenlinna, Finnland**

Beruf: Zimmerin, Bauarbeiterin

Firma: Ich arbeite für eine Baufirma, die vor allem Reihenhäuser errichtet.

Gewerkschaft: Finnish Construction Union – Rakennusliitto.

Internet: rakennusliitto.fi



### ***Seit wann bist du Mitglied im Nationalen Jugendrat?***

Ich bin seit 2008 Mitglied der Gewerkschaft Rakennusliitto, in der Jugend aktiv seit 2009.

### ***Verrätst du uns dein Einkommen?***

Etwas 2.200 Euro im Monat, nach Abzug der Steuern und anderer Kosten bleiben ungefähr 1.700 Euro.

### ***Was bedeutet Arbeit für dich?***

Lebensunterhalt, Professionalität, lebenslanges Lernen und auch Gemeinschaft mit meinen Kolleginnen und Kollegen.

### ***Wie beurteilst du die Wirtschaftslage in deiner Heimat?***

In letzter Zeit liest man ständig, dass große Konzerne ihre Produktionsstätten hier schließen und die Arbeit in billigere Länder auslagern. Die Arbeitslosenraten erreichen eine beunruhigende Höhe – das ist gar nicht gut für unsere Wirtschaft.

### ***Was bedeutet dir die Gewerkschaftsbewegung?***

Eine ganze Menge: Sicherheit, weil ich weiß, dass mir da immer jemand zur Seite steht, wenn ich am Arbeitsplatz schlecht behandelt werde. Die Gewerkschaft sichert unsere Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung. Sie bedeutet für mich aber auch Gemein-

schaft, Solidarität und ist Teil meines Berufsstolzes. Mein Engagement bei der Gewerkschaftsjugend hat mir jede Menge Information, tolle Erfahrungen und gute Freunde gebracht.

### ***Wie stehst du zur EU?***

Da habe ich gemischte Gefühle: Mir gefällt es nicht, dass die EU versucht, unsere finnischen Gesetze und Regelungen zu beeinflussen. Und gerade kleinere Länder leiden darunter, dass in der EU die mächtigeren Staaten die meisten wichtigen Anliegen entscheiden. Was mir sehr gefällt, sind die offenen Grenzen.

### ***Was ist dein Lieblings-EU-Land?***

Finnland – am besten ist es zu Hause. ;-) Schwere Frage, ich habe noch nicht jedes europäische Land besucht, aber wie viele Finnen habe ich so ein „Liebe-Hass-Verhältnis“ mit Schweden.

### ***Wie oft hast du Urlaub und was machst du im Urlaub?***

Ich habe eine Woche im Winter Urlaub – die verbringe ich meist auf meinem Snowboard. Vier Wochen Urlaub kommen im Sommer dazu. Heuer habe ich es mir aufgeteilt: Die ersten zwei Wochen Anfang Juni sind beim Jugendcamp der internationalen Bauarbeitergewerkschaft BWI in Mayerhöfen in Deutschland ganz schnell vergangen, zum Mittsommerfest Ende Juni war ich in Schweden und den Rest des Urlaubs werde ich auch noch reisen.



### ***Deine Wünsche für die Zukunft?***

Ich hoffe auf einen Arbeitsplatz, wo ich gefördert und gefordert werde, ich möchte reisen und neue Erfahrungen machen – und gesund bleiben und glücklich sein. :-)

### INFO & NEWS

#### **Finnland:**

EinwohnerInnen: 5,429 Millionen  
Währung: Euro  
BIP pro Kopf: 49.350 USD  
Human Development Index: 0,882

#### **Aktuelle Durchschnittskosten**

1 Liter Benzin: 1,603 Euro  
1 kg Brot: 3,50 Euro  
1 Liter Milch: 1,00 Euro  
½ Liter Bier im Lokal: 6,00 Euro  
1 Kilo Äpfel: 2,50 Euro  
1 Kinokarte: 10,00 Euro

# Konsum-Junkies?

*Der Grundstein für Verschuldung wird oft in jungen Jahren gelegt, auch der für Kaufsucht. Viel zu selten wird über Geld geredet.*

**Gabriele Zgubic**

*Abteilungsleiterin der Abteilung  
Konsumentenpolitik der AK Wien*

**S**peziell für Jugendliche hat Konsum einen wichtigen Stellenwert. Über das individuelle Konsumverhalten wird soziale Zugehörigkeit demonstriert, das Selbstwertgefühl und die eigene Identität werden gestärkt. Konsum findet in der Freizeit statt, also in jener Zeit, in der Jugendliche sich ohne Fremdbestimmung durch die Erwachsenenwelt selbst verwirklichen können. Gleichzeitig besteht aber ein Druck der jeweiligen Gruppe, der man angehören möchte, denn die Werte des heutigen Gesellschaftsmodells prägen auch Beziehungen und Wertvorstellungen der Jugendlichen, wie u. a. das Institut für Jugendkulturforschung festgestellt hat: Wettbewerb ist wichtig, ebenso perfekte Selbstdarstellung, das neueste Smartphone, das schnellste Auto, immer neue außergewöhnliche Erlebnisse sowie sich niemals zufriedenzugeben mit dem Erreichten.<sup>1</sup>

## Formen der Vergemeinschaftung

Speziell die rasch wechselnden Modetrends leben davon, dass Jugendliche vor allem über bestimmte Modestile ihre Individualität, Zugehörigkeit und Abgrenzung sowie Lebensphilosophien ausdrücken und sich so an eine Marke binden. Aus der Markenbindung entwickeln sich neue posttraditionelle Formen der Vergemeinschaftung: offene Netzwerke, eine „brand community“ mit geringem Verbindlichkeitsgrad, spezifischen Ritualen

und Traditionen unter der Kontrolle kommerzieller Marken.<sup>2</sup> Neben der Kundinnen- und Kundenbindung profitieren die Unternehmen auch davon, dass sich Kundinnen und Kunden untereinander oder bei Produktverbesserungen und -entwicklungen unentgeltlich helfen.

## Grundstein für Verschuldung

Für Konsum braucht man Geld und schnell kann man in die Schuldenfalle tappen. Bei den Schuldenberatungen ist die Gruppe der Jugendlichen vorerst nicht hervorstechend. Es gibt kaum Klientinnen und Klienten unter 20 Jahren, auch weil erst mit 18 die volle Geschäftsfähigkeit erreicht wird und oft noch das soziale Umfeld etwaige Schulden übernimmt. Die Gruppe der 21- bis 30-Jährigen macht allerdings rund 29 Prozent aller Ratsuchenden mit durchschnittlich 32.500 Euro Schulden aus. Der Anteil dieser Altersgruppe an den Privatkonkursanträgen beträgt 17 Prozent.<sup>3</sup> Oft beginnt der Einstieg in die Verschuldung in den Jugendjahren. So haben 64 Prozent der jungen Verschuldeten bereits zwischen 16 und 18 Jahren mit Kontoüberziehungen begonnen.<sup>4</sup>

Die Gründe für Überschuldung liegen vor allem in der Gründung eines eigenen Haushaltes, in den Kosten für Auto und Smartphone sowie in den Ausgaben für das Freizeitverhalten wie Kleidung und Ausgehen. Geringes Einkommen kollidiert dann schnell mit den Konsumwünschen.

Die Arbeiterkammer Wien hat sich in einer Lehrlingsbefragung in Wiener Berufsschulen im Jahr 2011 näher mit

der Frage beschäftigt, wie Lehrlinge mit Geld umgehen. Das Durchschnittsalter der 511 Befragten lag bei 18 Jahren. Auffallend war, dass durchaus verantwortungsbewusst mit Geld umgegangen wird und zwei Drittel der Befragten regelmäßig etwas zur Seite legen. Viele haben ein Sparziel wie ein Moped, ein Auto oder eine Wohnung. 44 Prozent gaben an, das Geld sehr genau einzuteilen. Ins Minus rutscht aber immerhin rund ein Fünftel oft und 14 Prozent sogar sehr oft. Einen Kredit hatten sechs Prozent. Bemerkenswert war zudem, dass jeder dritte Lehrling bereits Erfahrungen mit Mahnungen, Inkassobüros und sogar Pfändungen gemacht hat. Ein eigenes Konto besaßen 90 Prozent.

## Defizit Finanzbildung

Speziell in Geldangelegenheiten fehlt bei Jugendlichen oft ausreichendes Wissen. In der Schule ist allerdings der Umgang mit Geld und Verschuldung häufig kein Thema. Wissensdefizite zeigt auch die AK-Lehrlingsbefragung: lediglich 14 Prozent kannten die Konditionen ihres Kontos. Nur 12 von 511 Befragten machten Angaben zu Überziehungszinsen, die sie zwischen null Prozent und 50 Prozent bezifferten. Zu den Guthabenzinsen machten zehn Lehrlinge Angaben zwischen 0,3 Prozent und zehn Prozent. Diese Defizite bei Finanzwissen belegen auch andere Studien. Der Erwerb von Finanzkompetenz sollte daher in der Schule verankert werden. Das vorrangige Ziel einer Finanzbildung sollte aber der/die informierte und kri-



**Speziell die rasch wechselnden Modetrends leben davon, dass Jugendliche vor allem über bestimmte Modestile ihre Individualität, Zugehörigkeit und Abgrenzung sowie Lebensphilosophien ausdrücken und sich so an eine Marke binden.**



tische KonsumentIn sein, der/die auch Finanzprodukte und eigenen Konsum hinterfragen kann.

Überschuldungsprävention in Schulen führen vor allem die Schuldenberatungen durch. Eine Initiative ist dabei der Finanzführerschein in einigen Bundesländern gemeinsam mit den Arbeiterkammern.

Konsumverhalten und Finanzwissen hängen zudem stark vom familiären Umfeld ab. Wenn Jugendliche sich verschulden, erhalten sie oft keine Unterstützung von den Eltern, meist haben diese selbst einen eher sorglosen Umgang mit Geld.

### Jugendliche besser aufklären

Auch Banken müssen jugendliche Kundinnen und Kunden besser über die Kontokonditionen aufklären, sowohl in einem Beratungsgespräch als auch schriftlich. Für Kontoüberziehungen sollten strenge Standards gelten. Eine Darstellung der Geschäfte mit Jugendlichen in den Geschäftsberichten würde ein klareres Bild zeichnen, welche Geschäfte Banken mit Jugendlichen tatsächlich machen.

Jedes Unternehmen trägt auch gesellschaftliche Verantwortung und ist

aufgerufen, mehr Augenmerk auf die jugendliche Kundengruppe zu werfen – bei Verträgen z. B. durch mehr Kostentransparenz oder geringe Bindungsdauer und weiters in der Werbung. Hier besteht für Unternehmen viel Handlungsbedarf.

### Man ist, was man hat

Die Kaufsuchtstudie der Arbeiterkammer aus dem Jahr 2011<sup>5</sup> beziffert den Anteil der kaufsuchtgefährdeten Bevölkerungsgruppe mit rund 20 Prozent. Dazu kommt der Anteil der stark kaufsuchtgefährdeten Personen, d. h. jene Gruppe, die faktisch kaufsuchtig ist. Dies sind weitere acht Prozent. Der Anteil der jüngsten Altersgruppe ist im Vergleich zu den Vorjahresuntersuchungen gestiegen, während Kaufsuchtgefährdung bei Älteren zurückgeht. Zusammengefasst sind die Kaufsuchtgefährdeten weiblich, unter dreißig, ledig und politisch desinteressiert. Besonders auffällig ist die Gruppe der 14- bis 24-jährigen Mädchen bzw. Frauen, die mit 69 Prozent kaufsuchtgefährdet sind, während 37 Prozent der jungen Männer unter 24 kaufsuchtgefährdet sind.

Ein instabiles Selbstwertgefühl, Angst vor unzureichender sozialer Anerkennung, schlechte Noten oder zu wenig Einkommen für den gewünschten Lebensstil können Kaufsucht – d. h. kompensatorischen Konsum – begünstigen. Für rund 34 Prozent der unter 24-Jährigen der unteren Einkommensgruppe ist Konsum ein Weg, um dem unerfreulichen Alltag zu entkommen. Die Kaufsuchtstudie zeigt

auch die Wichtigkeit stabiler, nicht konsumbasierter Beziehungen. Gerade bei Jugendlichen gibt es aber eine Umbruchsituation. Konsum wird oft als einfache Möglichkeit wahrgenommen, Gefühle von sozialer Wärme, Anerkennung und persönlichem Erfolg zu erleben.

### Werte der Erwachsenen

Der kompensatorische Charakter des Freizeitlebens als Ausgleich für den steigenden Druck in der Arbeitswelt und in Bildungsinstitutionen wird allerdings weiter an Bedeutung zunehmen. Die Freizeitindustrie wird somit zu einem Wirtschaftszweig, der mit jenen Schäden wirtschaftlichen Konkurrenz- und Leistungssystems sind.<sup>6</sup> Wer sich also über eine konsumorientierte Jugend beklagt, muss wohl zuerst die Frage nach den von der Erwachsenenwelt vorgelebten Werten beantworten.

Internet:

Institut für Jugendkulturforschung:  
[jugendkultur.at](http://jugendkultur.at)

Jugend ohne Geld – Schuldnerberatung:  
[tinyurl.com/ktubeck](http://tinyurl.com/ktubeck)

Studie Kaufsucht zum Download:  
[tinyurl.com/le2myrh](http://tinyurl.com/le2myrh)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[gabriele.zgubic@akwien.at](mailto:gabriele.zgubic@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>1</sup> Heinzlmaier, Bernhard: Freizeit als Zeit der Selbstbestimmung? Institut für Jugendkulturforschung, Wien 2012

<sup>2</sup> Hitzler, Ronald; Honer, Anne; Pfandenauer, Michalea: Posttraditionelle Gemeinschaften, Wiesbaden 2008

<sup>3</sup> asb Konkurs- und Eckdatenreport 2012

<sup>4</sup> Lehner, Markus; Gabanyi, Annamaria; Hemedinger, Fritz: Jugendverschuldung. Analyse und Präventionsansätze, Linz 2007

<sup>5</sup> Kollmann, Karl; Kautsch, Irene: Kaufsucht in Österreich, Wien 2011

<sup>6</sup> Heinzlmaier, Bernhard: Freizeit als Zeit der Selbstbestimmung? Institut für Jugendkulturforschung, Wien 2012

# „Arbeitswelt & Schule“ – eine Aktion von AK und ÖGB

*Wurden Sie in Ihrer Schulzeit über die Sozialpartnerschaft informiert?*

**Richard Meisel**

*AK Wien – Bildungspolitik*

Ist Ihnen das österreichische System der sozialen Sicherheit in der Schule erklärt worden? Wurde die Sozialpartnerschaft in Politischer Bildung thematisiert? Wahrscheinlich werden die meisten von Ihnen diese Fragen mit Nein beantworten. Können Sie sich an Ihren Berufsorientierungsunterricht erinnern? Wie wurden Sie auf die Berufs- und Bildungswahl vorbereitet? Wer hat dabei die Entscheidungen getroffen? Welche Informationen standen Ihnen zur Verfügung? Viele werden sich an den Berufsorientierungsunterricht nicht erinnern können – diese verbindliche Übung wurde erst 1998 im österreichischen Schulwesen verankert. Bei einigen wird es zwar Erinnerungen daran geben – aber sie haben trotzdem den Beruf gewählt, den sich die Eltern gewünscht haben, oder die Schule bzw. Lehrstelle, die möglichst nahe am Wohnort lag.

Seit über 30 Jahren bemühen sich Arbeiterkammern und Gewerkschaften, LehrerInnen dabei zu unterstützen, diese Fragestellungen im Unterricht zu behandeln. Und sie haben dafür ihre Gründe: Die Erwerbsarbeit nimmt noch immer einen zentralen Stellenwert in unserer Gesellschaft ein. Die meisten Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Lebenszeit mit Erwerbsarbeit. Sie ist nicht nur Existenzgrundlage, sondern auch identitätsstiftend und bestimmend für das Sozialprestige. Mit der Berufswahl wird eine entscheidende Weichenstellung für die wirtschaftliche Existenz, das soziale Milieu und die Lebensform vorgenommen. Sie entscheidet über die

künftige Lebensqualität. Daher haben sich die Arbeitnehmerinteressenvertretungen für eine verpflichtende und flächendeckende Berufs- und Bildungswegorientierung eingesetzt.

Berufsorientierung soll Jugendlichen jene Hilfestellungen anbieten, die sie für ihre Lebensplanung und -gestaltung benötigen. Im Hinblick auf das Ziel der Verbesserung von Chancengleichheit ist sie auch eine wichtige soziale und interessenpolitische Aufgabe.

## Politische Bildung

Eine demokratische Gesellschaft braucht aktive, mündige und selbstständig denkende BürgerInnen. Auch darauf hat die Schule künftige Generationen vorzubereiten. Daher müssen in der Schule selbst rechtsstaatliche Prinzipien gelten, Mitbestimmung bei der Gestaltung der Schule und des Unterrichts sollen möglich und selbstverständlich sein. So können SchülerInnen am besten erfahren, was Demokratie bedeutet, und lernen, gemeinsam richtige Entscheidungen für alle zu treffen. Die Vermittlung dieser demokratischen Kompetenzen ist wesentliche Voraussetzung dafür, dass junge Erwachsene sich als Teil einer offenen, demokratischen Gesellschaft fühlen, und stellt ein wichtiges Ziel des Projekts „Arbeitswelt & Schule“ dar. Für die Gewerkschaftsbewegung ist es darüber hinaus notwendig, die soziale Dimension von Demokratie als zentralen Bestandteil von politischer Bildung zu betrachten. Dazu müssen die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben sowie in den Organen der ArbeitnehmerInnenorganisationen im Sinne der Wirt-

## INFO & NEWS

### Aktuelle Unterrichtsmaterialien:

- » „Demokratie und Rechte in der Arbeitswelt“
- » „Krise macht Schule“
- » „Kommunikation & Neue Medien – Chancen und Risiken“

### Bestellung:

[arbeitsweltundschule.at/online-anmeldung](http://arbeitsweltundschule.at/online-anmeldung)

schaftsdemokratie und das solidarische Handeln bereits in der Schule spielerisch erlernt und geübt werden.

## Unser Serviceangebot

Das Angebot der Arbeiterkammer Wien und des Gewerkschaftsbundes ist schon seit den frühen 1980er-Jahren fixer Bestandteil des außerschulischen Angebots für den Berufsorientierungsunterricht und die Politische Bildung.

„Arbeitswelt & Schule“ bietet den LehrerInnen ein breit gefächertes Service und ein vielfältiges Fortbildungsprogramm. Ein Schwerpunkt liegt darauf, die interessierten LehrerInnen zu unterstützen, ein realitätsgerechtes und kritisches Bild der Arbeitswelt zu vermitteln und dabei die Integration von arbeitnehmerInnenorientierten Themen im Unterricht zu gewährleisten.

Derzeit nehmen etwa 6.000 LehrerInnen das Service in Anspruch. 24.457 SchülerInnen wurden in Wien im Jahr 2012 über Planspiele, Bewerbungstrainings und Referate an Schulen erreicht.

In den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich (AK-Dialog),



**Die Erwerbsarbeit nimmt noch immer einen zentralen Stellenwert in unserer Gesellschaft ein. Die meisten Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Lebenszeit mit Erwerbsarbeit. Sie ist nicht nur Existenzgrundlage, sondern auch identitätsstiftend und bestimmend für das Sozialprestige.**

Steiermark, Tirol und Kärnten (AK Young) wird das Serviceangebot für Schulen laufend ausgebaut.

### „Arbeitswelt & Schule“

#### » Unterrichtsmaterialien

In den approbierten Schulbüchern werden interessenpolitische Themen der ArbeitnehmerInnen kaum behandelt und didaktisch aufbereitet. Für interessierte LehrerInnen sowie andere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren stehen auf [www.arbeitsweltundschule.at](http://www.arbeitsweltundschule.at) Unterrichtsmaterialien zur innovativen Gestaltung von Berufsorientierung und Politischer Bildung zum Bestellen und Herunterladen zur Verfügung. Besonders beliebt ist die Berufsorientierungsmappe „Schritt für Schritt zum Wunschberuf“, die in Kooperation mit der AK Oberösterreich erstellt wurde. Dieses Portfolio unterstützt und begleitet den Prozess der Bildungs- und Berufswahl mit einer klaren Struktur und Arbeitsaufträgen.

#### » LehrerInnenfortbildung

Eine Kooperationsvereinbarung mit den Pädagogischen Hochschulen ermöglicht es den Arbeiterkammern, sich inhaltlich in die LehrerInnenfortbildung einzubringen. Die Anmeldung zu den Seminaren erfolgt über die Pädagogischen Hochschulen. Schwerpunktthemen sind Berufsorientierung, Politische Bildung und Soziales Lernen.

#### » Wirtschaftsspiele

Wirtschaftsspiele eignen sich besonders, jungen Menschen selbst simulierte Erfahrungen in einer vernetzten Wirt-

schaftswelt zu ermöglichen. Die Planspiele der Arbeiterkammer Wien dienen nicht nur der Vermittlung von Fachwissen, sondern stärken in besonderem Maße instrumentelle und soziale Fähigkeiten. Durch die Abwechslung von Phasen der Wissensweitergabe und Phasen der Wissensumsetzung kann Erlerntes in Spielphasen ausprobiert, umgesetzt und vertieft werden. Rollenspiele, Grafiken, Tabellen, Diskussionsrunden, Lohnverhandlungen, Reflexionsphasen etc. verstärken bei den Schülerinnen und Schülern ein aktiv-produktives Lernen, das den Transfer des Gelernten auf reales Wirtschaftsgeschehen erlaubt.

#### » Bewerbungstraining

Bewerbungssituationen stellen eine große Herausforderung für Jugendliche dar. Im Rahmen der im Workshopzentrum stattfindenden Bewerbungstrainings lernen SchülerInnen anhand eines Rollenspiels und interaktiver Übungen sich selber besser einzuschätzen. Weiters wird alles Wissenswerte rund um Bewerbungsschreiben, Lebenslauf und Vorstellungsgespräch vermittelt. Die Workshops gehen speziell auf die Bedürfnisse der SchülerInnen ein und sind ab der 8. Schulstufe geeignet.

#### » Projektinitiative/Gender Diversity Award

Die Projektinitiative unterstützt in Kooperation mit den humanberuflichen Schulen fächerübergreifende Semester- bzw. Jahresprojekte. Ziele sind die „Rücksichtnahme auf unterschiedliche Seinsweisen bzw. Ansichten oder Herkunftskulturen, Religionstraditionen, aber auch

männliche und weibliche Sozialisation im Unterricht. Wenn Diversity gelingt, hat die Schule mit allen ihren Mitgliedern Vorteile“ (SchülerInnen der HLW 10).

#### » Check-Up Lehre

Das Check-Up-Lehre-Team hält Vorträge zum Thema Lehre und informiert Jugendliche und BerufsschülerInnen über die Aufgaben der AK als gesetzliche Interessenvertretung.

#### » ReferentInnendienst

Der ReferentInnendienst von „Arbeitswelt & Schule“ vermittelt AK-Expertinnen und -Experten als Vortragende an Schulen.

### Breit gefächertes Angebot

Mit diesem breit gefächerten Angebot ist es „Arbeitswelt & Schule“ gemeinsam mit den Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern gelungen, einen bildungspolitischen Beitrag dazu zu leisten, Jugendliche gut auf die Herausforderungen in der Arbeitswelt der nahen Zukunft vorzubereiten. Die Jugendlichen von heute sind Gewerkschafts- und AK-Mitglieder von morgen.

Internet:

Arbeitswelt und Schule:

[www.arbeitsweltundschule.at](http://www.arbeitsweltundschule.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung an  
[arbeitsweltundschule@akwien.at](mailto:arbeitsweltundschule@akwien.at)

oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Chillen, Tanzen, Tischfußball – ein sozialräumliches Angebot?

*Offene Jugendarbeit ist auch 2013 weder veraltet noch überflüssig.*

Paul Dickinger

Jugendzentrum Meidling

**A**ls klassischer Ort der offenen Jugendarbeit gelten Jugendzentren. Die gibt es schon recht lange. Zum Beispiel wurde das Haus der Jugend in der Wiener Zeltgasse bereits im Jahr 1955 (damals vor allem als Ort der verbandlichen Jugendarbeit) eröffnet. Heute gibt es eine Vielfalt von Formen der offenen Jugendarbeit: Einrichtungen wie Jugendzentren, -treffs, -cafés samt der von dort ausgehenden herausreichenden Jugendarbeit, mobile Jugendarbeit oder Parkbetreuung. Sie alle werden rege genutzt. Aber was bewegt junge Menschen, diese Angebote der offenen Jugendarbeit zu nutzen? Geht es dort vor allem um Tischfußball, günstiges Cola und Rückzugsräume abseits der Aufsicht von Eltern, AusbilderInnen ... oder wird mehr geboten? Und wie geht das mit den Ansprüchen der offenen Jugendarbeit an sich selbst zusammen?

## Offenheit und Niederschwelligkeit

Das Selbstverständnis der offenen Jugendarbeit ist vom professionellen Anspruch gekennzeichnet. Sie folgt den Handlungsprinzipien Offenheit und Niederschwelligkeit (keine Mitgliedschaft und/oder andere Hürden für die Teilnahme), Freiwilligkeit (kein Zwang zur Teilnahme an Angeboten), Überparteilichkeit und Überkonfessionalität sowie Orientierung an Ressourcen, Bedürfnissen und der Lebenswelt junger Menschen. Selbstbestimmung und Partizipation sind zentrale Ziele, Genderperspektive und Diversität

maßgebliche Punkte. Als wichtigen Auftrag sieht sie die Unterstützung junger Menschen in ihrer Entwicklung, bei der Erweiterung ihrer Handlungskompetenzen und bei der Mitsprache in Bezug auf alle sie betreffenden Entscheidungen. Die Zielgruppe sind junge Menschen, unabhängig von Geschlecht oder Zugehörigkeit zu ethnischen, religiösen, sprachlichen, politischen, gesellschaftlichen, sozialen ... Gruppen oder Schichten.

Offene Jugendarbeit ist ein Bildungsort – nicht im Sinne von formaler Schul- oder Ausbildung. Vielmehr geht es darum, ein Experimentierfeld zu sein, das einerseits Bildungsprozesse als Lernen durch Erfahrungen und Begegnungen anregt (informelle Bildung), andererseits **intendierte** Bildungsprozesse durch Programme und Aktionen in Gang setzt (non-formale Bildung).

Offene Jugendarbeit wirkt präventiv – durch Angebote, die an den Stärken und Fähigkeiten der Jugendlichen ansetzen und damit ihren Selbstwert und ihr Selbstbewusstsein steigern. Sie unterstützt die Persönlichkeitsentwicklung und damit die Gesundheit in einem ganzheitlichen Sinn durch Aktionen und Aktivitäten, in denen Handlungsalternativen erweitert werden, und indem sie Themen wie Gewalt, Gesundheit, Sucht, Sexualität usw. aufgreift und gemeinsam mit den jungen Menschen bearbeitet.

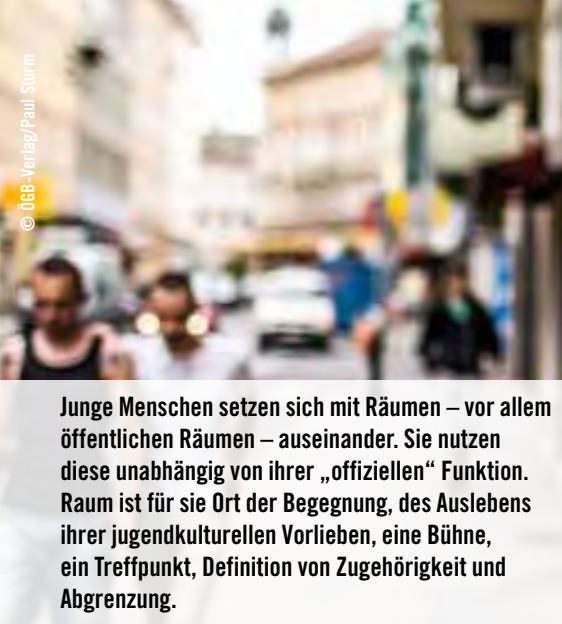
## Raum in Besitz nehmen

Zentral in der offenen Jugendarbeit ist der sozialräumliche Blick bzw. die Unterstützung von sozialräumlicher Aneignung: Junge Menschen setzen sich mit

Räumen – vor allem öffentlichen Räumen – auseinander. Sie nutzen diese unabhängig von ihrer „offiziellen“ Funktion. Raum ist für sie Ort der Begegnung, des Auslebens ihrer jugendkulturellen Vorlieben, eine Bühne, ein Treffpunkt, Definition von Zugehörigkeit und Abgrenzung. Sie nehmen Raum in „Besitz“, kennzeichnen Räume, durchstreifen sie und laden sie mit Bedeutung auf. Der soziale Raum ist für junge Menschen Lern- und Erlebnisraum. Das müssen JugendarbeiterInnen im Blick haben – unabhängig davon, ob sie in einem Jugendzentrum (das ja auch eine Form von öffentlichem Raum darstellt) arbeiten oder ob ihr Arbeitsplatz Straßen, Parks, Freiflächen, Treffpunkte sind.

## Wahrgenommen und ernst genommen

Junge Menschen wünschen sich vor allem, wahrgenommen und ernst genommen zu werden. Jugendliche erleben, dass sie und ihre Lebenswirklichkeit negativ definiert werden: Sie sind keine Kinder mehr und doch noch keine Erwachsenen. Sie sollen Kindern ihren Platz (z. B. Spielplätze) lassen und Erwachsene nicht stören. Ihr Ziel ist daher in erster Linie das So-Sein-Dürfen. Mit einem Ort, von dem sie nicht vertrieben werden, sind viele zunächst schon einmal zufrieden. Daher suchen sie Orte der offenen Jugendarbeit auf. Auf die Frage, warum ein Jugendzentrum wichtig ist, antworten sie oft „Da kann ich hingehen“ oder „Dort kann ich meine Freunde treffen und chillen“. Tatsächlich geht es aber schnell um mehr: Nach Phasen des Kennenlernens, des Tischfuß-



**Junge Menschen setzen sich mit Räumen – vor allem öffentlichen Räumen – auseinander. Sie nutzen diese unabhängig von ihrer „offiziellen“ Funktion. Raum ist für sie Ort der Begegnung, des Auslebens ihrer jugendkulturellen Vorlieben, eine Bühne, ein Treffpunkt, Definition von Zugehörigkeit und Abgrenzung.**

ballspiels und Musikhörens verändert sich das Verhältnis zur Jugendeinrichtung und den dort tätigen JugendarbeiterInnen. Dann wird die eigene Lebensrealität zum Thema – einerseits Wünsche und Interessen, andererseits Anliegen und konkrete Probleme. Das reicht dann von der Forderung nach Unterstützung bei der Verbesserung der Infrastruktur im Grätzel/Ort/Stadtteil über die Mitgestaltung und -entscheidung von Programmen und Aktionen der offenen Jugendarbeit bis zur Suche nach Information und Hilfe bei der Bewältigung unterschiedlicher Lebenslagen.

„Warum fahren wir nicht einmal ein Wochenende gemeinsam weg?“, fragen sie, aber auch: „Hilfst du mir bei meiner Bewerbung?“ oder „Was sagst du zu den Demonstrationen in der Türkei?“. Die Themen decken das ganze Spektrum jugendlichen Lebens ab: Freizeitgestaltung, Familie und Beziehung, Jugendkulturen, Politik, Gestaltung und Zugänge im öffentlichen Raum, Schule/Ausbildung/Beruf ... Alles wird und ist Inhalt offener Jugendarbeit – wenn es nur von den Jugendlichen kommt oder aufgenommen wird.

Natürlich ist Macht auch immer ein Thema. Wer bestimmt über Musik, Gestaltung, Stimmung, Programm im Jugendzentrum oder im Park? Wer besetzt die wichtigen Punkte wie Fußballkäfige oder den Tischfußballtisch? Daher muss immer auch vermittelt werden – zwischen unterschiedlichen Jugendkulturen, zwischen den Interessen Einzelner und denen von Cliquen, zwischen zeitweise vordergründig dominanten Männlichkeitskulturen und den oft lei-

ser vorgebrachten Bedürfnissen von Mädchen/jungen Frauen. Offene Jugendarbeit ermöglicht den momentanen NutzerInnen Identifikation mit „ihrem“ Raum und bewahrt trotzdem die Offenheit für andere Gruppen.

### Raum für die Jugend

Um gute Jugendarbeit leisten zu können, braucht es entsprechende Räume. Das können Einrichtungen wie Jugendcafés, -treffs, -zentren sein, aber eben auch öffentliche Räume. Sie müssen nur jugendgerecht sein, das heißt vielfältig nutzbar. Klar definierte Räume schränken die vielfältigen Ideen, Vorstellungen und Umdeutungen ein, die unterschiedliche Jugend erst lebbar machen. Ausstattung ist natürlich wichtig – ein Jugendraum ohne Internet ist heute fast ebenso undenkbar wie ein Jugendzentrum ohne Plattenspieler vor 25 Jahren. Der Tischfußballtisch fehlt auch nur selten. Aber viel mehr geht es um Möglichkeiten und Veränderbarkeit.

Übrigens: Das oft gezeichnete Bild des Jugendcafés als dunkler Raum mit schwarzen Wänden, ein paar zerschlissenen Sofas und einer halb zerstörten Einrichtung entsprach und entspricht nicht der Realität – auch weil so ein Raum nur für einen kleinen Teil der jungen Menschen interessant ist.

Um den Ansprüchen – sowohl der offenen Jugendarbeit in ihrem Selbstverständnis als auch vonseiten der Jugendlichen – gerecht zu werden, braucht es professionelle JugendarbeiterInnen. Es reicht nicht, halbwegs gut Tischtennis spielen zu können. JugendarbeiterInnen sind gut ausgebildet und kennen sich

aus: Sie können Antworten geben (oder zumindest Hinweise darauf, wo Antworten zu finden sind), sie erkennen Dynamiken zwischen und innerhalb von Gruppen und reagieren darauf. Sie sind offen für die Anregungen und Wünsche der Jugendlichen und organisieren selbst Programme und Aktionen, die neue Erfahrungen bieten. Sie stehen immer auch als Personen im Raum – es wird auf ihre Authentizität geachtet und ihr Handeln wird scharf beobachtet. Gerade für die Zielgruppen im Lebensalter Jugend, in dem vieles ausprobiert, verworfen, neu gestartet wird, sind sie als vielfältige Rollenvorbilder gefragt.

Das alles ist und bietet offene Jugendarbeit 2013. Sie ist weder veraltet noch überflüssig. Sie ist ein Angebot und eine Ressource für alle Jugendlichen und alle Jugendformen – die sie auch ständig nutzen. Und sie macht Spaß – den Jugendlichen und den JugendarbeiterInnen.

---

Internet:

Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit:  
[www.boja.at](http://www.boja.at)

Verein Wiener Jugendzentren:  
[www.jugendzentren.at](http://www.jugendzentren.at)

Offene Jugendarbeit in Österreich – Eine erste Begriffsklärung, Download unter:  
[tinyurl.com/pkog17v](http://tinyurl.com/pkog17v)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[p.dickinger@jugendzentren.at](mailto:p.dickinger@jugendzentren.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Digital Natives

*Jugendliche sind die Eingeborenen in der digitalen Welt – Internet, Handy und Computer gehören für sie von klein auf zum Alltag.*

Martin Feigl

AK Niederösterreich

Schon von Digital Natives oder Digital Immigrants gehört? Dabei handelt es sich nicht um eine fremdenrechtliche Unterscheidung. Digital Natives sind mit digitalen Technologien wie Computer, Internet, Handys und MP3-Playern aufgewachsen. Digital Immigrants haben diese Technologien erst im Erwachsenenalter kennengelernt. Für die Jugend gehören neue Medien zum alltäglichen Leben. Eine technische Gebrauchsanweisung brauchen sie nicht, eine Hilfestellung betreffend den Umgang und mögliche Gefahren im Netz dafür umso dringender.

## Internetzugang für fast alle

Mit Schlagwörtern wie Revolution 2.0 werden die massiven Veränderungen der Gesellschaft durch das Internet beschrieben. Zu Beginn war es vorwiegend Informationsbeschaffung. Heute kann man aufgrund der häufigen Nutzung sozialer Netzwerke wohl bereits von einer Art digitaler Völkerwanderung sprechen. Mittlerweile verfügen ca. 99 Prozent der Jugendlichen in Österreich über einen Internetzugang. Über 90 Prozent der 12- bis 19-Jährigen besitzen ein eigenes Handy, meist sogar ein Smartphone, wodurch sie permanent „online“ sein können. Drei Viertel der Jugendlichen sind täglich auf Facebook. Zweifellos hat die permanente Informations- und Kommunikationsmöglichkeit Auswirkungen auf die Lebenswelt von Jugendlichen. So treten Kinder wesentlich früher in die Welt der Er-

wachsenen ein. Neben Facebook haben Kinder und Jugendliche meist im Alter von 12 Jahren Erstkontakt mit Pornografie, mit 15 ist sie bereits völlig normal. Eltern verfügen meist nicht mehr über das nötige Know-how für die Welt der Jugendlichen. Der Freundeskreis übernimmt daher eine wichtige Rolle.

Jugendliche nutzen das Internet primär zur Informationsbeschaffung (Google, Wikipedia), sozialen Kommunikation (Facebook und Co.) und Unterhaltung durch Spiele, Videos und Musik (YouTube). Kooperation und Effektivität sind besonders wichtig. So fördert die digitale Vernetzung zwar die gegenseitige Unterstützung bei den Hausaufgaben, eine kritische Auseinandersetzung mit Internetinformationsquellen findet hingegen kaum statt. Hauptsache vor den Lehrerinnen und Lehrern wird die Herkunft verschleiert. Die Effektivität gilt auch für die Sprache. Mit „Emoticons“ kann jede Stimmung in wenige Zeichen gepresst werden. Ein simples :) oder „lol“ macht ganze Sätze überflüssig. Zu beobachten ist der Aufbau von Chatbeziehungen oder die Konstruktion einer eigenen Internet-Identität durch die Gestaltung von User-Profilen auf Social-Network-Portalen. Freunde werden häufig „besessen“, man kennt sie oft nicht. Die Kommunikation ist gestiegen. Hausaufgaben zu erledigen und dabei zu chatten ist völlig normal.

Das Thema Datenschutz kommt eher selten vor. Studien zu Facebook zeigen: Mehr als die Hälfte der Befragten erlauben uneingeschränkte Einsicht auf ihr Profil. Die überwiegende Mehrheit der 11- bis 19-Jährigen sieht ihre Aktivi-

**BUCHTIPP**

Philipp Riederle  
**Wer wir sind, und was wir wollen**  
 Droemer/Knaur Verlag,  
 2013, 256 Seiten, € 13,40  
 ISBN: 978-3-4267-8611-6



**Bestellung:**  
 ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
 Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

täten in den Social Communities als unproblematisch an, obwohl Kenntnis über negative Konsequenzen durchaus gegeben ist. Das Risikobewusstsein ist meist nur schwach ausgeprägt. Nahezu zwei Drittel geben an, mit ihren Freundinnen und Freunden online genauso über alles zu reden, als würden sie sich persönlich gegenüberstehen. Immerhin werden sehr private Dinge nicht einer allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich gemacht, auch wenn der Adressatenkreis durch „Freunde“ stark gestiegen ist.

## Urheberrecht und Bildnisschutz?

Mehr als die Hälfte holt keine Erlaubnis ein, bevor sie Bilder von Freundinnen und Freunden ins Netz stellen. Interessant ist dabei, dass das Recht am eigenen Bild für Jugendliche ohnehin oft Verhandlungssache ist. Das heißt, der/die Jugendliche muss sich wehren, um eine Löschung zu erreichen. Andernfalls entscheiden Freunde darüber, was veröffentlicht wird und was nicht. Dieser Verlust an Souveränität wird häufig akzeptiert.



Mehr als die Hälfte holt keine Erlaubnis ein, bevor sie Bilder von Freundinnen und Freunden ins Netz stellen. Interessant ist dabei, dass das Recht am eigenen Bild für Jugendliche ohnehin oft Verhandlungssache ist.

Jede/r Fünfte wurde bereits mit peinlichen Fotos von sich selbst konfrontiert, auch Videos von Lehrerinnen und Lehrern sind Thema. Eine zu große Offenheit kann auch arbeitsrechtlich heikel werden. So gibt jede/r fünfte Jugendliche an, zumindest im Bekanntenkreis bereits Erfahrungen mit negativen Konsequenzen aufgrund eines Facebook-Postings gemacht zu haben.

### Von „Tussis“ und „Opfern“

Auseinandersetzung mit Konflikten in sozialen Netzwerken ist Teil der Bewältigungsaufgaben im Jugendalter. Negative Phänomene wie Formen des Cyber-Mobbings oder -Bullyings nehmen teilweise dramatische Folgen an. Neue Techniken, wie z. B. E-Mail, Chats, Instant-Messaging-Systeme oder auch Handys werden eingesetzt, um andere absichtlich zu verletzen, zu bedrohen, zu beleidigen, Gerüchte über sie zu verbreiten oder ihnen Angst zu machen. Manchen Studien zufolge hat bereits jede/r Dritte im Alter zwischen 12 und 19 Jahren solche Erfahrungen gemacht. Ein Viertel hat erlebt, dass das Internet gezielt dazu eingesetzt wurde, jemand fertig zu machen.

Im Unterschied zum klassischen Mobbing herrscht im Netz meist Anonymität und der Aggressor kann den Zustand des Opfers nicht einschätzen. Das Cyber-Mobbing findet vielmehr orts- und zeitunabhängig statt. Die Bandbreite reicht von Bloßstellen, Veröffentlichungen von beleidigenden Fotos, Anlegen von Zweitprofilen (Fake Account), Ausgrenzung und Aufhetzen („Ich würde viele Leute auf ihn hetzen,

dass sie ihn melden, dann fliegt er raus von Facebook“) bis hin zur Anlegung von Facebook-Gruppen, wie „Patrick, wir hassen dich“. Immerhin fünf Prozent der in einer Studie Befragten geben an, von Selbstmorden in ihrem Bekanntenkreis als Folge von Aktivitäten in sozialen Netzwerken Kenntnis zu haben.

Die Konfliktaustragung unterscheidet sich: Einschüchterung oder körperliche Gewalt findet man eher in bildungsfernen Schichten. Provokation oder spitzfindige Sticheleien werden eher in Gymnasien festgestellt. Geht es um die Konfliktlösung, so wird deutlich: Man gilt meist als „Tussi“ oder „Opfer“, wenn man Hilfe holt! Erwachsenen wird nicht zugetraut, dass sie sich in die Lebenswelt von Jugendlichen hineinversetzen können.

### Der Trick mit den Apps

Der unkritische Umgang mit dem Internet wird auch im Geschäftsverkehr ausgenutzt. Gratis Hausarbeiten, Musik, Onlinespiele oder gar ein Flirtabo? Das Feld der Online-Abzocke kennt kaum Grenzen. So werden etwa Spiele in einem App-Store vermeintlich kostenlos heruntergeladen. Unwissentlich, dass bei solchen „Gratis“-Spielen teure Extras heruntergeladen werden.

Besonderes Augenmerk gilt auch dem **WAP-Billing**. Durch das Anklicken einer Werbeeinblendung erfolgt eine Weiterleitung auf die Webadresse des Anbieters. Die Rufnummer wird ebenso weitergeleitet. Ein unachtsamer Klick, und die negative Überraschung folgt

meist in Form der nächsten Handyabrechnung. Eine weitere Masche ist es, mit Gewinnspielen an die Daten der UserInnen zu gelangen. Gibt man die Daten an, ist ein kostspieliges Abo oder eine überbeuerte Dienstleistung häufig die Folge. Diese Abos laufen dann meist 48 Monate und kosten zwischen 50 und 100 Euro im Jahr.

### Medienkompetenz als Notwendigkeit

Datenschutz, Mobbing und Abzocke sind nur ein Teil der Probleme in der digitalen Welt. Diese Thematiken sollen zeigen, dass moderne Bildung und Erziehung sich an den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen orientieren muss.

Es bedarf der Kompetenzvermittlung im Umgang mit Information und Kommunikation sowie den neuen Technologien. Die Anforderungen reichen dabei von der psychosozialen und der rechtlichen bis hin zur pädagogischen Kompetenzvermittlung. Es gilt, die neuen Technologien zu einem integralen Bestandteil der Allgemeinbildung werden zu lassen. Angesichts der vielfältigen Problemlagen ist der Bedarf an Kompetenzvermittlung enorm. Bleibt die Kompetenz auf der Strecke, geht in der digitalen Welt meist auch das Recht verloren.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[mfeigl@gmx.at](mailto:mfeigl@gmx.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Generation Praktikum

*Praktika können den Einstieg ins Berufsleben fördern. Für viele junge Menschen sind sie jedoch ein weiterer Schritt ins Prekariat.*

Irene Steindl  
Freie Journalistin

**G**eht es nach Veronika Kronberger, ist die Generation Praktikum kein Mythos, sondern drastische Realität. In der gesamten EU sind mehrere Millionen junger Menschen als Praktikantinnen und Praktikanten beschäftigt. In vielen EU-Staaten hat sich ein regelrechter „PraktikantInnen-Arbeitsmarkt“ entwickelt. Die Generation Praktikum ist auch eine Generation des „Es wird schon irgendwie gehen“.

## Späterer Eintritt ins Erwerbsleben

In Zeiten steigender Jugendarbeitslosigkeit geben sich junge Erwachsene schneller am Arbeitsmarkt zufrieden. Hauptsache arbeiten, egal was und unter welchen Bedingungen. Langfristig kann das laut Kronberger nicht funktionieren. Die Vorsitzende der Plattform „Generation Praktikum“ verweist auf die schwerwiegenden sozialen und ökonomischen Folgen des wachsenden Praktikum-Daseins.

Schon jetzt haben sich fixe Anstellungen im Vergleich zu den 1990ern um fünf bis zehn Jahre verschoben. Frauen bekommen später Kinder und die Kaufkraft junger Erwachsener verschiebt sich entsprechend nach hinten. Es ist fraglich, wie lange sich die Wirtschaft den Wegfall dieser wichtigen Zielgruppe leisten kann. Mit dem späteren Eintritt ins Erwerbsleben sind massive Einbußen bei den Pensionsansprüchen verbunden. Vor allem für Frauen ist diese Entwicklung ein weiterer Schritt in die Altersarmut.

Zum besseren Verständnis der Entwicklung einer eigenen Generation ist ein historischer Vergleich der letzten 30 bis 40 Jahre hilfreich. Mit dem Anstieg an Maturantinnen und Maturanten sowie Studierenden seit Ende der 1970er sind mehr qualifizierte junge Leute auf den Arbeitsmarkt geströmt. Ende der 1990er begannen Unternehmen, berufsadäquate Erfahrungen bereits beim Arbeitseintritt zu fordern. Erfahrungen, die vielen Studierenden fehlen und nach ihrer Ausbildung durch Praktika nachgeholt werden. Der Bologna-Prozess verschärfte diese Forderungen und machte Pflichtpraktika zur Voraussetzung zahlreicher Studienabschlüsse. Das Phänomen „Praktikum“ hat sich so seit den 2000er-Jahren auch in Österreich etabliert. Die Plattform „Generation Praktikum“ erforscht dieses Phänomen und betreibt Lobbying mit dem Ziel, bessere Arbeitsbedingungen für Praktikantinnen und Praktikanten zu erzielen. Bei ihrer Gründung im Jahr 2006 gab es weder statistisches Datenmaterial noch arbeitsmarktpolitische Studien über deren Situation. Seither wurde einiges dazu publiziert.

## Was ist ein Praktikum?

Der Überblick über die Lage in Österreich bleibt jedoch unbefriedigend. Die Schwierigkeit liegt unter anderem darin, Praktika zu klassifizieren. Sprachlich wird meistens nicht zwischen Volontariat, Ferialjob, Pflichtpraktikum oder Traineeship unterschieden. Aus rechtlicher Sicht sind die Unterschiede jedoch gravierend. Ob es sich um ein Praktikum handelt und

wenn ja, um welches, ist weniger von der Vereinbarung zwischen ArbeitgeberIn und PraktikantIn abhängig als von der tatsächlichen Ausgestaltung der Beschäftigung.

## Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis?

Praktika können in Österreich als Arbeitsverhältnisse im Rahmen einer befristeten Anstellung oder als Ausbildungsverhältnisse gestaltet sein. Im Falle eines Ausbildungsverhältnisses besteht weder Anspruch auf Bezahlung, noch gilt das Arbeitsrecht. Diese Form von Praktika liegt vor, wenn keine Arbeitspflicht, keine persönliche Abhängigkeit, keine fixen Arbeitszeiten und keine Eingebundenheit in den betrieblichen Arbeitsprozess bestehen. Zudem muss der Ausbildungszweck gegenüber der Arbeitsleistung überwiegen.

Der springende Punkt ist laut Kronberger, dass Praktika zunehmend ihren Ausbildungscharakter verlieren und faktisch Arbeitsverhältnisse sind, ohne rechtlich als solche gehandhabt zu werden. Praktikantinnen und Praktikanten arbeiten häufig unter schlechten Bedingungen, ohne Kranken- und Sozialversicherung und in Form von Kettenpraktika. Die Chancen auf reale Beschäftigung sind gering.

Die Arbeitsbedingungen hängen von der Form des Praktikums und der Branche ab. Pflichtpraktika in Schulen sind besser geregelt als Praktika von Studierenden und Graduierten. Besonders problematisch erweisen sich einzelne Branchen wie im Sozial- und Gesundheitsbereich, bei zivilgesellschaftlichen



**Mit dem Gütesiegel Praktikum – einer Initiative der Österreichischen HochschülerInnenschaft, der Arbeiterkammer, der Gewerkschaft GPA-djp und der Plattform „Generation Praktikum“ – werden seit 2011 Unternehmen ausgezeichnet, die entlang definierter Kriterien Praktikantinnen und Praktikanten einstellen.**



Organisationen oder in der PR- und Medienbranche. Hohe Arbeitsbelastungen bei geringer Entlohnung gehören hier zum Praktikumsalltag.

### Fehlende Protestkultur

Obwohl ein Großteil der Praktika Arbeitsverhältnisse sind und entsprechend entlohnt werden müssten, wagen die wenigsten Praktikantinnen und Praktikanten den Schritt zur Klage. Einerseits weil es an Informationen über Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten fehlt, andererseits fürchten viele Nachteile beim Berufseinstieg. Laut Kronberger sei das gefährlich, da langfristig junge Leute heranwachsen, die mehr Augenmerk auf ihre Pflichten legen als auf ihre Rechte.

Den wenigsten ist bekannt, dass eine Klage auch drei Jahre rückwirkend eingereicht werden kann. Trotz magerer Judikatur gilt diese als praktikantInnenfreundlich, da im Zweifelsfall von einem Arbeitsverhältnis inklusive aller Rechte auszugehen ist und nicht von einem Ausbildungsverhältnis. „In Österreich braucht es mehr mutige PraktikantInnen, die ihre Rechte einklagen“, meint Veronika Kronberger. Es fehle hierzulande an einer Protestkultur wie in Italien oder Frankreich, wo junge Menschen für ihre Rechte auf die Straße gehen.

In Frankreich haben die Proteste der „generation precaire“ zu einem Verbot unbezahlter Arbeit geführt. Auch wenn die Politik nur schleppend auf die Wildwüchse bei Praktika reagiert, sei das Problembewusstsein in Österreich durchaus vorhanden, so Kronberger. 2012 wur-

den im Rahmen der Dienstrechtsnovelle unbezahlte Praktika im öffentlichen Dienst abgeschafft. Mit dem Gütesiegel Praktikum – einer Initiative der Österreichischen HochschülerInnenschaft, der Arbeiterkammer, der Gewerkschaft GPA-djp und der Plattform „Generation Praktikum“ – werden seit 2011 Unternehmen ausgezeichnet, die entlang definierter Kriterien Praktikantinnen und Praktikanten einstellen. Wie sehen faire Praktika aus? Laut der Plattform sind solche zeitlich begrenzt, unterliegen gängigen Standards sozialer Sicherung, werden angemessen vergütet, im Rahmen der Ausbildung absolviert und knüpfen inhaltlich an diese an.

### Kein „Arbeitsrecht light“

Arbeiterkammer und ÖGB fordern klare gesetzliche Regelungen, dass Pflichtpraktika nur im Rahmen echter Arbeitsverhältnisse zulässig sind. Dies auch in den Lehrplänen zu verankern ist insofern dringend, da ab dem Schuljahr 2014/15 auch in Handelsschulen und Handelsakademien Praktika absolviert werden müssen. Die Zahl der Pflichtpraktika erhöht sich damit von rund 19.000 auf schätzungsweise 29.000 jährlich.

Für die Plattform „Generation Praktikum“ und die GPA-djp steht fest: es darf kein eigenes Gesetz für Praktikantinnen und Praktikanten geben. „Wir wollen kein ‚Arbeitsrecht light‘ und keine ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse. Wir wollen, dass Praktika als normale Arbeitsverhältnisse mit rechtlichen Ansprüchen und sozialer Absicherung gelten!“, so Veronika Kronberger. Die

Vorsitzende der Plattform zeigt sich optimistisch, dass ihre Forderungen in der Politik Gehör finden. Die Politik habe es zwar jahrelang verabsäumt, Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dass mit der Ausbildungsgarantie Maßnahmen für gering qualifizierte Jugendliche gesetzt wurden, lässt Kronberger hoffen, dass nun auch gut qualifizierte Jugendliche die nötige politische Aufmerksamkeit erlangen.

Tatsächlich scheint Österreich im EU-Vergleich eine Insel der Seligen zu sein. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit 9,3 Prozent weit unter dem EU-Durchschnitt von 23,4 Prozent (AMS, Stand: Juli 2013). Dennoch ist das keine Einladung zum sorglosen Zurücklehnen, denn die Verschlechterungen in den Nachbarländern machen vor Grenzen nicht halt. In Italien nennt man Jugendliche bereits die „1.000-Euro-Generation“. Auch hierzulande wird dafür plädiert, die „Generation Praktikum“ in „Generation prekär“ umzubenennen.

Internet:

Plattform „Generation Praktikum“  
in Österreich:

[www.generation-praktikum.at](http://www.generation-praktikum.at)

FORBA-Studie „Praktika und Praktikanten/  
Praktikantinnen in Österreich“:

[tinyurl.com/mogn42d](http://tinyurl.com/mogn42d)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin

[steindlirene@gmail.com](mailto:steindlirene@gmail.com)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Kritisches politisches Bewusstsein der Jugend stärken

*Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten zu den Jahren „1914 – 1934 – 1994“*

**Klaus-Dieter Mulley**

*Geschäftsstelle des Theodor Körner Fonds*

**Z**um dritten Mal organisiert der Theodor Körner Fonds den „Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten“. SchülerInnengruppen mit Begleitlehrerinnen und -lehrern sind aufgefordert, sich mit den „Vierer-Jahren“ des 20. Jahrhunderts auseinanderzusetzen. Politisch interessierte Eltern, insbesondere Betriebsrätinnen/Betriebsräte und Funktionärinnen/Funktionäre der Gewerkschaften, sind eingeladen, für eine Beteiligung ihrer Kinder an dem Wettbewerb in den Schulen zu werben.

## Jugend als treibende Kraft

Nicht allein eine Schul- oder Lehrausbildung und stete berufliche Weiterbildung sind für die Gestaltung der Zukunft unumgänglich, sondern vielfach auch ein kritisch emanzipatorisches, politisches Bewusstsein. Der Neoliberalismus wurde in den letzten Jahrzehnten zur **hegemonialen** gesellschaftsverändernden Ideologie und von allzu vielen gehuldigt. Dieser Aufstieg hätte wohl gebremst, wenn nicht sogar verhindert werden können, wenn mehr analysiert, nachgedacht und kritisch hinterfragt worden wäre. Die Jugend muss wieder – wie in den 1960er-Jahren – zur treibenden Kraft gesellschaftspolitischer Veränderungen werden. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit kann vielfach die Augen für fatale gegenwärtige Entwicklungen öffnen. „Geschichte: Was kann sie uns erzählen, was kann sie uns lehren“, fragt Bundespräsident Heinz Fischer und betont: „Um aus der Ge-

schichte zu lernen, muss sie zunächst erforscht, verstanden und interpretiert werden.“ Darum initiierte er (vgl. Arbeit & Wirtschaft 9/2012) einen Geschichtswettbewerb, der nach zwei erfolgreichen Durchgängen auch für 2013/14 mit einem neuen Thema ausgeschrieben wird.

## SchülerInnenwettbewerb 2013

Das Thema „Österreichische Identität(en)“ im vergangenen Schuljahr schien eher „sperrig“. Doch zeigten die Ende April 2013 ausgezeichneten Arbeiten ein hohes Niveau. Den Schülerinnen und Schülern des Bundesgymnasiums Bludenz ging es in ihrer Arbeit um die Integration von Migrantinnen und Migranten sowie um den Beitrag, den Skisport und Wintertourismus zur Verankerung einer regionalen und österreichischen Identität nach 1945 leisteten. Den Fragestellungen näherten sich die SchülerInnen durch einen Workshop mit Zeitzeugen, an dem auch Berttram Jäger, der langjährige Präsident der AK Vorarlberg, welcher von 1982 bis 1987 auch Vizepräsident des Österreichischen Arbeiterkammertages (heute: Bundesarbeitskammer) war, teilnahm. Abschließend gestalteten die SchülerInnen eine Ausstellung zur Migrationsgeschichte und eine Radiosendung. Linzer BerufsschülerInnen befragten ihre Familienangehörigen über ihre Identitätskonstruktionen. Eine Wiener Montessori-Klasse konnte durch Umfragen in Bahnhöfen feststellen, wie eng das Identitätsbewusstsein mit sozialer Sicherheit und diese wiederum mit Arbeit verbunden ist. Audiokollagen, Radiosendungen und Filmbeiträge – jeweils mit von den Schülerinnen und Schülern

## INFO & NEWS

Zielgruppe: SchülerInnen aller Schulen der Sekundarstufe II, d. h. ab der 9. Schulstufe der Polytechnischen Schulen, Berufsschulen, Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen, AHS.

Einsendeschluss: 15. März 2013

Preisverleihung: 26. April 2013 durch Bundespräsident Dr. Heinz Fischer und Bundesministerin Dr. Claudia Schmied

Kontakt:

AK Wien – Theodor Körner Fonds

1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22

Tel.: 01/501 65-2393

[koernerfonds@akwien.at](mailto:koernerfonds@akwien.at)

durchgeführten Interviews und Umfragen sowie selbstständig erarbeiteten Textbeiträgen – stellten den „Output“ von weiteren ausgezeichneten Arbeiten dar. Sie bewiesen allesamt, wie wichtig eine Beschäftigung mit der Geschichte für das Verständnis der Gegenwart und für die Gestaltung der Zukunft ist.

Vor wenigen Wochen verständigten sich Präsidenschaftskanzlei, BMUKK und ORF unter dem Vorsitz von Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb auf jene Schicksalsjahre des 20. Jahrhunderts als Thema des SchülerInnenwettbewerbs 2013/14, die 2014 in der kollektiven und medialen Erinnerung thematisiert werden. 1914 bedeutete den Anfang vom Ende des alten habsburgischen Europa. Der erste Weltkrieg mit Millionen Gefallenen, unbeschreiblicher Not und Elend veränderte Österreich, Europa und die Welt grundlegend. Mit Beginn des Jahres 1934, die Regierung Dollfuß

**Was erzählen Denkmäler, Gräber, Briefe, Korrespondenzen, eventuell in Familien noch vorhandene Fotos oder Erinnerungsstücke über 1914 oder 1934? Wer erinnert sich noch an die Volksabstimmung 1994, an die Diskurse in der Gemeinde, im Betrieb, im Gasthaus? Gefragt sind kommentierte Beiträge über Interviews, Filme oder auch schriftliche Berichte.**



hatte das Parlament bereits im März 1933 ausgeschaltet und regierte diktatorisch durch das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz, wurden die Arbeiterkammern der Selbstverwaltung entkleidet, die gewählten Mandatäre der Freien Gewerkschaften ihrer Funktionen enthoben und die Kammern unter Regierungsaufsicht gestellt.

Die blutige Niederschlagung des sozialdemokratischen Aufstandsversuchs vom Februar 1934 führte zum Verbot der Sozialdemokratie und im Juli 1934 ermordeten Nationalsozialisten bei einem Putschversuch Bundeskanzler Dollfuß. 60 Jahre später, nach nationalsozialistischen Gräueln und menschenverachtenden Verbrechen, der Wiedererrichtung der Republik und einem erfolgreichen Wiederaufbau, sprach sich die Mehrheit der ÖsterreicherInnen für das größte Friedensprojekt des Jahrhunderts aus, den Eintritt in die EU. Daten, Ereignisse, die nicht nur das Denken der Menschen veränderten, sondern ihrerseits das Produkt von Macht und Gegenmacht in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft waren. Insbesondere für Gewerkschaften haben die Jahrestage eine besondere Bedeutung, die eine Beschäftigung und ein Hinterfragen dieser Ereignisse lohnt: Nahmen doch die österreichischen Gewerkschaften zum Beginn des „großen Krieges“ 1914 eine ambivalente Haltung ein. 1934 wurden die Funktionärinnen und Funktionäre der Freien Gewerkschaften Opfer des austrofaschistischen Systems. Und war 1994 der positive Ausgang der Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union nicht auch ein

Erfolg der Mobilisierung durch ÖGB und Gewerkschaften?

Der SchülerInnenwettbewerb wird wieder in Form einer Projektarbeit von Schülergruppen von Berufsbildenden Schulen (BS), Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen (BMHS) und Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) unter der Leitung eines Begleiters durchgeführt. Und wiederum geht es nicht um die Nacherzählung von Kriegereignissen (1. Weltkrieg), um eine Abschreibübung aus vorhandener Literatur, Wikipedia oder anderen Internetquellen, sondern um die eigenständige Erforschung und visuelle (bzw. Audio-) „Erzählung“ eines dieser Schicksalsjahre aus der familiären, lokalen oder regionalen Umgebung: Was erzählen Denkmäler, Gräber, Briefe, Korrespondenzen, eventuell in Familien noch vorhandene Fotos oder Erinnerungsstücke über 1914 oder 1934? Wer erinnert sich noch an die Volksabstimmung 1994, an die Diskurse in der Gemeinde, im Betrieb, im Gasthaus? Gefragt sind kommentierte Beiträge über Interviews, Filme oder auch schriftliche Berichte.

### Preise von 2.500 bis 1.500 Euro

Interessant wäre auch die Darstellung eines dieser Jahre in Form einer kleinen Ausstellung mit kommentierten Erinnerungsstücken, die bei der Preisverleihung in der Präsidentschaftskanzlei im April 2014 präsentiert werden könnte. Die jeweils zwei besten Arbeiten von AHS, BS und BMHS werden vom **Zukunftsfonds der Republik Österreich**, dem BMUKK und dem ORF mit Preisen von 2.500

Euro und 1.500 Euro ausgezeichnet. Im September 2013 wird die offizielle Ausschreibung durch Erlass des BMUKK erfolgen. Anschließend können sich die Schülergruppen auf der Homepage des Theodor Körner Fonds [www.theodorkoernerfonds.at/geschichtswettbewerbTKF/](http://www.theodorkoernerfonds.at/geschichtswettbewerbTKF/) zur Teilnahme anmelden.

Eines ist gewiss: Die Erweckung und Stärkung eines kritischen politischen Bewusstseins der Jugend ist nicht allein für das „Wahljahr 2014“ (Arbeiterkammerwahlen, Europawahlen) von eminenter (demokratischer) Bedeutung, sondern kann auch dazu beitragen, dass Arbeiterkammer und Gewerkschaften als große Solidargemeinschaft erkannt und im Kampf gegen einen ausufernden (Finanz-)Kapitalismus unterstützt werden. In einer Zeit, die vielfach von Konsumorientierung beherrscht wird, muss die politische Bildung der Jugend ein ganz zentrales Anliegen darstellen. Denn heute gilt mehr denn je, was der Präsident des **Theodor Körner Fonds** Herbert Tumpel in diesem Zusammenhang betont: „Unsere Zukunft wird davon abhängen, inwieweit wir bereit sind für demokratische Werte, für Offenheit, für Fairness und Gerechtigkeit einzutreten.“

Internet:

Mehr Infos unter:

[www.theodorkoernerfonds.at](http://www.theodorkoernerfonds.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor

[klaus.mulley@akwien.at](mailto:klaus.mulley@akwien.at)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Arbeit & Wirtschaft

... AUF DEN  
BLOG GERRACHT

Der [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at) ergänzt die Printausgabe der „A&W“ als digitales Informations- und Diskussionsforum. Der Rück-Blag gibt einen Einblick, was sich in letzter Zeit online getan hat.

## DIE TOP 3 DER LETZTEN 30 TAGE:

- » Finanztransaktionssteuer unter Feuer: Großoffensive von Banken, Großindustrie, Wissenschaft und Bundesbank (Stephan Schulmeister)
- » Lustig: Die Presse veröffentlicht inexistente Studie (David Mum)
- » WKÖ-Studien liefern Argumente pro Vermögenssteuern (Christa Schlager)

## FINANZTRANSAKTIONSSTEUER UNTER FEUER

Innerhalb weniger Tagen nahmen die mächtigsten Banken der Welt von **Goldman Sachs** über **Morgan Stanley** bis **Citigroup** die Finanztransaktionssteuer mithilfe fragwürdiger Studien unter Beschuss. Ihr Argument: Die Finanztransaktionssteuer würde europäische Banken zu hart treffen, hätte folgenschwere Auswirkungen auf die Industrie und würde RentnerInnen besonders stark belasten.

Stephan Schulmeister, Autor einer umfassenden Studie zur Umsetzung der Finanztransaktionssteuer, hat sich die – wie er meint „pseudo-wissenschaftlichen“ – Studien genauer angesehen. Schulmeister macht in seinem Beitrag deutlich, dass die in den „Studien“ herbeigerechnete Steuerbelastung sowohl in Bezug auf die Belastung der Banken als auch in Bezug auf die Belastung kapitalgedeckter Pensionen nur mit absurdesten Annahmen und plumper Manipulation erreicht werden kann.

Gleichzeitig betont er, dass die Finanztransaktionssteuer durchaus umfassend gelten sollte. Insbesondere wäre auch der für den Aufbau des Krisenpotenzials relevante sogenannte **Repo-Markt** (welcher den

Banken zur kurzfristigen Beschaffung von Liquidität dient) einzuschließen.

Lesen Sie nach: [tinyurl.com/maurxc3](http://tinyurl.com/maurxc3)

## LUSTIG: DIE STUDIE, DIE ES NICHT GIBT

Doch die Banken sind nicht die Einzigen, die mit – oder sogar ohne – „pseudo-wissenschaftlichen“ Studien Politik machen. So widmete sich die Tageszeitung „Die Presse“ am 10. Juli einer angeblichen Studie der Statistik Austria und titelte: „Sozialer Aufstieg gelingt oft“. Allerdings erklärte daraufhin Statistik Austria umgehend, dass sie gar keine Studie erstellt habe, sondern lediglich eine beauftragte Sonderauswertung von Lohnsteuerdaten für die Industriellenvereinigung (IV).

David Mum widmet sich der Interpretation dieser Daten durch Presse und IV und erläutert, wieso die Lohnsteuerstatistik kein ausreichendes Mittel darstellt, um soziale Durchlässigkeit zu messen, werden so doch nur 43 Prozent der unselbstständig Beschäftigten erfasst.

Gleichzeitig zeigt eine solche mehrjährige Betrachtung aber eines deutlich: Das von der IV so gerne strapazierte Bild, wonach nur eine Minderheit von Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern als NettozahlerInnen in das Sozialsystem einzahlt und so den Rest der Bevölkerung durchfinanziert, ist falsch. Schließlich wechseln Menschen doch im Laufe ihres Lebens mehrmals zwischen der Gruppe der NettozahlerInnen und jener der NettoempfängerInnen (man denke nur an Pensions- oder Bildungszeiten).

Lesen Sie nach: [tinyurl.com/m2uoa97](http://tinyurl.com/m2uoa97)

## WKÖ-STUDIEN LIEFERN ARGUMENTE PRO VERMÖGENSSTEUER

Auch der am dritthäufigsten gelesene Artikel der letzten 30 Tage widmet sich fragwürdigen Studien. Christa Schlager hat sich die – von der WKÖ beauftragten – Studien von IHS und KMU Forschung

Austria angesehen. Sie resümiert dabei eindeutig: Die beiden Institute haben „das Thema verfehlt“. Betreffen doch alle aktuellen Vorschläge zur Vermögensbesteuerung das Privatvermögen der österreichischen Haushalte und nicht das Betriebsvermögen, wie die beiden Forschungsinstitute unterstellen.

Dennoch zeigen die Auswertungen der beiden Institute, dass die Argumente pro Vermögensbesteuerung richtig sind. So macht etwa die Untersuchung von KMU Forschung Austria deutlich, dass, selbst wenn das Betriebsvermögen besteuert wird, tatsächlich nur jeder 20. Betrieb überhaupt von einer Vermögenssteuer betroffen wäre. Kurz gesagt: Vermögenssteuer trifft weder Unternehmen noch Mittelschicht.

Lesen Sie nach: [tinyurl.com/ktxx8zt](http://tinyurl.com/ktxx8zt)

## ES IST UND BLEIBT EINE BANKEN- UND FINANZKRISE

Fabian Lindner vom Deutschen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung beleuchtet die Rolle der Banken in (und vor) der Krise. Er erkennt dabei in vergangenen Krisen ein immer wiederkehrendes Muster. Die von Regulierungen befreiten Banken vergaben zu viele Kredite, worauf das Platzen der Kreditblase folgte. Banken wurden gerettet, während Menschen ihren Job verloren. Die soziale Sicherheit wurde mit Sparprogrammen kaputtgeschrumpft. Einige Banken sind in die Pleite gerutscht, doch die großen Banken sind übrig geblieben. Sie vergeben weiter (riskante) Kredite, streichen hohe Gewinne ein und machen sich bereit, beim nächsten Mal wieder als „too big to fail“ dazustehen, um (erneut) von den Staaten gerettet zu werden.

Lesen Sie nach: [tinyurl.com/mvctzxo](http://tinyurl.com/mvctzxo)

Mehr dazu und weitere aktuelle, informative Beiträge unserer Expertinnen und Experten lesen Sie unter [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)

## Die Privilegien von Jung und Alt

**R**egelmäßig wird der Generationenkonflikt zwischen Jung und Alt ausgerufen. Dabei sind die Jungen die Dummen: Sie zahlen die Pensionen der Alten, angeblich ohne selbst Aussicht auf öffentliche Pensionsleistungen zu haben. Das Ausrufen des Generationenkonflikts dient meist der Vorbereitung einer neuen Runde an Einsparungen in der gesetzlichen Alterssicherung. Und dahinter steht meist Werbung für Produkte der privaten Pensionsvorsorge, die sich in der Finanzkrise einmal mehr als unterlegen gegenüber dem sozialen Pensionssystem erwiesen hat.

### Generation der Erben dominiert

Auch sonst stimmen die angeblichen Fakten im Generationenkonflikt meist nicht. Worin z. B. bestehen die Privilegien jener 230.000 Mindestpensionistinnen und -pensionisten, deren Einkommen vom Staat mithilfe der Ausgleichszulage mühsam auf 837 Euro pro Monat angehoben wird? Reale Privilegien gibt es auch im Pensionsbereich, allerdings außerhalb der gesetzlichen Alterssicherung bei verschiedenen Sonderpensionsrechten.

Generell privilegiert ist vor allem die schmale Schicht der Reichen, die gemessen am Einkommen deutlich weniger zur Finanzierung des Gemeinwohls beiträgt als alle anderen Bevölkerungsgruppen, aber dennoch von sozialer Stabilität und funktionierender öffentlicher Infra-

struktur profitiert: 180.000 Haushalte, das sind fünf Prozent, verfügen über ein Vermögen von mehr als einer Mio. Euro und damit über fast die Hälfte des gesamten Privatvermögens. Das oberste Prozent, 37.000 Haushalte, hält nach neuesten Studien im Durchschnitt zweistellige Millionenbeträge und einen Vermögensanteil von etwa einem Drittel.

Medial, gesellschaftlich und ökonomisch dominiert heute die Generation der Erben. Manche davon tüchtig, andere Hallodris, die auf Kosten der Allgemeinheit prassen. Gemeinsam ist ihnen ihre wirtschaftliche Privilegierung gegenüber den Mindestpensionistinnen und -pensionisten, den jungen Menschen aus bildungsfernen Schichten und der gesamten Mittelschicht, die ihr Einkommen primär aus Arbeitsleistung beziehen.

### Pensionsreform beginnt mit Babys

Wer für Gerechtigkeit sorgen will, muss diese beiden Erkenntnisse verknüpfen. Die Sicherung von Wirtschaftsstandort, Sozialstaat und Pensionen muss mit Investitionen in die Jugend beginnen. Das **Diktum** des dänischen Soziologen **Gosta Esping Andersen** „Retirement reform must begin with babies“ ist verallgemeinerbar: Krippen und Kindergärten, Ganztagschulen, gleichwertiger Zugang für alle zu Gesundheitsversorgung und Bildung schaffen Chancengleichheit. Sie verrin-

### BUCHTIPP

Markus Marterbauer  
**Zahlen bitte! Die Kosten der Krise zahlen wir alle**  
Deuticke Verlag, 2011,  
256 Seiten, € 18,40  
ISBN 978-3-552-06173-6



#### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

gert das gesellschaftliche Übel der sozialen Vererbung und sichert Einkommen und Produktivität in der Volkswirtschaft. Ganz Europa braucht diesen Schub an Investitionen in die Chancen der Jugend. Besonders die Krisenländer, deren Gesellschaft und Wirtschaft unter dem Druck von Bankenkrise und Sparpolitik auseinanderzufallen drohen und wo den Opfern der Krise, allen voran den arbeitslosen Jugendlichen, nichts geboten wird, während man die Täter im Finanzsektor rettet. Gemeinsame und solidarische europäische Investitionen in die Jugend dienen dem Wohl von Jung und Alt. Sie sind auch finanzierbar, weil Europa trotz der Krise so reich ist wie nie zuvor. Die Forderung „Zahlen bitte!“ richtet sich deshalb an die Privilegierten, also die Vermögenden, Erben, SpitzeneinkommensbezieherInnen und den Finanzsektor, egal ob sie jung oder alt sind.

**Akronym:** aus den Anfangsbuchstaben mehrerer Wörter gebildetes Kurzwort (Seite 14)

**Barroso, José Manuel:** portugiesischer Politiker, geb. 1956; 1992–1995 (sozialdemokratischer) Außenminister, 2002–2004 Premierminister, seit 2004 Präsident der EU-Kommission. (Seite 12)

**Berufsausbildungsgesetz:** Das 1969 entstandene BAG regelt den betrieblichen Teil der Lehrlingsausbildung. Mit der BAG-Novelle 2011 wurden unter anderem neue Leitlinien für zehn Zukunftsberufe erstellt, die vor allem erstmals in die Lehre einsteigende Betriebe bei der Ausbildungsplanung unterstützen sollen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Unterstützung von Lehrlingen mit Migrationshintergrund und ihren Ausbildern sowie auf von Migranten geführten Betrieben. Stärker unterstützt werden sollen auch Ausbildungsunternehmen, die Auslandspraktika von Lehrlingen forcieren. Ein weiteres Ziel der Novelle war die Qualitätssicherung bei den Lehrabschlussprüfungen. (Seite 24)

**Chimäre (Schimäre):** Hirngespinnst, Ungeheuer (Seite 28)

**Citigroup:** Der Finanzdienstleister mit Hauptsitz in New York City entstand 1998 durch die Fusion von Citicorp und der Travelers Group. Citigroup zählt zu den insgesamt 28 Großbanken, die vom Financial Stability Board als systemisch bedeutsames Finanzinstitut eingestuft wurden. Bis 2007 galt sie als weltweit größtes Unternehmen, 2008 rutschte das Unternehmen durch die Finanzkrise auf Platz 24. (Seite 44)

**Diktum:** Ausspruch, Gesagtes (Seite 45)

**Domes, Franz:** österreichischer Gewerkschafter und sozialdemokratischer Politiker (1863–1930), ab 1920 Präsident der AK für Wien und Niederösterreich sowie Nationalratsabgeordneter. (Seite 11)

**Eurofound:** European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions = Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen; 1975 gegründete EU-Einrichtung mit Sitz in Dublin, zuständig für die Konzipierung und Schaffung besserer Arbeitsbedingungen. [www.eurofound.europa.eu](http://www.eurofound.europa.eu) (Seite 15)

**Eurostat:** Statistisches Amt der EU mit Sitz in Luxemburg, es ist dem Kommissar für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung zugeordnet. (Seite 14)

**Friedrich-Ebert-Stiftung:** Die FES wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen, sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. 1933 wurde sie vom NS-Regime verboten, 1947 wiederbegründet und ist heute in über 100 Ländern aktiv. Ziele: politische Erneuerung der sozialen Demokratie, Stärkung der politischen Teilhabe und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Vertiefung des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Politik etc. (Seite 12)

**Fußballakademie:** nach den Landesverbandsausbildungszentren stellen die AKAs gemeinsam mit den Bundesliganachwuchszentren die letzte Stufe vor dem Sprung zum Profifußball dar. Zum Teil stehen diese Kaderschmieden unter der Obhut von Bundesligaklubs. (Seite 27)

**Goldman Sachs:** weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen, das hauptsächlich mit Großunternehmen und institutionellen Investoren zusammenarbeitet, gegründet 1869, Hauptsitz in New York City.

EZB-Präsident Mario Draghi und der italienische Ministerpräsident Mario Monti sind ehemalige GS-Banker. Vorsitzender von GS International ist der ehemalige EU-Kommissar Peter Sutherland. (Seite 44)

**Gøsta Esping-Andersen:** dänischer Politikwissenschaftler und Soziologe, geb. 1947, derzeit an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona tätig; aktuelles Werk: *Why We Need a New Welfare State*. (Seite 45)

**hegemonial:** die Vormachtstellung anstrebend/einnehmend (Seite 42)

**IBW:** Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft. Das ibw wurde 1975 von der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und der Industriellenvereinigung (IV) gegründet. Zu den wichtigsten Projektpartnern und Auftraggebern des ibw zählen neben diesen beiden Trägern und ihren Teilorganisationen insbesondere Bundesministerien, das Arbeitsmarktservice (AMS), Landesregierungen und einzelne Unternehmen. Auf internationaler Ebene sind es die EU sowie die OECD, die entweder direkt oder im Rahmen von Programmen die Leistungen des ibw nachfragen. Das ibw vertritt Österreich im ReferNet von Cedefop, dem Zentrum für Berufsbildung der EU. (Seite 16)

**Institut für Jugendkulturforschung:** Im Jahr 2000 gegründetes Institut, das auf praxisorientierte, nicht kommerzielle Forschung spezialisiert ist, mit Sitz in Wien. (Seite 28)

**intendieren:** beabsichtigen (Seite 36)

**Maria Theresia:** österreichische Herrscherin (1717–1780), Tochter von Karl VI., der durch die Pragmatische Sanktion weibliche Thronfolgerinnen ermöglichte; ab 1740 Erzherzogin von Österreich und Königin von Böhmen und Ungarn. Ihr Ehemann Franz Stephan von Lothringen wurde 1745 zum Kaiser gekrönt. Nach dessen Tod 1765 folgte ihr Sohn Joseph als Kaiser nach und war Mitregent von Maria Theresia. (Seite 18)

**Merkantilismus:** vom 16. bis zum 18. Jahrhundert vorherrschendes wirtschaftspolitisches Konzept, nach dem staatliche Kontrolle über den Außenhandel unerlässlich für die militärische Sicherheit eines Landes ist. Um die aufgrund dieser Theorie erforderlichen Handelsbilanzüberschüsse zu erreichen, kam es immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen. (Seite 18)

**Mises, Ludwig:** österreichisch-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler (1881–1973), Theoretiker des Liberalismus und einer der wichtigsten Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie im 20. Jahrhundert. (Seite 11)

**Morgan Stanley:** US-Bank mit Hauptsitz in New York City, hervorgegangen aus der Teilung von JP Morgan 1935 infolge des Glass-Steagall Acts, mit dem per Gesetz eine institutionelle Trennung von Banken und Wertpapierhandelshäusern erfolgte. 1997 fusionierte Morgan Stanley mit Dean Witter, dem Finanzdienstleister von Sears, Roebuck and Company. (Seite 44)

**Rainforest Alliance:** 1987 gegründete NPO mit Sitz in New York. Hauptanliegen sind der Erhalt der Artenvielfalt und die nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlagen durch ökologische Landnutzung, sozial verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln und ein wertorientiertes Verbraucherverhalten. Zertifiziert bzw. verifiziert werden Produkte in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie im Tourismus. (Seite 19)

**Repo-Markt:** Finanzmarkt, an dem Vermögenswerte im Rahmen einer Rückkaufsvereinbarung (Repo) erworben werden können. Die Europäische Zentralbank (EZB) beispielsweise bietet Banken an, Zentralbankgeld als zusätzliche Liquidität zu erwerben. Dafür müssen entsprechende Sicherheiten in Form von Wertpapieren hinterlegt werden, die gewisse Qualitätsanforderungen erfüllen. Für den Rückkauf wird ein Preis vereinbart, den die EZB zu einem bestimmten Zeitpunkt beim Rückwerb zahlen muss. (Seite 44)

**Retirement:** engl.: Pensionierung, Rente (Seite 45)

**Ségol, Bernadette:** Die 1949 geborene Französin ist seit 2011 Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes. (Seite 12)

**terre des hommes:** 1960 in der Schweiz gegründetes Kinderhilfswerk, das heute ein Netzwerk von zehn nationalen terre-des-hommes-Organisationen umfasst. (Seite 18)

**Theodor Körner Fonds:** der 1953 anlässlich des 80. Geburtstages von Bundespräsident Theodor Körner gegründete Fonds fördert WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen Österreichs, die bis zu ihrem 40. Lebensjahr bereits exzellente Leistungen erbracht haben und von denen auch in Zukunft wichtige Beiträge für die jeweilige Fachrichtung erwartet werden können. Außerdem organisiert der Fonds heuer zum dritten Mal den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten. (Seite 43)

**UTZ Certified:** In den 1990er Jahren hatten der belgisch-guatemaltekkische Kaffeeanbauer Nick Bocklandt und der niederländische Kaffeeeröster Ward de Groot die Idee für das UTZ-Programm, um nachhaltige Qualität in großem Rahmen auf dem globalen Markt zu etablieren. 1999 eröffneten sie die erste Niederlassung in Guatemala mit dem Namen Utz Kapeh (guter Kaffee). Heute werden weltweit auch Kakao und Tee zertifiziert angeboten – inklusive Rückverfolgbarkeitsdienst. (Seite 19)

**VdF:** Vereinigung der Fußballer, versteht sich als engagierte und kritische Standes- und Interessenvertretung aller in Österreich und im Ausland tätigen österreichischen FußballerInnen; gegründet 1988, Vorsitzender: Gernot Zirngast. Der Kollektivvertrag für Fußballprofis wurde 2008 eingeführt. (Seite 26)

**WAP-Billing:** Mit der allgemeinen Verbreitung von Smartphones hat die schon seit einigen Jahren bekannte Methode, mit der Entgelte für Dienste im mobilen Internet unkompliziert eingehoben werden können, großen Aufschwung erlebt. Sobald ein Link auf dem Smartphone angeklickt wird (z. B. ein bei kostenlosen Apps häufiges Werbebanner), wird die jeweilige Mobilfunknummer inklusive Landeskennung übertragen und die Abrechnung kann per Handy-Rechnung erfolgen. Über WLAN funktioniert WAP-Billing nicht. (Seite 39)

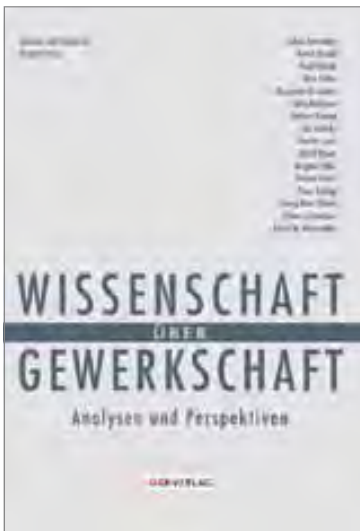
**Web 2.0:** Generation des Internets, bei der die Nutzer selbst Inhalte erstellen können. Die seit 2003 gebräuchliche Bezeichnung für interaktives Internet wird zunehmend durch den Begriff Social Media ersetzt. (Seite 9)

**Zukunftsfonds der Republik Österreich:** Mit dem 2006 eingerichteten Fonds sollen sowohl Verbrechen aus der NS-Zeit untersucht als auch Toleranz gefördert und Diskriminierung verhindert werden. (Seite 43)

Verlag des Österreichischen  
 Gewerkschaftsbundes GmbH  
 Kontaktadresse: Fachbuchhandlung  
 Rathausstraße 21 | 1010 Wien  
 Telefon: +43 1 405 49 98-132  
 Fax: +43 1 405 49 98-136  
 fachbuchhandlung@oegbverlag.at  
 www.oegbverlag.at

# WISSENSCHAFT ÜBER GEWERKSCHAFT

Analysen und Perspektiven



Zeitgeschichte

Gerhard Botz, Ernst Bruckmüller, Josef Cerny, Johann Dvorak, Josef Ehmer, Winfried R. Garscha, Margarete Grandner, Elke Gruber, Alois Guger, Ferdinand Karlhofer, Helmut Konrad, Maria Mesner, Anton Pelinka, Emmerich Tálos, Marcel van der Linden

2013 || 412 Seiten || EUR 29,90

ISBN: 978-3-7035-1599-6

Als Initialzündung zum Projekt „Gewerkschaftsgeschichte aktuell“ setzen sich WissenschaftlerInnen verschiedener Fachrichtungen mit Positionen über und von Gewerkschaften im Laufe ihrer Entwicklung auseinander. Und sie stellen die Frage: Welche Rolle können und sollen Gewerkschaften in der Welt des 21. Jahrhunderts spielen? Das Besondere und Innovative daran:

- » Erstmals tragen WissenschaftlerInnen aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu einem Buch bei, das sich ausschließlich mit Entwicklungslinien einer Gewerkschaftsorganisation beschäftigt.
- » Erstmals sind WissenschaftlerInnen verschiedener Generationen als AutorInnen und HerausgeberInnen in einem Gewerkschaftsprojekt vereinigt, – vom Jahrgang 1987 bis 1940.
- » Erstmals gelang die Beteiligung von ForscherInnen aus allen Universitäten eines Landes an einem Buch zum Thema „Gewerkschaft“.
- » Erstmals wurde es möglich, Analysen aus dem Blickwinkel fast aller Fachrichtungen, deren Forschungsarbeit das Thema „Gewerkschaft“ berührt, in einem Band zu finden.

**BESTELLUNG:**

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at) || per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at)

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

**JA, ICH BESTELLE ...**

Anzahl der Exemplare


Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			




Neues Service: Alle Kollektivverträge öffentlich zugänglich!

Auf kollektivvertrag.at finden Sie alle wichtigen Informationen zum Thema gebündelt an einer Stelle:

alle aktuell gültigen Kollektivverträge 

Kurzübersichten ausgewählter Kollektivverträge 

News zu aktuellen KV-Abschlüssen und -Verhandlungen 

Basiswissen und Hilfestellungen zum Thema 

Alle Kollektivvertragsinhalte sind öffentlich zugänglich, für Gewerkschaftsmitglieder stehen nach Login jedoch weitere Funktionalitäten zur Verfügung.

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür  
/ Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW